

Jahrgang 38 • Heft 2 • 2009

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Raj Kollmorgen:
*Ostdeutschlandforschung. Status quo
und Entwicklungschancen*
- Jan Ackermann und Birgit Blättel-Mink:
ENWISS – Qualitative Evaluation ohne Folgen?
- Kathia Serrano-Velarde:
*Mythos Bologna? 10 Jahre Forschung
zum Bolognaprozess*
- Ergebnis der DGS-Wahlen

DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE

campus

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 2 • 2009

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: PD Dr. Sylke Nissen und Thilo Fehmel, M.A., Universität Leipzig,

Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,

E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 03 41/97 35-648 (Redaktion)

oder -641 (G. Vobruba), Fax: 03 41/97 35-669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, E-Mail: Hans-Georg.Soeffner@kwi-nrw.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dipl.-Soz. Dana Giesecke,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,

E-Mail: Dana.Giesecke@kwi-nrw.de, Tel.: 02 01/72 04-208, Fax 0201/72 04-111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Beate Kraus, Technische Universität Darmstadt,

Institut für Soziologie, FB 2, Residenzschloss, 64283 Darmstadt,

E-Mail: Kraus@ifs.tu-darmstadt.de, Tel.: 0 61 51/16 34 67, Fax: 0 61 51/16 60 75.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: www.soziologie.de

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main,
www.campus.de

Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Beate Hildebrand, 0 69/97 65 16-812, b.hildebrand@campus.de

Bezugsmöglichkeiten 2009 für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeriti (print + online) 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2009

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Druck Partner Rübemann, Hemsbach

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial	143
-----------------	-----

Identität und Interdisziplinarität

Raj Kollmorgen

Ostdeutschlandforschung. Status quo und Entwicklungschancen	147
---	-----

Jan Ackermann und Birgit Blättel-Mink

ENWISS – Qualitative Evaluation ohne Folgen?	175
--	-----

Lehren und Lernen

Kathia Serrano-Velarde

Mythos Bologna? 10 Jahre Forschung zum Bolognaprozess	193
---	-----

Heiner Meulemann

Graduiertenkolleg: Sozialordnungen und Lebenschancen im internationalen Vergleich	204
--	-----

DGS-Nachrichten

Protokoll der Auszählung der Wahlen zu Vorsitz, Vorstand und Konzil der DGS 2008/2009	208
--	-----

Strukturwandel zu Metropolen? Erste Regionalkonferenz der DGS	211
--	-----

Veränderungen in der Mitgliedschaft	216
---	-----

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Arbeits- und Industriosozio­logie	220
<i>Sektion</i> Methoden der qualitativen Sozialforschung	221
<i>Sektion</i> Professionssoziologie	225
<i>Sektion</i> Umweltsoziologie	231
<i>Sektion</i> Wirtschaftssoziologie	236
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	239
<i>Arbeitsgruppe</i> Netzwerkforschung	245

Nachrichten aus der Soziologie

Rudolph Bauer wird 70 Jahre alt	252
Schader-Preis 2009 für Professor Ralf Dahrendorf	255
Habilitationen	256
Call for Papers	257
Soziologie zwischen Theorie und Praxis. 2. Studentischer Soziologiekongress • Wieviel Gesellschaft ver­trägt die EU? Der europäische Integrationsprozess zwischen Eliteninteressen und Gesellschaftsbildung • Labour, Markets and Inequality • Mythos Bildung? »Humankapitalismus« und soziale Integration • Ästhetisierung des Sozialen in Geschichte und Gegenwart am Beispiel der visuellen Kulturen • Zwanzig Jahre nach dem Umbruch – Religion und Religiosität in Ostdeutschland (und in Osteuropa) • Jugend zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeits­suche und gesellschaftlichen Reaktionen • Kultur – Technik – Überwachung	
Tagungen	271
6. Nutzerkonferenz »Forschung mit dem Mikrozensus«: Analysen zur Sozialstruktur und zum sozialen Wandel • Die Rationalitäten des Sozialen. Soziologische Rationalitätsverständnisse auf dem Prüfstand	
Autorinnen und Autoren	275
Abstracts	277

»Soziologen verwirren.«

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

so steht es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (9. 2. 2009, S. 14), als eine Art Fazit der Rezension einer soziologischen Veröffentlichung. Ich kenne den Text (noch) nicht, vermute aber, dass es sich der Autor nicht leicht gemacht hat, weil er es sich nicht leicht machen konnte. Es geht darin um eine Soziologie des Geldes, und das ist eine komplexe Angelegenheit. Beim Rezensenten freilich erweckt der Text »stark den Eindruck«, der Autor wolle »mit seinen Ausführungen nicht verstanden werden.«

Interessant.

Interessant, weil in diesem Urteil die starke Prämisse steckt, dass Soziologie verständlich sein muss. Muss Soziologie tatsächlich verständlich sein? Diese Frage ist zu ungenau. Verstehen setzt zumindest zweierlei voraus; jemanden, der verstanden wird, und jemanden, der versteht. Verstehen findet also in einer Relation statt. Schon dieser simple Umstand verbietet es, Verständigungsprobleme nur einer Seite zuzurechnen, und erst recht: schuldhaft zuzurechnen. Die Frage ist also, wer sich wem verständlich machen muss, und wer von wem verlangen kann, verständlich zu sein. Darf ein soziologischer Text durch seine spezifische Sprache große Leserkreise ausschließen? Und umgekehrt: Wie viel Energieaufwand muss sich ein potentieller Textversther selbst abverlangen, ehe er zum Unverständlichkeitsverdikt greift? Das verstehende Lesen von Texten ist nun mal in aller Regel mit einem gewissen Energieaufwand verbunden. Kann man sich nicht sogar Textformen vorstellen, in denen gewisse kognitive Zugangsbarrieren ein Bestandteil dessen sind, was mitgeteilt werden soll? Und schließlich: Darf man gesteigerte Verständlichkeit mit abgesenkter Präzision bezahlen?

Fragen über Fragen, mit denen ich darauf hinweisen will, dass es in der Soziologie kaum Reflexionen über das Verstehen der eigenen Textproduktion gibt. Mir fällt nur eine prominente Ausnahme ein. Hans Albert hat im »Positivismustreit in der deutschen Soziologie« mehrmals betont, dass er bezüglich dessen, was Jürgen Habermas meint, auf Vermutungen angewiesen sei und beklagt, man müsse sich in Habermas' »Darlegungen mühsam zurechtfinden« (S. 231). Habermas wiederum nahm dies im selben Band als Anlass für den Hinweis: »Das methodisch geübte Kannitverstan trocknet eine Diskussion aus, die sich schon im Umkreis eines gemeinsam vorausgesetzten Vorverständnisses immer bewegen muß.« (S. 265f.) Spuren dieser Auseinandersetzung finden sich bis heute in der philosophischen Diskussion. In der Soziologie nicht.

Versteht sich das Verständlichkeitspostulat denn tatsächlich von selbst? Niemand würde versuchen, die theoretische Physik damit zu belästigen. Sehen Sie sich das an:

$$\left[(s \rightarrow g)_v \frac{AA}{\div} \right] \subset \left\{ \left[(s \rightarrow \bar{g}) \frac{A_c}{\div} \rightarrow r \frac{\Omega}{A_c} \right] MM + \bar{r} \frac{M_x}{A_c} \right\} \rightarrow r \frac{\Omega}{M_x}$$

Sie haben es natürlich sofort erkannt. Das ist keineswegs Physik. Theodor Geiger hat in seinen »Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts« (hier S. 219) aus dem Jahr 1947 mit solchen Formalisierungen versucht, alte metaphysische Konnotationen rechtssoziologisch unverzichtbarer Grundbegriffe abzuschütteln. Das führt, wie er schreibt, unvermeidlich zu »einer gewissen Schwerfälligkeit des Ausdrucks und der Darstellung.« (S. 40) Eine solche Formelsprache führt deshalb zu keinen Irritationen, weil sie von vornherein nicht mit der Erwartung, allgemein verständlich zu sein, konfrontiert ist. Schon das zeigt: Das Postulat, die Soziologie müsse verständlich sein, ist keineswegs selbstverständlich.

Wenn Verständlichkeit keine selbstverständliche Tugend soziologischer Texte ist, so ist Unverständlichkeit allerdings erst recht keine. Die Zeiten, in denen komplizierte Texte eine unwiderlegbare Klugheitsvermutung für sich, Leserin und Leser darum den Grund für Nichtverstehen immer bei sich selbst zu suchen hatten, sind zum Glück lange vorbei.

Die Soziologie muss, wie jede andere Wissenschaft auch, ihren Gegenstand zerlegen. Da es die Soziologie mit sinnhaften Konstrukten der Leute in der Gesellschaft zu tun hat, bedeutet das: Die Soziologie stört

die Selbstverständlichkeit von Alltagsinterpretationen sozialer Verhältnisse. Genau das wird registriert, und genau das irritiert. Soziologische Texte irritieren also nicht deshalb, weil man sie nicht, sondern weil man sie versteht. Insofern hat der Rezensent eines anderen soziologischen Buches in der Süddeutschen Zeitung (17. 2.2009) mehr als recht: Soziologen haben nicht nur, wie er schreibt, einen »Knick in der Optik«. Sie knicken auch noch die Optik anderer.

Was man in der oben erwähnten Ausgabe der FAZ noch lesen kann: Der Suhrkamp-Verlag zieht nach Berlin, und zwar vielleicht in »eine dieser Straßen, die nirgendwohin führen außer zu sich selbst.« Suhrkamp zieht also an einen Kreisverkehr. Doch, das hat was.

Ihr
Georg Vobruba

PS.:

Die beiden Bücher, deren Rezensionen ich hier erwähnt habe, sind: Hanno Pahl, *Das Geld in der modernen Wirtschaft. Marx und Luhmann im Vergleich.* Frankfurt a. M., New York 2009 und Niklas Luhmann, *Liebe – eine Übung.* Frankfurt a. M. 2008.

PPS:

Bitte beachten Sie den Call for Papers der Konferenz: »Strukturwandel zu Metropolen? Organisation – Kultur – Produktion.« (Seite 211ff.) Er musste kürzer ausfallen, als die Organisatoren und wir dies wollten. Platznot.

Ostdeutschlandforschung

Status quo und Entwicklungschancen¹

Raj Kollmorgen

Im Herbst 2009 jährt sich die so genannte »Wende« in der DDR, d.h. der Sturz des staatssozialistischen Herrschaftsregimes durch Abwanderung, Massenwiderspruch und der Beginn der »Doppelherrschaft« zum zwanzigsten Mal. Ein Jahr später begehen wir den zwanzigsten Jahrestag der deutsch-deutschen Vereinigung. Grund genug, um nach Stand und Perspektiven des sozialwissenschaftlichen Forschungsfeldes zu fragen, in dem Geschichte und Gegenwart der neuen Länder und der Vereinigung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive aufgeklärt und diskutiert werden: der Ostdeutschlandforschung.² Dabei soll im Folgenden nicht nur die quantitative, institutionelle und inhaltliche Entwicklung der Ostdeutschlandforschung untersucht, sondern auch problematisiert werden, ob sich Ostdeutschlandforschung weiter als eigenständiges Forschungsfeld legitimieren lässt.

1 Ich danke Torsten Hans und Michael Thomas für hilfreiche Kommentare, Kritiken und Anregungen.

2 Ich fasse darunter all jene (im weiteren Sinne) sozialwissenschaftlichen Forschungen, die sich mit der sozialen Wirklichkeit in den fünf neuen Bundesländern seit 1989 und der deutsch-deutschen Vereinigung beschäftigen. Explizite Geschichtsforschung zur DDR oder reine literaturwissenschaftliche Forschungen werden nicht berücksichtigt.

1. Entwicklung und Stand der Forschung: Eine quantitative Bestandsaufnahme

Zwei Eindrücke dürften die Wahrnehmung von Verlauf und gegenwärtiger Bedeutung der Ostdeutschlandforschung beherrschen: ein explosionsartiges Anschwellen in den ersten Jahren nach »Wende« und Vereinigung, und ein schier implotionsartiges Schrumpfen ab Ende, vielleicht schon Mitte der 1990er Jahre, so dass ihr Ende absehbar scheint. Frühere Bestandsaufnahmen stützten diesen Eindruck (vgl. Kollmorgen 2003; Weingarz 2003).

Ein Aktualisierungsversuch auf Basis einer Internet-Recherche erbringt folgende, teilweise überraschende Resultate (siehe Abb. 1, 2). Bezieht man sich einmal auf die vom IZ Sozialwissenschaften verwaltete Datenbank zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten (FORIS) und zum anderen auf die DFG-Datenbank GEPRIS, dann ist – bei aller Vorsicht hinsichtlich Vollständigkeit, Perioden- und Indikatorenwahl³ – zweierlei festzuhalten: Erstens hat sich die Anzahl der Projekte, die sich in einem weiteren Sinne mit Ostdeutschland und der deutschen Einheit beschäftigen, nach 1998 *nicht* verringert. Vielmehr stieg sie zwischen 1999 und 2003 noch einmal deutlich an. Allerdings schrumpfte sie in der folgenden Periode (2004-2008) um etwa den gleichen Faktor, so dass sie sich heute in etwa auf dem Niveau der späten neunziger Jahre bewegt.

Zweitens aber sind Dynamik wie Umfang angesichts alternativer Forschungsgegenstände – hier exemplarisch: soziale Ungleichheit und Globalisierung/Weltgesellschaft – zu gewichten. Der Vergleich zeigt, dass die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung durch ihren gut zehnjährigen Boom Mitte, selbst noch Ende der neunziger Jahre tatsächlich ein wichtiges,

3 Insbesondere ist zum einen die Erfassung über die Stich- oder Schlagwörter problematisch, da sie zum Teil von den Projektverantwortlichen selbst vorgenommen werden und partiell »reine« regionale Verortungen und/oder marginale Teilaspekte der Projekte anzeigen, ohne dass von einer Ostdeutschlandforschung im engeren Sinne gesprochen werden könnte. Dieser Mangel wäre nur durch detaillierte Inhaltsanalysen der Projekte (bzw. Projektberichte) zu beheben, was den Rahmen dieses Beitrages deutlich gesprengt hätte. Zum anderen wurden die Perioden (hier wie im Folgenden) so gewählt, dass zwischen 1989 und 2008 vier Fünfjahresperioden verglichen werden können (wobei die Zählung für 2008 nur die erste Hälfte des Jahres 2008 erfassen konnte). Diese Perioden können ggf. scharfe Schnitte innerhalb ihres Zeitraumes verdecken. Drittens ist darauf hinzuweisen, dass generell die Zahl der gemeldeten und verwalteten Projekte in den Datenbanken seit Mitte der 1990er Jahre deutlich ansteigt.

ja dominierendes Forschungsfeld darstellte. Die Dominanz begann um 1998/99 abzunehmen und spiegelt sich im absoluten Schrumpfen der Projektanzahl. Demgegenüber stieg die Anzahl der Projekte in den beiden alternativen Feldern durchgehend, wobei die Globalisierungsforschung um die Jahrhundertwende einen Entwicklungssprung vollzog. In der letzten Periode (2004-2008) gingen die Forschungsfelder insofern getrennte Wege: Während die Zahl der Projekte in der Ungleichheits- und Globalisierungsforschung um jeweils zehn Prozent wuchs, halbierte sie sich im Bereich der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung (vgl. aber Fußnote 2). Absolut betrachtet, rangiert heute die in den Datenbanken dokumentierte Ungleichheitsforschung auf einem Zweidrittelniveau der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung, während die Globalisierungsforschung die Letztgenannte heute um 25% übertragt.

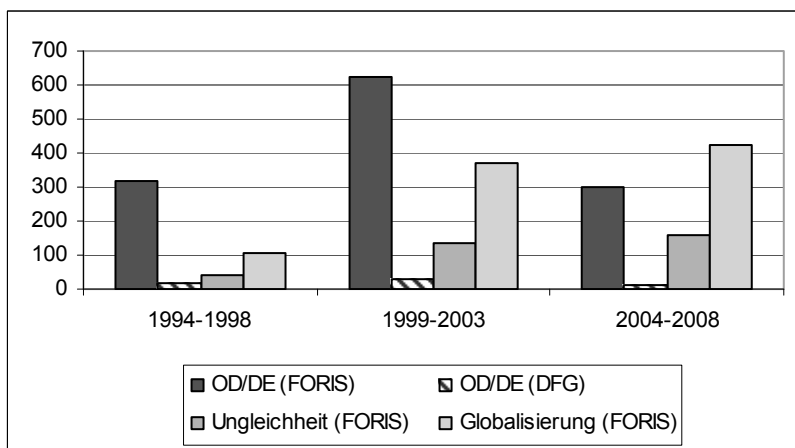


Abb. 1: Anzahl der Forschungsprojekte zu Ostdeutschland und deutscher Einheit in drei Fünfjahresperioden (1994-2008)⁴

⁴ Erläuterung: FORIS: Gezählt wurden alle sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekte (ohne Wirtschaftswissenschaften) mit den Stichwörtern »Ostdeutschland«, »neue (Bundes)Länder« oder »deutsche Einheit«. DFG: Analoge Erfassung unter Einschluss der Wirtschaftswissenschaft und sozialwissenschaftlicher Randgebiete wie Bildungsforschung, Sozialgeografie, Agrarökonomik usw. Quelle: WISO, FORIS-Datenbank www.wiso-net.de/r_zdzi/webcgi?WID=75742-4000568-12228_2 (Zugriff am 22.07.2008); DFG-Datenbank GEPRIS (<http://gepris.dfg.de/gepris/>) (Zugriff am 26.7.2008).

Diese auf die Projektforschung referierende Verlaufskurve wird durch den Bezug auf Publikationen (Abb. 2) grundsätzlich gestützt, partiell aber auch korrigiert. Einschlägige Suchmaschinen bzw. Datenbanken offenbaren, dass die deutschen Veröffentlichungen zum Thema »Ostdeutschland« (bzw. neue Bundesländer) und »deutsche Einheit« ihren Höhepunkt Mitte/ Ende der 1990er Jahre (IZ SOLIS, Deutsche Nationalbibliographie [DNB]) bzw. Anfang des neuen Jahrtausends (google scholar) hatten.⁵ Danach sinkt jedoch die Anzahl signifikant, am ausgeprägtesten nach IZ SOLIS (auf ein Drittel des Höchstwertes).

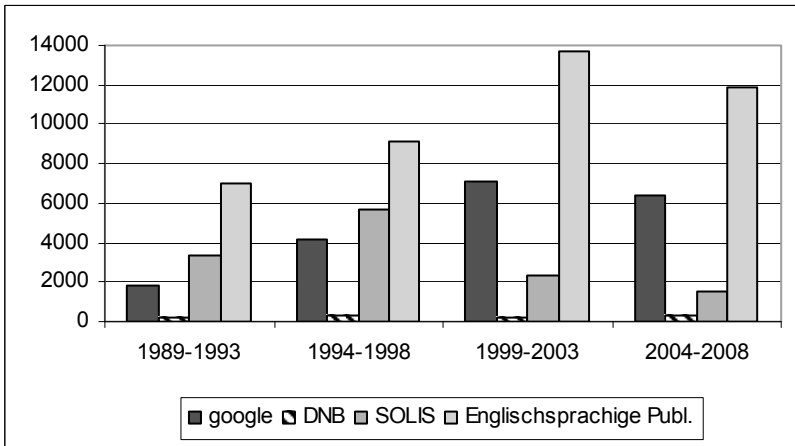


Abb. 2: Publikationen zum Thema »Ostdeutschland« zwischen 1989 und 2008 (in Fünfjahresperioden)⁶

⁵ Die Suche über *google scholar* muss infolge des erheblichen Bedeutungswandels des Internets in den letzten zwanzig Jahren und der Berücksichtigung aller Publikationsarten (einschließlich elektronischer Ressourcen) von den Werten und Verläufen anderer Datenbanken abweichen.

⁶ Erläuterung: google: Alle deutschsprachigen Publikationen in »google scholar« mit dem Titelstichwort »Ostdeutsch/e/r« oder »Ostdeutschland/s«; DNB: Alle Buchpublikationen unter den Schlagwörtern »Ostdeutschland«, »neue Länder« oder »deutsche Einheit«; SOLIS: Alle in SOLIS gemeldeten Publikationen unter den Schlagwörtern »Ostdeutschland«, »neue (Bundes)Länder« oder »deutsche Einheit«; Englischsprachige Publikationen: Alle Publikationen in »google scholar« mit dem Titelstichwort »East Germany«. Quellen: Eigene Recherche bei http://scholar.google.de/advanced_scholar_search?hl=de&lr; http://www.wiso-net.de/r_zdzi/webcgi?WID=75742-4000568-12228_2; http://z3950gw.dbf.ddb.de/z3950/zfo_get_file.cgi?file Name=DDB/searchForm.html (Zugriff am 22.07.2008).

Drei Erklärungen bieten sich für diese Divergenz an. Erstens ist auf eine förderseitig und institutionell erkennbare Wiederaufwertung der Ostdeutschlandforschung Anfang des neuen Jahrtausends hinzuweisen (siehe 2.). Zweitens haben die Forschungen jener neuen »Welle« ihre (publikative) Ertragsphase vermutlich noch nicht erreicht, so dass in den kommenden Jahren ein Wiederanstieg der Veröffentlichungszahlen nicht auszuschließen ist. Drittens ist zu bedenken, dass in der Periode 1992-1997/98, d.h. dem Zeitraum, in dem die Publikationen für die Periode 1994-1998 *faktisch* erarbeitet wurden, der Transformations- und Vereinigungsprozess das gesellschaftspolitisch beherrschende Thema darstellte. Dass die Anzahl der Publikationen in dieser Periode die Zahl der Forschungsprojekte so übersteigt, ist insofern nicht überraschend. Die inverse Bewegung in der Folgeperiode (1999-2003), d.h. die schwindende Anzahl von Veröffentlichungen zum Thema *trotz* der wieder angestiegenen Projektförderung, folgt dem gleichen Mechanismus – nur unter umgekehrten Vorzeichen. Das Thema erschöpfte sich öffentlich und die gesellschaftspolitische Bedeutung ostdeutscher Entwicklungen und deutsch-deutscher Konfliktlinien schwand im Schatten von Globalisierung und Schröderschem Reformprogramm (»Agenda 2010«).

Die bisherigen Befunde werden von der umfangreichsten, an der TU Dresden gepflegten Literaturdatenbank zu DDR, Ostdeutschland und Vereinigung (www.wiedervereinigung.de) untermauert. Sie lässt mit ihrem Bestand von ca. 53.000 Literaturnachweisen nicht nur erahnen, welche unglaubliche Menge an Forschungsergebnissen und Stellungnahmen zum Thema mittlerweile akkumuliert wurde, die praktisch alle Disziplinen, Felder und analytischen Perspektiven umspannt. Mit dem Anwachsen ihres Bestandes zwischen 2002 und 2007 um gut 10.000 Titel wird auch die Diagnose gestützt, dass die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung in den letzten fünf bis zehn Jahren quantitativ zwar »ab-«, aber keinesfalls vollständig »ausgebremst« wurde.

2. Institutionen und Initiativen der Ostdeutschlandforschung

Fragt man nach der Dynamik der institutionellen Trägerschaft und der Finanzierungsweisen in den letzten zwanzig Jahren, lassen sich vier Perioden unterscheiden. Auf eine erste Aufbruchperiode (1989-1991) gleichsam spontaner Mittelumwidmungen und -einsätze im Rahmen gegebener Strukturen in Ost und West folgte die zweite Phase (1991-1996) eines systematischen

institutionellen Aufbaus der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung (vgl. Kollmorgen 2003: 5f.). Dabei wurden zum einen spezielle Forschungs- und Förderinstitutionen formiert, wobei die »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern« (KSPW e.V., 1991-1996) sowie die Arbeitsgruppe »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« der Max-Planck-Gesellschaft (AG TRAP, 1992-1996) herausragen. Zum anderen flossen zusätzliche Fördermittel sowohl innerhalb der Normalverfahren als auch im Rahmen gegebener Schwerpunktprogramme (SP) oder Sonderforschungsbereiche (SFB) von DFG, Volkswagenstiftung und anderen akademisch orientierten Finanziers. Praktisch parallel kam es zur Gründung ostdeutschland- bzw. vereinigungszentrierter Schwerpunktprogramme (in der DFG etwa die SP 185 und 188). Ostdeutsche Hochschulen und Universitäten, die in dieser Periode radikal um- und neu aufgebaut wurden, fielen zunächst als Antragsteller und Forschungsakteure weitgehend aus. Diese Lücke füllten einerseits westdeutsche Hochschulen, andererseits freie ostdeutsche Forschungsinstitute. Letztere stellten überwiegend »Ausgründungen« vormaliger (halb-)staatlicher Forschungseinrichtungen der DDR dar (z.B. BISS Berlin, isda Berlin, SFZ Berlin oder Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung Leipzig).

Die dritte Periode (1996-2001) beinhaltet im doppelten Wortsinn eine Normalisierung. Einerseits liefen praktisch alle Sonderprogramme Mitte bzw. spätestens Ende der 1990er Jahre aus. Andererseits traten nun zunehmend die Hochschulen und Universitäten in Ostdeutschland als wichtige Akteure in Erscheinung, während sich – nicht zuletzt wegen dieses Auftretens – die freien Institute aus der akademisch orientierten Forschung zurückziehen und der stark anwendungsorientierten, partiell kommerziell orientierten Forschung zuwenden mussten.

Die sich seit 2001 konturierende vierte Periode eines institutionellen Rearrangements ist vor allem durch drei Merkmale gekennzeichnet. Erstens wurde im Jahr 2001 an den Universitäten Halle und Jena der SFB 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch: Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung« etabliert, der sich explizit mit den Prozessen ostdeutscher Transformation und deutsch-deutscher Vereinigung befasst. 2007 wurde die zweite Förderphase (2007-2012) bewilligt, die neben einigen thematischen Umstellungen und Erweiterungen insbesondere dem internationalen Vergleich eine größere Bedeutung beimisst (siehe www.sfb580.de). Quantitativ bildet der SFB 580 nunmehr den Leuchtturm der akademisch orientierten Ostdeutschlandforschung. In seinem Rahmen war zwischen

1999 und 2003 gut ein Drittel der DFG-geförderten Ostdeutschlandforschung angesiedelt. Heute (2008) verkörpert er mit fast 80% aller Projekte den entscheidenden Träger der DFG-Förderung. Auf alle in FORIS gemeldeten Projekte bezogen, sind im SFB 580 gegenwärtig etwa 5% der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung konzentriert. Bezieht man die Finanzierungsvolumina mit ein, dürften es real etwa 10% der empirischen Sozialforschung sein.

Zweitens erfuhr seit Anfang des neuen Jahrtausends die auf Ostdeutschland bezogene Ressortforschung des Bundes und der (ostdeutschen) Länder eine Wiederbelebung. Diese (Wieder-)Aufwertung verdankt sich der Einsicht, dass sich die Mitte der neunziger Jahre verbreitete Hoffnung eines stetigen, namentlich wirtschaftlichen Aufholens der ostdeutschen Länder im Anschluss an westdeutsche Erfolgsrezepte nicht erfüllt hat. Darauf wurde mit einer Reihe von Forschungsinitiativen reagiert, insbesondere im Bereich der Wachstums- und Innovations-, der Stadt- bzw. Regional- sowie der Bevölkerungsforschung.

Letzteres verweist, drittens, auf eine Veränderung im Bereich der freien außeruniversitären Institute. In Reaktion auf die (von vielen so wahrgenommene) Marginalisierung der Ostdeutschlandforschung ab spätestens Ende der 1990er Jahre und darin der freien Institute gründete sich im Herbst 2005 das »Netzwerk Ostdeutschlandforschung«. Das Netzwerk wird gegenwärtig von sechs freien außeruniversitären Instituten mit Sitz in den neuen Bundesländern getragen und vom »Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung« gestützt, der zeitlich parallel an der TU Berlin mit finanzieller Beteiligung des Berliner Senats geschaffen wurde. Das Netzwerk verfolgt einerseits das inhaltliche Ziel, das Paradigma »nachholender Modernisierung« und (einseitiger) »Angleichung« zu überwinden (siehe 3). Andererseits hat es sich die gesellschaftskritisch orientierte Diskussion und Vermittlung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in die soziale Praxis zur Aufgabe gemacht, was von Information über klassische Politikberatung bis zu regionaler Aktionsforschung reicht (Berichte, Dossiers und Debatten unter www.ostdeutschlandforschung.net).

3. Empirische Forschungsfelder und konzeptuelle Zugänge

Früh wurde von verschiedenen Seiten festgestellt, dass ostdeutsche Transformation und deutsche Einheit vermutlich die am besten dokumentierten und am intensivsten empirisch analysierten Forschungsgegenstände in der Geschichte der deutschen Sozialwissenschaft darstellen. Dabei überspannt der

inhaltliche Bogen der Ostdeutschlandforschung heute praktisch alle Ebenen, Bereiche und Dimensionen des Sozialen. Substanzielle Leerstellen sind bereits seit gut zehn Jahren nicht mehr erkennbar (vgl. Hradil 1996; Weingarz 2003).

Eine Auswertung der FORIS-Datenbank zu den sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten mit dem Thema »Ostdeutschland« und/oder »Vereinigung« (Abb. 3) erbringt für die Jahre 2004-2007 eine Verteilung der empirischen Felder, die klar von (sozio-)ökonomischen Problemstellungen – Arbeitsmarkt, Management und Einkommensentwicklung bis Wirtschaftsförderung und Innovationsdynamiken – beherrscht wird (fast 37% aller Projekte). Es folgen fast gleichauf die drei Felder Politik und Verwaltung, Ungleichheit und Sozialstruktur sowie Stadt- und Regionalentwicklung (14-12%). Ein dritter Block mit abnehmenden Anteilen wird durch die Gegenstände Bildung/Wissenschaft, Demographie, Biographie und Werte/Kultur gebildet (9-3,5%).

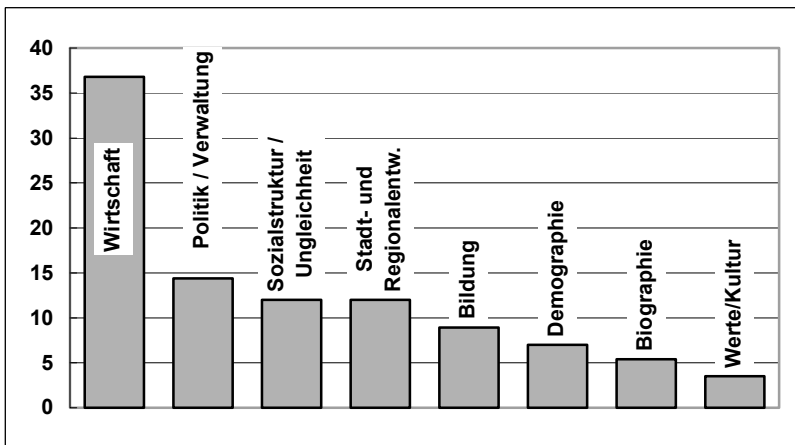


Abb. 3: Empirische Forschungsfelder in der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung 2004-2007 nach FORIS (Anteile in v.H.)⁷

⁷ Gezählt wurden alle sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekte (ohne Wirtschaftswissenschaften) mit den Stichwörtern »Ostdeutschland«, »neue (Bundes) Länder« oder »deutsche Einheit«. Jedes Projekt wurde nur einem Thema zugewiesen; alle nicht eindeutig zuordenbaren Projekte wurden vernachlässigt; N = 258. Quelle: WISO, FORIS-Datenbank www.wiso-net.de/r_zdzi/webcgi?WID=75742-4000568-12228_2 (Zugriff am 22.07.2008).

Auch wenn der hohe Anteil sozioökonomisch orientierter Untersuchungen angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung von Wachstum und Erwerbsarbeit nicht verwundert, überrascht zunächst das Maß der Dominanz. Dieses wird aber relativiert, wenn man den gesamten Zeitraum (1989-2008) und die in ihm erkennbaren Zirkelbewegungen betrachtet. Der klaren Vormachtstellung politischer und ökonomischer Themen in den ersten Jahren – von demokratischer »Wende« über Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bis zum Treuhandwirken – schloss sich ab Mitte der neunziger Jahre eine Periode an, in der sozialstrukturelle, (informell-)institutionelle und sozio-kulturelle Perspektiven einen enormen Bedeutungsschub erfuhren. In den letzten fünf bis sieben Jahren haben wir es zwar mit einer Renaissance politisch- und sozioökonomischer Forschungsfelder zu tun. Dabei handelt es sich aber nicht um eine schlichte Rückkehr. Einerseits ist in vielen Fällen das Projektdesign komplexer geworden, etwa in Bezug auf Akteurperspektiven, Langzeitigkeit oder komparative Methoden. Andererseits werden die Themen in neuen Kontexten und unter veränderten Fragestellungen diskutiert. Vier Schlagwörter stehen beispielhaft für diese Reorientierungen:

- (a) *Nachhaltigkeit* (»selbsttragender Aufschwung«, Transfer, Förderkerne, Management-, Unternehmer- und Arbeitskulturen, ökologische Perspektiven),
- (b) *Innovation* (Wissenschafts- und Innovationscluster, KMU und Innovation, ökologische Erneuerung, Ausbildung und Innovation usw.),
- (c) *Region* (regionale Märkte und »Wachstumskerne«, Akteure und Programme regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik),
- (d) *Demographie* (Migration, Schrumpfung, Generationswechsel und ihre Bedeutung für Regionen und Unternehmen).

Diese Veränderungen spielen unmittelbar auf das Problem konzeptueller Zugänge und deren Dynamik an. Zwar ist auch hier auf eine ungeheure Pluralität der Ansätze, Erklärungsversuche und Interpretationsangebote hinzuweisen. Dennoch lassen sich vier dichotomische Konstellationen identifizieren, die seit 1990 das konzeptuelle Dach der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung aufspannen, wobei interessante Verschiebungen und Dominanzwechsel stattfanden.

»Nachholende Modernisierung« von außen und oben (»Implementations- und Anpassungslogik«) vs. Modernität von innen und unten (»Subjektsein« der Ostdeutschen)

Diese mittlerweile klassische konzeptuelle Frontstellung hat vor allem die ersten Jahre der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung beherrscht. Dabei tendierte eine Gruppe der Sozialforscher dazu, die Transformation Ostdeutschlands mit dem staatsrechtlichen Beitritt, dem damit verbundenen Institutionentransfer und *ready made state* als Fall nachholender Modernisierung und gesteuerten Systemwechsels nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik zu begreifen. Seither habe man es mit Folgeproblemen der Anpassung an die neuen Institutionen, effektiver Ressourcenallokation und Enkulturation zu tun. Die dahinter stehende Logik betrachtet das als ideal, was von oben und auf Grundlage bewährter Ordnungen nach unten durchgesetzt werden kann, wobei alles Querliegende und Persistente als retardierende Störung der »nachholenden Modernisierung« verstanden wird (exemplarisch: Zapf 1991, 2000). Die Gegenposition behauptete nicht nur eine wenn auch partiell deformierte alternative Modernität des Ostens, so dass nicht von einer umfassenden gesellschaftlichen Vorbildlichkeit der Bundesrepublik gesprochen werden könne. Sie kritisierte vor allem, dass die institutionelle »Blaupause« des Beitritts zugleich den Beginn einer »Kolonialisierung« des Ostens durch die Staatseliten und das Großkapital des Westens markierte. Dem wurde der Ruf nach einer autochthonen Transformation von unten durch die früher und auch jetzt wieder »unterdrückten« politischen Subjekte, einschließlich der Beibehaltung positiver Eigenschaften der realsozialistischen Gesellschaft entgegengestellt (exemplarisch Dümcke, Vilmar 1996; Bollinger et al. 2000). Obwohl diese Debatte seit Ende der 1990er Jahre an Bedeutung und Schärfe verloren hat, bleiben modernisierungstheoretische Fragestellungen virulent. Davon kündeten auch neuere Projekte und Publikationen, wobei heute Vermittlungen zwischen den Extrempositionen die Regel sind (vgl. Reißig 2000; Adamski et al. 2002; Ettrich 2005; Alheit et al. 2004; Alheit 2005; Thomas 2008; Kollmorgen 2008).

Vereinigung als »Angleichung« vs. »Einheit in der Differenz« und Vereinigung als Differenzierung

Im Zusammenhang mit der ersten Polarität ist seit dem Beitritt der neuen Länder umstritten, ob staatsrechtliche Einheit und der dominierende Beitrittsmodus im Vereinigungsprozess zu einer gesellschaftlichen Angleichung beider Landesteile – oft einseitig in Ost-West-Richtung gedacht – führen

wird oder ob gesellschaftliche Differenzen bestehen bleiben, vielleicht sogar wachsen und damit langfristig den Charakter neuer struktureller Disparitäten bzw. Peripherisierungen annehmen. Während in der ersten Dekade der Angleichungsdiskurs dominierte, gewann später der Differenzierungsdiskurs – bezogen auf wirtschaftliche, soziale und demographische Strukturen, politische Kulturen bis hin zu sozialen Milieus und Lebensstilen – an Einfluss (vgl. für viele: Veen 2000; Busse, Dürr 2003; Herles 2004; Falter et al. 2006, Kollmorgen 2005; Land 2006a; Schroeder 2006). Das hat seit Mitte der neunziger Jahre sowohl zu einem Ansteigen direkter Ost-West-Vergleiche als auch zu einer nachhaltigen Regionalisierung von Untersuchungsdesigns und Datensätzen geführt. Interessanterweise trug dies zur Neubewertung der bundesdeutschen Gesellschaft bis 1989 bei, der nun eine deutlich größere Vielfalt attestiert wurde. Nimmt man noch einmal die FORIS-Datenbank zum Maßstab (Projekte 2004–2007), dann beinhaltet gegenwärtig gut ein Fünftel aller Forschungsprojekte einen direkten Vergleich von Ost- und Westdeutschland.

Unvergleichbarer Sonderfall vs. fruchtbarer Vergleichsfall in der Transformationsforschung

Seit Beginn der Ostdeutschlandforschung wurde intensiv darüber gestritten, ob es sich bei der ostdeutschen Transformation infolge der raschen staatsrechtlichen Vereinigung um einen Sonderfall handelt, der Vergleiche mit anderen Transformationsgesellschaften weitgehend nutzlos erscheinen lässt, oder ob sie umgekehrt in bestimmten Aspekten einen »normalen« post-sozialistischen Vergleichsfall, in anderen mindestens einen wertvollen Kontrastfall repräsentiert, der komparative Analysen geradezu herausfordert. Auch hier lässt sich eine Dominanzverschiebung über die Zeit beobachten. Bis auf Ausnahmen (vgl. insbesondere die Programmatik der AG TRAP, vgl. Wiesenthal 1996; Wielgoß, Wiesenthal 1997) dominierte zunächst die konzeptuelle These der Ausnahmestellung und Unvergleichbarkeit, die erst Mitte, Ende der 1990er Jahre einer stärker komparativen Sichtweise Platz machte. Das verdankte sich auch dem thematischen Schwerpunktwechsel hin zu sozialstrukturellen und soziokulturellen Themen. In den letzten fünf Jahren hat dieser Trend angehalten, wobei zunehmend auch Vergleiche mit anderen westlichen Gesellschaften und darin zwischen Regionen angestellt werden (vgl. exemplarisch die Projekte des SFB 580). Nach der FORIS-Erhebung sind von den zwischen 2004 und 2007 begonnen Projekten knapp 9% unmittelbar komparativ orientiert (ohne die deutsch-deutschen Vergleiche).

Anwendung und Spezifizierung gegebener Theorien und Ansätze vs. theoretische Innovationschancen in der ostdeutschen Transformations- und Vereinigungsforschung

Die Anfangszeit der Ostdeutschlandforschung wie der Transformationsforschung insgesamt war davon bestimmt, diesen unerwarteten Ereignissen und Prozessen mit tradierten Theorien zu begegnen, wobei die Modernisierungstheorie den wichtigsten übergreifenden Bezugsrahmen lieferte. In vielen Projekten wurde auch in der Folgezeit an diesem Forschungsprogramm festgehalten. Darüber hinaus wurden schrittweise alternative makro-, aber auch mikrotheoretische Ansätze eingebracht, so dass sich heute in der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung praktisch alle theoretisch-methodologischen Ansätze von quantitativen Aggregatdatenanalysen der Arbeitsmarkttransformation über netzwerkanalytische Untersuchungen der Elitenzirkulation bis zu narrativ angelegten Biographieanalysen wiederfinden. Obgleich darin neben theoretisch-methodischen Anwendungen vereinzelt auch Weiterentwicklungen in Reflexion der einmaligen Konstellationen und Prozesse von ostdeutschem Umbruch und deutsch-deutscher Vereinigung realisiert wurden, haben sich frühe Hoffnungen auf »Theoriesprünge« (R. Mayntz) oder »Innovationen« angesichts des »Experiments Vereinigung« (vgl. Giesen, Leggewie 1991) nicht erfüllt. Diesen abfallenden Spannungsbogen teilt freilich die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung mit der postsozialistischen Transformationsforschung (vgl. Reißig 2000; Hopfmann, Wolf 2001).

4. Normalität zwischen Spaltung und Legitimationsbedarf

Lässt man die bisherigen Befunde zur Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung Revue passieren, dann scheint es sich auf den ersten Blick sowohl hinsichtlich der Dynamik als auch bezogen auf den Status quo um einen normalen sozialwissenschaftlichen Forschungsgegenstand zu handeln. Sein Auftreten und seine gesellschaftspolitische Bedeutung begründeten einen grandiosen Aufschwung und die Zentrierung innerhalb des Forschungsbetriebs zwischen 1991 und etwa 1995/96. Seine praktische Veralltäglicung ab Mitte der 1990er Jahre spiegelte sich in der Normalisierung von Förderung, Institutionen, Themenfeldern und Ansätzen, die zunehmend in die allgemeinen Debatten eingebettet wurden. Seit Anfang des neuen Jahrhunderts erfährt die Ostdeutschlandforschung zwar in Relation zu alternativen Forschungsgegenständen einen weiteren Bedeutungsverlust, hat sich aber institutionell

rekonfiguriert und bewegt sich absolut auf einem mit den ersten fünf Jahren vergleichbaren Niveau. In diesem Verlauf und Bedeutungsverlust werden Parallelen zu früheren gesellschaftspolitisch brisanten Forschungsthemen erkennbar, etwa zur Modernisierungsforschung Mitte der 1970er Jahre oder zur Friedens- und Konfliktforschung in den 1980er Jahren.

Die Diskussion um die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung weist aber zwei Besonderheiten auf. Zum einen ist auf ihre *institutionelle und personelle Spaltung* hinzuweisen. Die akademische Ostdeutschlandforschung konzentriert sich an Universitäten und öffentlich geförderten außeruniversitären Institutionen, die anhaltend von einer Professorenschaft westdeutscher Herkunft dominiert wird. Zugleich sind es die freien außeruniversitären Institute mit ganz überwiegend ostdeutschen Forschern, die vor allem im Bereich der anwendungsorientierten Auftragsforschung ein Gutteil des Feldes besetzen. Eine Kommunikation zwischen beiden »Feldern« findet nur sehr eingeschränkt statt. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass es wiederum fast ausschließlich aus Westdeutschland stammende Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker sind, die in den entsprechenden Arenen (Wissenschaftsrat, DFG, Max-Planck-Gesellschaft bis zu den Bundes- und Landesministerien) über die Fördergrundsätze und Finanzierungsvolumen der Ostdeutschlandforschung entscheiden.

Zum anderen ist bereits Mitte der neunziger Jahre der *Sinn* weiterer exzeptioneller, von einigen sogar jeglicher spezifischer Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung in Frage gestellt worden. Diese von wissenschaftspolitisch exponierter Seite vertretene Position stellte den entscheidenden Hintergrund für die Einstellung der oben umrissenen Sonderprogramme in den Jahren 1996-1998 dar.⁸ Seit dieser Zeit muss sich Ostdeutschlandforschung mit dem Problem ihrer Legitimierung auseinandersetzen. Sie ist – im Unterschied zu Europäisierungs-, Globalisierungs- oder Sozialstrukturforschung – nicht (mehr) selbstverständlich, sondern bedarf außerordentlicher Begründung und Rechtfertigung. Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung gelten dieser mächtigen Position einerseits als rückwärtsgewandt, da sie ein sterbendes Phänomen behandeln. Gemäß dem Konzept »nachholender Modernisierung« und Angleichung soll sich die gesellschaftspolitische Problemstellung im Kern bereits erledigt haben. Andererseits habe

⁸ Einen Einblick in die Debatten um die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung vor allem im Kontext der KSPW gibt ein Bericht von H. Ziegler, der von Anfang bis Ende der 1990er Jahre im damaligen BMFT für die Sozialwissenschaften zuständig war (Ziegler 2005).

sich die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung von Beginn an als konservatives, empirisch wie theoretisch-methodologisch steriles Forschungsfeld erwiesen. Wissenschaftlicher Fortschritt finde hier nicht statt, auch deshalb kann eine, zumal besondere Förderung nicht gerechtfertigt werden.⁹

Sind diese Annahmen begründbar? Gab und gibt es Felder und Ansätze in der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung, die beiden Thesen deutlich widersprechen?

Fragt man in einem ersten Schritt nach der (weitgehenden) sozio-praktischen »Erledigung« des Ostdeutschland- und Vereinigungsproblems, fällt Widerspruch nicht schwer. Praktisch alle jüngeren Datenerhebungen der empirischen Sozialforschung, ob sie die Wirtschaftsentwicklung, Migrationsflüsse und Bevölkerungsentwicklung, den Sozialstrukturwandel, die politische Kultur, allgemeine Lebenseinstellungen oder das Geschichtsbewusstsein betreffen, weisen in die gleiche Richtung: Zwar gab und gibt es seit 1989 Konvergenzen, d.h. sowohl ein »Anpassen« von Ost an West (z.B. Gesundheitsversorgung, Konsummuster) als auch in bestimmten Bereichen ein Aufeinanderzugesehen (z.B. in Bezug auf Bildungssysteme und -verhalten, soziale Schichteinstufungen, partiell bei den Lebenszufriedenheiten). Es sind aber ebenso persistente Differenzen, ja selbst Divergenzen beobachtbar (z.B. Wirtschaftsstrukturen und -wachstum, Migrationsflüsse und Bevölkerungsstrukturen, Organisationsgrade kollektiver Interessenvertretung, soziale Lagenkompositionen, Lebensformen oder gesellschaftspolitische Einstellungen).¹⁰ Das schließt Phänomene deutsch-deutscher Machtasymmetrien,

⁹ Die Etablierung des SFB 580 bedurfte vor diesem Hintergrund eines besonderen Begründungsaufwandes und besonderer Konstellationen. Sie spricht insofern nicht oder nur bedingt gegen die Dominanz jener Auffassung. In persönlichen Gesprächen ist mir zudem vermittelt worden, dass die bisherigen Erträge des SFB für eine Reihe von wissenschaftspolitisch relevanten SozialwissenschaftlerInnen durchaus den skeptischen Erwartungen entsprechen. Da, wo dies nicht der Fall sei, handele es sich regelmäßig *nicht* um Ostdeutschlandforschung im engeren Sinne. Interessanterweise gibt es nicht wenige in der Ostdeutschlandforschung aktive SozialwissenschaftlerInnen, die jenen Befund aus umgekehrter Perspektive teilen: Der SFB 580 sei, so die Klage, in der um eine paradigmatische Wende bemühten »neuen Ostdeutschlandforschung« (siehe unten) kaum präsent; seine Forschungen platzierten sich selbst eher im Mainstream des Faches und hätten ihren eigentlichen Gegenstand – eben eine Neufundierung der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung – weitgehend aus dem Blick verloren.

¹⁰ Als exemplarische Erhebungen bzw. Datensammlungen und Analysen zu diesen Befunden, die hier selbstverständlich nicht im Detail dargestellt werden können, sei verwiesen auf: Geißler 2002; Sozialreport 2004; Soziologisches Forschungsinstitut et al. 2005; Diel 2005; Ragnitz et al. 2006; Kollmorgen 2005; Schroeder 2006; Falter et al. 2006; Datenreport 2008; Berth et al. 2007.

Anerkennungsprobleme und gesellschaftliche Konfliktlinien ein. Nur exemplarisch ist auf den seit zehn Jahren kaum gestiegenen Anteil Ostdeutscher im Bereich der wirtschaftlichen oder bundespolitischen Eliten hinzuweisen oder auch auf die nur leicht abschmelzenden Anteile unter den Ostdeutschen, die sich als »Bürger zweiter Klasse« begreifen (von ca. 80% Anfang der 1990er Jahre auf etwa 65-75% im Jahr 2007) (vgl. Kollmorgen 2005; Berth et al. 2007). Von einer durch- oder übergreifenden Entwicklung der »Angleichung« und »inneren Vereinigung« kann daher nicht die Rede sein. Nach wie vor erscheinen in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen deutsch-deutsche Unterschiede größer als andere regionale Disparitäten trotz zunehmender Binnendifferenzierungen in Ost- und in Westdeutschland und Ausdifferenzierungen zwischen den Generationen.¹¹ Dass schließlich auch in der politischen und kulturellen Öffentlichkeit das Thema Ostdeutschland und deutsche Einheit nicht obsolet ist, stellen nicht nur etliche Sammelbände verschiedenster Couleur zum 15. Jahrestag von Wende und Vereinigung, sondern auch die nach wie vor zahlreichen Publikationen politischer Essayistik, aber auch der Belletristik unter Beweis (für viele: Hensel 2002; Herles 2004; Bisky 2005).

Aus dieser Perspektive legitimiert sich Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung als eine gegenstandsspezifische Sozialforschung, die sich mit *einer*, und zwar *wesentlichen*, darin anhaltend *hoch dynamischen sozialen Ungleichheitsdimension* der deutschen Gegenwartsgesellschaft beschäftigt. Sie ist darin vergleichbar, mithin ebenso zu rechtfertigen und selbstverständlich wie sozialwissenschaftliche Ungleichheits- oder Spaltungsanalysen zu Elite-Masse-,

11 Nur illustrativ sei festgehalten, dass die Wirtschaftskraft (BIP pro Kopf) der neuen Länder etwa 68% des westdeutschen Wertes beträgt. Dabei variieren die Länderwerte innerhalb Ostdeutschlands nur um 9%, in Westdeutschland hingegen um 37% (BMVBS 2007: 6). Ein komplexer Vergleich des sozialen Status quo und der Zukunftschancen bundesdeutscher Regionen und Länder unter Einschluss von Wirtschaftskraft, demographischen Strukturen, Bildungsniveau bis zu sozialen Integrationsleistungen und Familienfreundlichkeit (Kröhnert et al. 2006) platziert die neuen Länder (einschließlich Berlin) am Ende des Rankings (Plätze 10-12, 14-16). Nur Bremen (auf Platz 13) durchbricht diese Phalanx. Auf Kreisniveau werden die ersten 20 Plätze (von 439 Kreisen) komplett durch westdeutsche Kreise eingenommen. Unter den 70 besten Kreisen finden sich lediglich drei ostdeutsche Städte (Potsdam, Jena, Dresden). Umgekehrt werden von den letztplatzierten zwanzig Kreisen 19 von ostdeutschen belegt. Nur Gelsenkirchen auf Platz 421 von 439 schiebt sich hier dazwischen (Kröhnert et al. 2006: 10, 12, passim). Als Überblick zur Generationenspezifik vgl. generell Göschel 1999; Alheit et al. 2004; Bürgel 2006 sowie die altersgruppenspezifischen empirischen Befunde im Bereich von allgemeinen Lebenszielen, politischen Einstellungen, Lebenszufriedenheiten und Einschätzungen der deutschen Vereinigung in Sozialreport 2004; Datenreport 2008.

Mehrheits-Minderheits-, Deutsche-Ausländer oder Reichtums-Armuts-Relationen (vgl. etwa Geißler 2002; Lessenich, Nullmeier 2006). Ostdeutschlandforschung kann damit auch *nicht* auf *Regionalforschung* zurückgestutzt und allein diesem Feld überantwortet werden. Zweifellos besitzt Ostdeutschland als Untersuchungsobjekt Aspekte, die das regionalwissenschaftliche Instrumentarium angemessen erscheinen lassen. Es sind aber nicht allein Größe und innere Differenziertheit, die über die klassische Regionalforschung hinausweisen. Entscheidend ist neben dem nach wie vor *gesellschaftstransformativischen Charakter*¹² die herkunfts-, struktur-, prozess- und diskursgestützte *Teilgesellschaftlichkeit* Ostdeutschlands (vgl. Reißeig 2000; Kollmorgen 2005). Letztere scheidet Ostdeutschland scharf von klassischen Regionen wie Ostfriesland, Oberbayern oder Westsachsen.

Vor diesem Hintergrund ist es sachlich nicht plausibilisierbar, warum die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung einen höheren Legitimierungsbedarf besitzen sollte als andere Entwicklungs-, Differenzierungs- und Ungleichheitsforschungen. Dass dies gleichwohl der Fall ist, kann nur auf eben die Machtasymmetrien, Anerkennungsdefizite und Verdrängungsbedürfnisse eines Teils der wissenschaftspolitischen Elite und Öffentlichkeit zurückgeführt werden, die ironischerweise noch darin einen anhaltenden Analysebedarf mitbegründen.¹³

Wie verhält es sich mit dem Vorwurf des theoretisch-methodologischen Konservatismus und sozialwissenschaftlicher Sterilität?

Die oben skizzierten Forschungsfelder und konzeptuellen Zugänge können diese These auf den ersten Blick jedenfalls nicht ausschließen. Aber schon ein zweiter Blick lässt ihr zweierlei entgegenhalten: Zum einen enthüllen sowohl Felder wie angewandte Ansätze und Methoden, nicht zuletzt die in den letzten Jahren erfolgten Erweiterungen (von Nachhaltigkeit bis Demographie), dass sich die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung auf der Höhe der Zeit bewegt. Von einer breiten Abkoppelung gegenüber den allgemeinen sozialwissenschaftlichen Diskursen kann also mindestens heute definitiv nicht mehr gesprochen werden. Zum anderen lassen sich

12 Gesellschaftstransformationen schließen eben nicht mit der (formellen) Implementation neuer Basisinstitutionen – wie demokratisches Wahl- und Regierungssystem oder kapitalistische Marktwirtschaft – ab, wonach die Transformation der DDR tatsächlich bereits im Herbst 1990 vollendet worden wäre, sondern beanspruchen als komplexe gesellschaftliche Wandlungsphänomene mindestens zwei bis drei Generationswechsel (vgl. Kollmorgen 2006).

13 Generell zum Anerkennungsdefizit: Kollmorgen 2005: Kap. IV sowie 2007. Zur Situation der Sozialwissenschaften in Ostdeutschland: Kollmorgen 2005: Kap. III; vgl. auch Ziegler 2005.

zwar in der Ostdeutschlandforschung sicher Debatten finden, die als (eher) konservativ oder steril interpretiert werden können. Exemplarisch seien bestimmte modernisierungstheoretische Auseinandersetzungen oder klassische Einstellungsforschungen genannt. Aber solche Ansätze werden bekanntlich ebenso in anderen Feldern wie der Gegenwartsdiagnostik oder der Sozialstrukturanalyse eingesetzt. In jedem Fall trifft die Kritik keineswegs allein oder auch nur überwiegend die Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung und begründet mithin keinen besonderen Legitimationsbedarf.

5. Ostdeutschland(forschung): Sonderfall und Avantgarde

Man kann aber noch einen Schritt weitergehen und nun umgekehrt fragen: Sind im Rahmen der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung vielleicht Felder, Perspektiven und Ansätze entwickelt worden, oder deuten sie sich an, die einen *innovativen* Charakter aufweisen, mindestens aber substanziellen Erkenntnisfortschritt auch für die allgemeinen Sozialwissenschaften versprechen?

Blickt man für einen Einstieg in diese Fragerichtung auf die internationale, hier exemplarisch: angloamerikanische Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung, fällt abgesehen von einer durchaus analogen Verlaufskurve und vergleichbarer Bestandsentwicklung (vgl. Abb. 2) sowie den Vorteilen des »ethnologischen Blicks« eine Reihe von Eigentümlichkeiten auf. Zunächst muss auf die von Beginn an stärkere Verknüpfung historischer und gegenwartsdiagnostischer (darunter: soziologischer) Perspektiven hingewiesen werden. Dass diese Verknüpfung in Deutschland seltener zu finden ist, hängt nicht allein mit der Konfrontation des stark bürgerrechtsbewegten historischen Aufarbeitungsdiskurses (vgl. Mählert 2002; Eppelmann et al. 2003) mit der vereinigungskritischen, deutlich »links« dominierten Ostdeutschlandforschung (vor allem im Bereich der freien außeruniversitären Forschung) zusammen. Offensichtlich bestehen im angloamerikanischen Raum auch weniger Berührungsängste zwischen zeitgeschichtlicher und sozialwissenschaftlicher Forschung, wobei anzunehmen ist, dass diese Interdisziplinarität sich zudem der stärker historisch orientierten Deutschlandforschung im Ausland verdankt.¹⁴

¹⁴ Ein wichtiges Beispiel für frühe Verknüpfungen ist Maier 1997. Für neuere Versuche etwa Thomaneck, Niven 2001; Grix, Cooke 2002; Howard 2003; Zatin 2007; vgl. auch den Sammelband McFalls, Probst 2001.

Eine zweite Differenz betrifft die Einordnung des ostdeutschen Falls: Einerseits wird Ostdeutschland von der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung in den USA, Großbritannien und Kanada häufiger als Fall einer kommunistischen Diktatur und dann postkommunistischen Übergangsgesellschaft betrachtet, der mit Mittelosteuropa mehr teilt, als Doppelstaatlichkeit und Vereinigung ihn absondern (vgl. für die Breite der Debatte: Pickel 1996; Berend 1996; Linz, Stepan 1996; Maier 1997; Howard 2003). Andererseits bewegen sich viele Forschungen zu den neuen Bundesländern im Rahmen der regionalwissenschaftlich oder literaturwissenschaftlich dominierten *German Studies*. In vielen Studien erscheinen daher die ostdeutschen und Vereinigungsprobleme vorrangig in Gestalt aufgeladener »regionaler« kultureller Dissonanzen vor dem Hintergrund geteilter Geschichte, des Bruchs 1989/90 sowie des Mangels an öffentlicher, nicht zuletzt literarischer Aufarbeitung. Vergleiche finden hier in der Regel nicht statt (als Überblick vgl. Flockton et al. 2000; Schluchter, Quint 2001). Darüber hinaus – und das galt bereits für die Zeit des »geteilten Deutschlands« – werden »das Ostdeutsche« und die deutsch-deutschen Konstellationen nach 1989 in vielen Studien als Fall eigentümlicher Übergangs- und Minoritätenprobleme, (historisch mitbedingter) Distinktionen und Kulturdifferenzen, quasi ethnischer Ungleichheitsbeziehungen und generell beitriffsbedingter komplexer Machtdifferenziale begriffen, welche die Forschung herausfordern und zugleich einmalige Bedingungen für Erkenntnisgewinn bereithalten (etwa Howard 1995; Grix, Cooke 2002).

Dies verweist abschließend auf die offenbar allgemein höhere Bereitschaft der angloamerikanischen Forschung, Ostdeutschland und die deutsch-deutsche Vereinigung als eben jenes *soziale und wissenschaftliche Experimentierfeld* zu verstehen, als das es zur Wende zwar auch von vielen deutschen Forschern deklariert wurde (vgl. exemplarisch Giesen, Leggewie 1991), dem dieser Status – insbesondere durch Teile der westdeutschen Forschung – aber mehr und mehr abgesprochen wurde. Jenseits der sicher überwiegenden stark deskriptiven Analysen im Bereich von Politik, Kultur und Kunst in der Traditionslinie klassischer *German Studies* herrscht in angloamerikanischen Studien jedenfalls ein Geist, der einerseits unbekümmert auch zunächst fern scheinende Ansätze auf ostdeutsche Prozesse und Problemlagen anwendet und andererseits – zum Teil gezielt – nach Innovationschancen in und vermöge einer anspruchsvollen Ostdeutschlandforschung fragt. Dass dies auch mit der Exotik des Gegenstandes und insofern den Vorteilen des/der »marginal (wo)man« im angloamerikanischen Wissenschaftsbetrieb zu tun hat, soll

nicht bestritten werden. So finden sich z.B. Studien, die mit Simmels »Philosophie des Geldes« (Zatlin 2007) oder Rational-Choice-Modellen (Pfaff 2006) zur Erklärung des ostdeutschen Regimeniedergangs und der Beitrittsdynamik experimentieren oder Interpretationen, die eine ethnische (Howard 1995) oder postkoloniale Konstellation (Cooke 2005) für die Ostdeutschen in den Diskurs einbrachten. Andere Analysen haben mit komplexen Methodensets zivilgesellschaftliches Engagement im Vergleich rekonstruiert (Howard 2003) oder anhand des ostdeutschen Falls die steuerungstheoretische Debatte bezüglich radikaler Gesellschaftsreformen wieder aufgenommen (Pickel, Wiesenthal 1996).

Egal, ob hier die Eigentümlichkeiten der angloamerikanischen Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung überzeichnet worden sind; sie bieten wichtige Anhaltspunkte und konkrete Vorschläge auf der Suche nach heuristisch wertvollen und innovativen Forschungsgegenständen und -ansätzen. Weitet man den Horizont und bezieht nun auch ausdrücklich querliegende, zum Teil marginalisierte Forschungsstränge in der deutschen und internationalen Debatte mit in die Betrachtung ein, lassen sich sieben vorwärtsweisende und innovationsträchtige Forschungsgegenstände und mit diesen verknüpfte Forschungsprogramme markieren (vgl. Netzwerk Ostdeutschlandforschung 2007):

(1) Ostdeutschland als *erzwungene Post-Erwerbsarbeitsgesellschaft*: Dieses Forschungsprogramm knüpft an die weltweit einzigartigen Konsequenzen der massiven Deindustrialisierung und politisch-ökonomischen Restrukturierungsstrategie der staatsozialistischen Arbeits- und (Fach-)Arbeitergesellschaft in Ostdeutschland nach 1990 an. Differenziert werden können in diesem kreativen Diskussionsraum, für dessen Gesamtperspektive wie kein anderer Wolfgang Engler mit seinen provokativen Thesen zu den »Ostdeutschen als Avantgarde« (2002) und seinem Essay »Bürger, ohne Arbeit« (2006) steht, eine stärker politisch- und sozioökonomische Richtung von einer eher sozialstrukturellen und soziokulturellen Perspektive. Erstere thematisiert insbesondere die Folgen der fordistisch dominierten Krisenregulierungen gegenüber der bereits postfordistisch geprägten ostdeutschen Wirtschaft zwischen De- und Reindustrialisierung, Transfer und Nachhaltigkeit, Stagnation und Innovation (z.B. Land 2006b). Die zweite Perspektive befasst sich mit der hohen (Dauer-)Arbeitslosigkeit im Osten, die zugleich als Experimentierfeld für neuartige, staatlich gestützte Formen sozialer Prekarisierungs- und Exklusionsprozesse (»neue Überflüssige«) fungiert (vgl. Bude, Willisich 2006, 2008). Darüber hinaus wird nach Möglichkeiten alternativer

Inklusion und innovativen Formen sozialer (Re-)Integration exkludierter Bevölkerungsgruppen *jenseits* klassischer Modi der Erwerbsarbeitsgesellschaft geforscht. Egal, ob es der Sozialkapital-, der soziale Teilhabe-Ansatz oder neue integrations- und anerkenntnistheoretische Diskurse sind; in allen Fällen handelt es sich um Perspektiven, die bewusst experimentelle Formen sozialer Praxis in Ostdeutschland zum Gegenstand der Sozialforschung und innovativer Konzeptbildung machen (vgl. Bude, Willisch 2006, 2008; Kollmorgen 2005: Kap. IV; Thomas, Woderich 2006).

(2) Die ostdeutsche Gesellschaft als *eigentlich verfasste Teilgesellschaft*. Die Verfestigung deutsch-deutscher Macht- und Anerkennungsasymmetrien sowie soziokultureller Differenzen, die den simplifizierenden Diskurs um »Angleichung« und »innere Einheit« (nach dem Modell der alten Bundesrepublik) ad absurdum geführt hat, ist Anlass für eine ganze Reihe neuer Forschungen im Umkreis des Anerkennungs-, Distinktions- und Diskursparadigmas (für viele: Kollmorgen 2005, 2007; Cooke 2005; vgl. bereits Engler 1999; Neckel 2000). Dabei spielen – wie oben angedeutet – auch Ansätze der *postcolonial studies* eine wichtige Rolle. Die ost-westdeutsche Gesellschaftlichkeit innerhalb eines Staatsgebildes unter den Bedingungen gleicher Sprache und einer langfristig gewachsenen Nationalkultur lässt sich dabei als einzigartige Konstellation soziokultureller (Re-)Differenzierungs- sowie symbolisch bzw. diskursiv gestützter Distinktions- und Machtbeziehungen interpretieren. Deren weitere Analyse verspricht neue Einsichten sowohl für die (Re-)Produktion deutsch-deutscher Ungleichheiten als auch für die forschungsprogrammatische Entwicklung des gesamten Forschungsfeldes.

(3) Ostdeutschland als *besonderer Fall von Generationswechseln und intergenerationalen Beziehungen in radikalen sozialen Wandlungsprozessen*. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Ostdeutschland infolge des doppelten Umbruchs und der besonderen Form der Krisenregulierung mit einmaligen Konstellationen im Bereich der Generationenbeziehungen konfrontiert wird. Einerseits geht es um die besondere sozioökonomische Situation des »blockierten Generationsaustauschs« (B. Lutz) bzw. verfestigter generationaler Lagen in Unternehmen und auf Arbeitsmärkten. Dabei umfassen die Verfestigungen sowohl die abgeschobenen überflüssigen (ganz) Alten, die »alternden Jahrgänge« der FacharbeiterInnen und GeschäftsführerInnen in den ostdeutschen KMU, aber auch die früh, oft bereits vor dem Eintritt in das Berufsleben überflüssig gewordenen jungen Arbeitskräfte. Letztgenanntes Problem wird in den kommenden Jahren höchstwahrscheinlich eine paradoxe Umkehrung erfahren. Es werden gut ausgebildete junge Fachkräfte vor allem für die ost-

deutschen KMU fehlen, wobei die oben angesprochenen gesellschaftlichen Exklusions- und Missachtungsprozesse die Problemlage zusätzlich verschärfen. Andererseits und übergreifend repräsentiert Ostdeutschland wegen des doppelten Umbruchs einzigartige Generationseinheiten und intergenerationale Beziehungen. Auch wenn diese in den letzten Jahren intensiver analysiert worden sind (etwa Göschel 1999; Martens 2005; Wiener, Meier 2006; Schüle et al. 2006), erscheint bis heute die Ausstrahlung auf die allgemeine Diskussion begrenzt, und harren vorliegende Befunde theoretisch-methodologischen Auswertungen, z.B. bezüglich realisierter Longitudinalstudien (für viele: Berth et al. 2007) oder qualitativer Mehrgenerationenforschung (vgl. Alheit et al. 2004; Bürgel 2006).

(4) Ostdeutschland als *avantgardistischer Fall demographischer Schrumpfungsprozesse und ihrer sozialen Folgen*. Dass Ostdeutschland mit seinen Fertilitätsentwicklungen, Migrations-, Alterungs- und Schrumpfungsprozessen einen einzigartigen Fall einer »demographischen Revolutionierung« darstellt, ist seit langem bekannt und Gegenstand intensiver Forschungsarbeit. Wichtig ist jedoch, dass bestimmte ostdeutsche Regionen in der Tat Vorbildcharakter für deutsche und darüber hinaus europäische Entwicklungen besitzen, und zwar nicht nur im Sinne der Problemlage, sondern zunehmend auch hinsichtlich regionaler und lokaler Reaktions- und Lösungsformen (von der Wirtschaftsförderung über die Gesundheits- oder Bildungsversorgung bis hin zu Remigrationsprogrammen). Dabei zeigt sich nicht zuletzt die Notwendigkeit interdisziplinärer Forschungsansätze und einer engen Wissenschafts-Praxis-Beziehung (vgl. Diemel 2005; Ragnitz et al. 2006; Kröhnert et al. 2006).

(5) Ostdeutschland als *Experimentierfeld für innovative regionale Entwicklungs- und sozjopolitische Gestaltungsprozesse*. Vor dem Hintergrund der angesprochenen Problemfelder erscheinen ostdeutsche Regionen (Kreise, Kommunen oder interkommunale, teils grenzüberschreitende Verbünde) als Orte und Träger experimenteller Restrukturierungsbemühungen. Diese Entwicklungen stellen dabei nicht nur Kontexte des Handelns regionaler Akteure dar, sondern strukturieren Formen und Status der Akteure selbst. Insofern sind neben »klassischen« Feldern ostdeutscher Regionalforschung nicht nur Fragen neuartiger Zusammenhänge von Wissenschaft, KMU, Arbeitsmarkt- und Arbeitskräfteentwicklung unter der Perspektive mehrdimensionaler Nachhaltigkeit von Interesse. Vielmehr sind innovative Strategien der Entwicklung einer *neuen regionalen Governance* gefragt. Ohne die aus Westdeutschland bekannten langfristig gewachsenen politischen Bindungen, Partizipationsformen und Akteurstrukturen sind bereits neue ausgreifende Formen

von unternehmerischer sozialer und politischer Verantwortung, der Einbindung von zivilgesellschaftlichen, aber auch kulturellen und künstlerischen Akteuren generiert worden. Dieser »neue ostdeutsche Kommunitarismus« bedarf dringend intensiver, dem experimentellen Charakter gerecht werdender Analyse. Erste Projekte, Ansätze und Studien sind bereits entwickelt worden (vgl. Busse, Dürr 2003; Bauer-Volke, Dietzsch 2004; Engler 2005; Thomas, Woderich 2006; Land 2006a; Woderich 2007 sowie Ansätze im Umkreis des Netzwerks Ostdeutschlandforschung).

(6) Ostdeutschland als *Modell-, Ideal- und zugleich Kontrast- oder »Unfall« einer systemisch gesteuerten Gesellschaftstransformation*: Obwohl zu diesem Themenfeld seit Anfang der 1990er Jahre Forschung betrieben wird (exemplarisch: Czada, Lehbruch 1998; Pickel 1996; Wielgoß, Wiesenthal 1997; Thomas 1998, 2008), sind sowohl im Hinblick auf komparative Studien zu den Transformationsverfahren, zum Problemkomplex von Wissen/ Nicht-Wissen, zu administrativen, expertokratischen sowie exogenen vs. politischen, demokratischen und endogenen Steuerungsverfahren als auch gegenüber dem Verhältnis von Theorie, Ideologie, politischer Programmatik und soziopolitischer Praxis (vgl. Pickel 1998) viele Fragen offen und versprechen weitere Forschungen erhebliche Erkenntnisgewinne nicht zuletzt bezüglich (holistischer) Reformvorhaben auch in westlichen Gegenwartsgesellschaften (vgl. auch Wiesenthal 1999, 2006). Das schließt die Problemdimension kritischer sozialwissenschaftlicher Selbstreflexion gegenüber expertokratischen Rollen in Transformations- und Reformprozessen ausdrücklich ein.

(7) Ostdeutschland als *Fall eines einzigartigen doppelten Umbruchs*: Ostdeutschland ist durch »Wende« und Vereinigung mit einer »doppelten Modernisierung« (so bereits Klein 1991) oder – wie es im Netzwerk »Ostdeutschlandforschung« ausgedrückt wird – mit einem »doppelten Umbruch« konfrontiert (vgl. Land 2005, Kollmorgen 2005: Kap. V). Die Konzeptualisierung als doppelter Umbruch richtet das Augenmerk auf die Komplexität und Tiefe der Umwälzungen, die mit der oben angesprochenen Auffassung von Modernisierung als Implementation, Umverteilung und Enkulturation verfehlt wird. Erforderlich erscheinen demgegenüber Ansätze und Analysen, die das Aufsprengen und die Neugestaltung des gesamten sozialen Praxisbogens und seiner Kontexte – von politökonomischen Regulierungsformen, Formen soziopolitischer Partizipation und Organisation über sozialstrukturelle und intergenerationale Verfasstheiten bis hin zu Biographien und sozialen wie personalen Identitätskonstruktionen – interdisziplinär aufschließen. Die Problematisierung eines *doppelten* Umbruchs stellt klar, dass wir es in

Ostdeutschland einerseits mit postsozialistischer Transformation und Vereinigung zu tun haben, andererseits (und plakativ gefasst) mit spezifischen Formierungen der »Postmoderne«. Beide Umbruchprozesse sind in sich und wechselseitig ambivalent und zum Teil kontradiktorisch aufeinander bezogen. Insofern war und ist Ostdeutschland ein einzigartiger Fall komplexer sozialer Wandlungs- und Integrationsprozesse, dessen weitere Aufklärung und Konzeptualisierung über sich selbst hinausweist (vgl. als Überblick Berliner Debatte Initial, Heft 5/2006).

6. Resümee

Rekapituliert man die Gesamtheit der Forschungsgegenstände, Perspektiven und Ansätze einer solchen, emphatisch formuliert: *neuen Ostdeutschlandforschung*, dann wird erkennbar, dass Ostdeutschland in besonderer Weise ein fragmentarisches, ambivalentes, ja widersprüchliches soziales Gebilde repräsentiert. Der Osten Deutschlands erscheint als Experimentierfeld der europäischen Moderne zwischen Ost und West, in dem Konservatismen, Zuspitzungen und Avantgardismen neben- und (widersprüchlich) miteinander existieren. Insofern handelt es sich bei Ostdeutschland zwar um einen Sonderfall und um eine einzigartige Problemkonstellationen, die eine darauf ab- und eingestellte Sozialforschung begründen. Zugleich verweisen aber Ostdeutschland und seine Erforschung im Sinne eines »experimentierenden Modellfalls« nicht nur auf die (vor allem postsozialistisch) vergleichende Transformationsforschung und Modernisierungstheorien unter ausdrücklichem Einschluss vielfältiger geschichtswissenschaftlicher Ansätze. Sie verbinden die Ostdeutschlandforschung mit den *allgemeinen* Diskursen und theoretisch-methodologischen Debatten in den Sozial- und Kulturwissenschaften. So wie die Ostdeutschlandforschung ihre Rückbindung an diese Diskurse braucht, um nicht in Sterilität abzugleiten, so sehr ist sie mit ihrem Gegenstand und eigenen innovativen Perspektiven und Ansätzen in der Lage, die Soziologie der Gegenwartsgesellschaft zu befruchten.

Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung ist nicht am Ende und darf auch in den kommenden Jahren nicht zu ihrem Ende kommen. Sie legitimiert sich durch ihren Gegenstand *und* durch neue Forschungsansätze, die zum Begreifen und Verändern sozialer Praxis in unserer Gesellschaft Essentielles beizutragen haben. Dem sollte organisatorisch und förderpolitisch

Rechnung getragen werden. Insbesondere bedarf es der Überwindung der institutionellen und personellen Trennung von akademischer und anwendungsorientierter Forschung. Das Netzwerk Ostdeutschlandforschung könnte hierfür einen wichtigen Rahmen darstellen. Mut für eine innovationsorientierte Fortsetzung der Ostdeutschlandforschung macht nicht zuletzt, dass sich in den letzten Jahren ein steigendes Interesse von NachwuchswissenschaftlerInnen unterschiedlichster Herkunft und disziplinärer Verortung an diesem Gegenstand zeigt, von denen sich eine Gruppe im Nachwuchsnetzwerk Ostdeutschlandforschung zusammengeschlossen hat (Details und Kontakt unter: www.ostdeutschlandforschung.net).

Literatur

- Adamski, W., Machonin, P., Zapf, W. (Hg.) 2002: *Structural Change and Modernization in Postsocialist Societies*. Hamburg: Krämer.
- Alheit, P. 2005: Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland? Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B40, 32-40.
- Alheit, P., Bast-Haider, K., Drauschke, P. 2004: *Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland*. Frankfurt/M., N.Y.: Campus.
- Bauer-Volke, K., Dietzsch, I. (Hg.) 2004: *Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel*. Berlin: Kulturstiftung des Bundes.
- Berend, I. T. 1996: *Central and Eastern Europe 1944-1993. Detour from the periphery to the periphery*. Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Berth, H., Förster, F., Brähler, E., Stöbel-Richter, Y. 2007: *Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Bisky, J. 2005: *Die deutsche Frage: Warum die Einheit unser Land gefährdet*. Berlin: Rowohlt.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) 2007: *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007*. Berlin: BMBVS.
- Bollinger, S., Busch, U., Dahn, D., Vilmar, F. (Hg.) 2000: *Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen*. Berlin: Weist.
- Bude, H., Willisch, A. (Hg.) 2006: *Das Problem der Exklusion*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bude, H., Willisch, A. (Hg.) 2008: *Exklusion. Die Debatte über die »Überflüssigen«*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bürgel, T. (Hg.) 2006: *Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften*. SFB-Mitteilungen 20. Jena: FSU.

- Busse, T., Dürr, T. (Hg.) 2003: Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance. Berlin: Aufbau.
- Cooke, P. 2005: Representing East Germany Since Unification. From Colonization to Nostalgia. Oxford/N.Y.: Berg Publishers.
- Czada, R., Lehbruch, G. (Hg.) 1998: Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik. Frankfurt/M., N.Y.: Campus.
- Datenreport 2008 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem WZB und ZUMA). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Dienel, C. (Hg.) 2005: Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland. Wiesbaden: VS.
- Dümcke, W., Vilmar, F. (Hg.) 1996: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. 3. Aufl., Münster: agenda.
- Engler, W. 1999: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin: Aufbau.
- Engler, W. 2002: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau.
- Engler, W. 2005: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin: Aufbau.
- Eppelmann, R., Faulenbach, B., Mähler, U. (Hg.) 2003: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn et al.: Schöningh.
- Ettrich, F. 2005: Die andere Moderne. Soziologische Nachrufe auf den Staatssozialismus. Berlin: Berliner Debatte.
- Falter, J.W., Gabriel O.W., Rattinger, H., Schoen, H. (Hg.) 2006: Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: Beck.
- Flockton, C., Kolinsky, E., Pritchard, R. (Hg.) 2000: The New Germany in the East. Policy Agendas and Social Developments since Unification. London et al.: Frank Cass.
- Geißler, R. 2002: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Giesen, B., Leggewie, C. (Hg.) 1991: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin: Rotbuch.
- Göschel, A. 1999: Kontrast und Parallele - kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen. Stuttgart et al.: Kohlhammer.
- Grix, J., Cooke, P. (Hg.) 2002: East German Distinctiveness in a Unified Germany. Birmingham: University of Birmingham Press.
- Hensel, J. 2002: Zonenkinder. Reinbek: Rowohlt.
- Herles, W. 2004: Wir sind kein Volk. Eine Polemik. München: Piper.
- Hopfmann, A., Wolf, M. (Hg.) 2001: Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster: Lit-Verlag.
- Howard, M. 1995: Ostdeutsche als ethnische Gruppe? Berliner Debatte Initial, 6. Jg., Heft 4/5, 119-131.
- Howard, M. 2003: The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

- Hradil, S. 1996: Die Transformation der Transformationsforschung. *Berliner Journal für Soziologie*, 6. Jg., Heft 3, 299-304.
- Klein, D. 1991: Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Gesellschaft? In M. Bric, D. Klein (Hg.): *Umbruch zur Moderne*. Hamburg: VSA, 9-34.
- Kollmorgen, R. 2003: Das Ende Ostdeutschlands? Zeiten und Perspektiven eines Forschungsgegenstandes. *Berliner Debatte Initial*, 14. Jg., Heft 2, 4-18.
- Kollmorgen, R. 2005: Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden: VS.
- Kollmorgen, R. 2006: Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp. Eine komparative Analyse. *soFid »Politische Soziologie«*, 2006, Heft 1, 10-30 (http://www.gesis.org/Information/soFid/pdf/polSoziologie_2006-11.pdf).
- Kollmorgen, R. 2007: Diskursive Missachtung. Zur Subalternisierung ostdeutscher Soziokulturen. *Deutschland Archiv*, 40. Jg., Heft 3, 481-491.
- Kollmorgen, R. 2009: Transformation als Modernisierung. Eine meta- und gesellschaftstheoretische Nachlese. In F. Ettrich (Hg.): *Transformation und Europäisierung*. Münster, Berlin: Lit-Verlag (i.E.).
- Kröhnert, S., Medicus, F., Klingholz, R. 2006: Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München: dtv.
- Land, R. 2005: Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Dokumentation des Einleitungsbeitrags auf dem Workshop am 8. April 2005. *Berliner Debatte Initial*, 16. Jg., Heft 2, 69-75.
- Land, R. 2006a: Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und des Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. *Berliner Debatte Initial*, 17. Jg., Heft 5, 3-5.
- Land, R. 2006b: Fragmentierte Wirtschaftsstrukturen zwischen Deindustrialisierung, Stagnation und Innovation. *Berliner Debatte Initial*, 17. Jg., Heft 5, 27-38.
- Lessenich, S., Nullmeier, F. (Hg.) 2006: *Deutschland - eine gesplante Gesellschaft*. Frankfurt/M., N.Y.: Campus.
- Linz, J. J., Stepan, A. 1996: *Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.
- Mählert, U. (Hg.) 2002: *Vademekum DDR-Forschung*. Berlin: Links.
- Maier, C. S. 1997: *Dissolution: The Crisis of Communism and the End of East Germany*. Princeton University Press.
- Martens, B. 2005: Der lange Schatten der Wende. Karrieren ostdeutscher Wirtschaftseliten. *Historical Social Research*, 30. Jg., Sonderheft »Unternehmer und Manager im Sozialismus«, 206-230.
- McFalls, L., Probst, L. (Hg.) 2001: *After the GDR. New Perspectives on the Old GDR and Young Länder*. Amsterdam/Atlanta: GA.
- Neckel, S. 2000: *Die Macht der Unterscheidung. Essays zur Kulturosoziologie der modernen Gesellschaft*. Frankfurt/M., NY: Campus.
- Netzwerk Ostdeutschlandforschung 2007: *Netzwerk »Ostdeutschlandforschung«: Profile, Fragestellungen, Gestaltungsvorschläge. Dossier*. Berlin (unv. Manuskript).

- Pfaff, S. 2006: Exit-Voice Dynamics and the Collapse of East Germany: The Crisis of Leninism and the Revolution of 1989. Duke University Press.
- Pickel, A. 1996: Special, but not Unique: The Unrecognized Theoretical Significance of the East German Case, paper presented at the American Political Science Association Meeting, San Francisco, August 29-September 1, 1996. Unpublished Paper.
- Pickel, A. 1998: Theorie, Strategie und Ideologie. Grundprobleme ökonomischer Transformation. In K. Müller (Hg.): Postsozialistische Krisen. Opladen: Leske + Budrich, 113-131.
- Pickel, A., Wiesenthal, H. 1996: The Grand Experiment: Debating Shock Therapy, Transition Theory, and the East German Experience. Boulder: Westview Press.
- Ragnitz, J., Eichler, S., Grundig, B., Lehmann, H., Pohl, C., Schneider, L., Seitz, H., Thum, M. 2006: Demographische Entwicklung in Ostdeutschland. Endbericht zum Forschungsauftrag des BMWi (Projekt Nr. 27/04). Berlin, Bonn (www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/C-D/demographische-entwicklung-in-ostdeutschland,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf, Zugriff am 24.07.2008).
- Reißig, R. 2000: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Berlin: Karl Dietz.
- Schluchter, W., Quint, P. E. (Hg.) 2001: Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach. Weilerswist: Velbrück.
- Schroeder, K. 2006: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung.
- Schüle, A., Ahbe, T., Gries, R. (Hg.) 2006: Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Sozialreport 2004. Daten und Fakten zur Lage in den neuen Bundesländern (hg. durch G. Winkler). Berlin: trafo verlag.
- Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) (Hg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Wiesbaden: VS.
- Thomanek, J.K.A., Niven, B. 2001: Dividing and Uniting Germany. London, N.Y.: Routledge.
- Thomas, M. 1998: Paradoxien in der deutschen Transformationsdebatte. Berliner Debatte Initial, 9. Jg., Heft 2/3, 104-116.
- Thomas, M. 2008: Transformation - Hypertransformation - Transformation? Drehen wir uns nur im Kreis? Anmerkungen zu einer berechtigten Fragestellung. In E. Binas (Hg.): Hypertransformation. Frankfurt: Lang, 185-206.
- Thomas, M., Woderich, R. 2006: Regionale Disparitäten und endogene Bildung neuen Sozialkapitals. Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 5, 77-89.
- Veen, H.-J. 2000: Vereint, aber noch nicht wirklich eins? Ein Plädoyer wider den völkischen Rückfall. Deutschland Archiv, 33. Jg., Heft 2, 269-275.

- Weingarz, S. 2003: *Laboratorium Ostdeutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften*. Münster: Lit-Verlag.
- Wielgoß, J., Wiesenthal, H. (Hg.) 1997: *Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive*. Berlin: Berliner Debatte.
- Wiener, B., Meier, H. 2006: *Vergessene Jugend. Der Umgang mit einer arbeitslosen Generation. Beobachtungen und Schlüsse*. Berlin, Münster: Lit-Verlag.
- Wiesenthal, H. (Hg.) 1996: *Einheit als Privileg? Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt/M., N.Y.: Campus.
- Wiesenthal, H. 1999: *Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Wiesenthal, H. 2006: *Gesellschaftliche Steuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung*. Wiesbaden: VS.
- Woderich, R. (Hg.) 2007: *Im Osten nichts Neues? Struktureller Wandel in peripheren Räumen. Texte aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaften*; Bd. 2. Münster: Lit-Verlag.
- Zapf, W. 1991: *Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung*. In B. Giesen, C. Leggewie (Hg.): *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*. Berlin: Rotbuch, 38-51.
- Zapf, W. 2000. *How to evaluate German unification? Discussion paper FS III 00-404*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Zatlin, J. R. 2007: *The Currency of Socialism: Money and Political Culture in East Germany*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ziegler, H. 2005: *Sozialwissenschaften und Politik bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung. Der Fall der »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)«*. Bericht eines engagierten Beobachters. Discussion paper P 2005-008. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

ENWISS – Qualitative Evaluation ohne Folgen?

Jan Ackermann und Birgit Blättel-Mink

1. Einleitung

Und es war ein bisschen schwierig am Anfang, weil man nicht den Eindruck hatte, dass die Leute, die da sitzen, das von sich aus ganz gerne machen wollen und vor allem die Befürchtung haben, dass das irgendwann gegen sie oder ihr Institut verwendet werden könnte. Und deswegen war da so ein bisschen, naja, Konfrontationshaltung würde ich nicht sagen, aber die Koordinatorin musste erst die Leute ein bisschen dafür gewinnen, dass es auch für uns Teilnehmer selbst und die Institute ein Gewinn sein kann, dieses Verfahren zu machen. [...] Und sie hat dann immer wieder stark darauf hingewiesen, dass es ein anderes Verfahren ist als diese üblichen, wo jemand von außen kommt, dann irgendwie ein negatives Urteil abgibt und wieder geht, sondern dass man sich da gegenseitig auch unterstützen kann. Es wurde auch von ihr direkt so formuliert, dass man es als Chance nutzen kann, sich gegenseitig zu stärken gegenüber der Hochschulleitung. (SONST_3_Sozialwiss: 22)

Dieses Zitat belegt die Skepsis von Universitätsakteuren gegenüber Evaluationen bzw. Qualitätsmanagement im Allgemeinen und auch die anfängliche Skepsis gegenüber ENWISS¹ im Besonderen. Im Verlauf der Bologna-Reformen wird Qualitätsmanagement an Universitäten jedoch mehr und mehr zur Norm und ist damit kaum noch zu umgehen. Viel beachtete Hochschulrankings in der Presse, knappe Mittel und damit der stetig steigende Stellenwert von Drittmitteln, neue Ansprüche von Gesellschaft,

1 <http://www.enwiss.de>

Wirtschaft und Studierenden an die »Qualität« und die Dauer des Studiums, dies alles sind Faktoren, die, gekoppelt mit den neuen konsekutiven Studiengängen Bachelor und Master, die Universitäten einem neuartigen Druck aussetzen. Will man künftig noch zur Spitze in Forschung und Lehre gehören bzw. will man seine Möglichkeiten, möglichst frei forschen und lehren zu können, erhalten, dann muss man diesen äußeren Ansprüchen gerecht werden. Man kann das Credo dieser Entwicklung folgendermaßen beschreiben: Nur wer »exzellente« Forschung betreibt oder »exzellente« AbsolventInnen auf den Arbeitsmarkt bringt, kann sich geld- und prestigebringende Kooperationen mit starken Partnern der Wirtschaft leisten und wird künftig auch mit höherer staatlicher Förderung rechnen können (Stichwort Exzellenzinitiative und Elite-Universitäten). Nur wer kurze Studienzeiten mit sehr guten Abschlüssen, zufriedene Studierende, eine sehr gute Ausstattung und prominente Partner aufweist, wird viele Studierende anziehen können. Schließlich »investieren« die Studierenden durch Studiengebühren nun aktiv in ihre Bildung. Nur in Kombination aller Elemente scheint eine Spitzenposition für eine Universität noch möglich zu sein. Und das, obwohl die gesetzliche Ausgangslage gerade im Bereich der erwarteten Qualitätssicherung keineswegs eindeutig ist. Man trifft hauptsächlich auf Evaluationsverfahren, die direkt der Wirtschaft entlehnt wurden und Effizienzkriterien eines Unternehmens an die Universitäten herantragen.

Das Evaluationsnetzwerk Wissenschaft (ENWISS) mit Sitz an der Technischen Universität Darmstadt stellt entgegen diesem Trend ein Verfahren dar, das sich betont von Verknüpfungen der Evaluationsergebnisse mit Mittelzuweisungen abgrenzt, die Ergebnisse in Selbstverantwortung der Mitgliedsuniversitäten durch Peer-Groups gegenseitig ermittelt und diese ausschließlich für interne Verwendung mit dem Ziel der Verbesserung von (Forschung und) Lehre vorsieht.

Im Rahmen einer – mittlerweile veröffentlichten – soziologischen Abschlussarbeit an der Goethe-Universität Frankfurt am Main (Ackermann 2008) wurden unter anderem Beteiligte der Soziologie der fünf hessischen Universitäten zu ihren Erfahrungen mit ENWISS und zu ihrer Einschätzung und den Effekten dieses Verfahrens befragt.

In diesem Beitrag wird diese Studie vorgestellt. Dafür wird in einem ersten Schritt das ENWISS-Verfahren dargestellt; sodann folgen Bemerkungen zum theoretischen Rahmen der Studie und zur methodischen Vorgehensweise, um schließlich die Ergebnisse zu präsentieren.

2. Das ENWISS-Verfahren

Im Verlauf des formalisierten ENWISS-Verfahrens bilden die beteiligten Institute gemeinsam das sogenannte »Fach-Forum«, zu dem auch die jeweiligen Universitätsleitungen als Auftraggeber zählen. Vom Studiendekan/ von der Studiendekanin initiiert, nimmt von jedem Institut eine zuvor festgelegte Anzahl an ProfessorInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Studierenden an der Evaluation teil. Sie bilden die Evaluationskommission, die unabhängig von den Universitätsleitungen das Evaluationsprojekt durchführt. Nach einer sogenannten Take-Off-Sitzung wird zunächst von den KommissionsteilnehmerInnen ein Selbstbericht ihres Faches für jede teilnehmende Universität angefertigt. Dieser wird von den anderen KommissionsteilnehmerInnen gegengelesen, und daraus werden gemeinsam die grundlegenden Themen der Evaluation, also auch der Standortbegehungen festgelegt. Im Anschluss besucht die Kommission nacheinander alle Standorte und fertigt jeweils auf der Basis dieser Eindrücke einen Endbericht an – die heimischen Kommissionsteilnehmer sind dabei ausgeschlossen. In einer Abschlussitzung werden die Ergebnisse gemeinsam diskutiert und die Endberichte den Universitätsleitungen übergeben, die während des gesamten Verfahrens offiziell als Forenleitung fungieren, praktisch jedoch keinen Einfluss auf das Evaluationsverfahren haben. ENWISS wiederum belässt die Durchführung und Kontrolle der Evaluation in den Händen der zu evaluierenden Universitäten. Lediglich die Einhaltung der Formalien des Verfahrens wird von der Koordinatorin des Netzwerks überwacht, die außerdem das Verfahren begleitet und die TeilnehmerInnen auf Wunsch berät. Eine Kopplung der Evaluationsergebnisse an Effizienz-Kriterien oder an direkte Mittelzuweisungen wird ausgeschlossen. Alle an einer Fachbereichs-Evaluation interessierten Universitäten bilden ein »Forum«, die Peer-Group setzt sich dann ausschließlich aus FachvertreterInnen der Partneruniversitäten zusammen.

3. Theoretischer Rahmen und methodisches Vorgehen

Als theoretischer Überbau der Analyse wurde die Netzwerktheorie (Weyer 2000) gewählt, die auf der Akteursebene durch einen mikropolitischen Ansatz (Crozier, Friedberg 1979) erweitert wurde. Netzwerke als Koordinationsform jenseits von »Markt« und »Hierarchie« zeichnen sich vor allem

durch drei Merkmale aus: (vertrauensvolle) Kooperation, Emergenz und rekursives Lernen. Während die Netzwerktheorie Einblicke in die besondere Funktionsweise von ENWISS als Evaluationsnetzwerk ermöglichen soll, kann die Mikropolitik besonders bei der Analyse des entstehenden Netzwerks und dessen Besonderheiten am Ende eines Verfahrens herangezogen werden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass Mitglieder von Organisationen dazu tendieren, ihre jeweilige Position und die damit verbundenen Machtquellen durch Entscheidungen zumindest zu erhalten, wenn nicht zu verbessern.

Folgende Aspekte wurden in leitfadengestützten ExpertInneninterviews fokussiert: Erfahrungen mit und Einstellungen gegenüber Evaluationen, Motivation zu bzw. Barrieren gegenüber der Teilnahme an ENWISS, Konstitution des Evaluationsnetzwerks, Erfahrungen im Netzwerk, Abfassen des Abschlussberichts, Reaktionen von Dekanaten und Präsidialämtern. Beispielhaft wurden zwei möglichst unterschiedliche Fach-Foren von ENWISS untersucht: die Soziologie und die Biowissenschaften schwerpunktmäßig an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. In beiden Fächern wurden außerdem Zusatzinterviews an einer anderen Universität des jeweiligen Forums geführt². Innerhalb der begrenzten Zeit sollte damit zumindest ansatzweise überprüft werden, ob sich die Schilderungen der ENWISS-TeilnehmerInnen zwischen verschiedenen Universitäten grundlegend unterscheiden. Außerdem wurden alle drei in die Projekte einbezogenen Statusgruppen berücksichtigt (ProfessorInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Studierende). Schließlich wurden drei weitere Interviews geführt: mit der Koordinatorin von ENWISS, das vor allem explorativen Charakter hatte, ein Interview innerhalb eines gerade entstehenden politikwissenschaftlichen Forums sowie in einer weiteren, bereits abgeschlossenen naturwissenschaftlichen Kommission, die vor allem in Hinsicht auf unterschiedliche Fachkulturen Aufschluss geben sollten. Das empirische Material der Arbeit besteht somit aus insgesamt elf Interviews mit jeweils ca. 60 Minuten Dauer.

² An der TU Karlsruhe für die Biologie und an der Universität Marburg und TU Darmstadt für die Soziologie

4. Ergebnisse der Studie

4.1 Vorerfahrungen mit und Einstellungen zur Hochschulevaluation

Generell hatten alle Befragten im Vorfeld ihrer Teilnahme am ENWISS-Forum bereits umfangreiche Erfahrungen mit Lehr- und Forschungsevaluationen. Dabei führten alle ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen interne Lehrevaluationen durch, die durchgängig als ein anerkanntes und positives Mittel zur Verbesserung der eigenen Lehre beschrieben wurden.

Die [internen Evaluationen] waren immer hilfreich und haben im Prinzip genau das widerspiegelt, oder für uns den Hinweis verstärkt, wo wir noch etwas tun müssen. Wo ist unser eigenes Manko, also das von Kursleitern, von Hochschullehrern, wo müssen wir unsere Lehre verbessern. Und wir haben das nie als einen Druck von außen gesehen, sondern immer als Hilfestellung für uns selbst. (Bio_2_WiMi: 10)

Ganz anders wurden die »externen« Forschungsevaluationen wahrgenommen:

Wir hatten, als ENWISS begann, bereits drei Evaluierungen hinter uns mit sehr durchwachsenen Erfahrungen im Fachbereich, die teilweise so negativ waren, dass es massive Vorbehalte vor weiteren Evaluationen gab. [...] Die Strukturevaluation war eine Katastrophe. Das muss ich einfach im Nachhinein sagen. Die Gutachter waren für zwei Tage im Fachbereich, waren offensichtlich schlecht vorbereitet, auch schlecht gebrieft, und wir hatten den Eindruck, sie wurden uns und dem Problem des Fachbereichs auch nicht ansatzweise gerecht, sondern es ging ihnen offensichtlich auch nur darum, Kürzungspotentiale zu identifizieren. (Bio_1_Prof_1: 8)

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Einstellungen gegenüber Evaluationen eher uneinheitlich sind. Tendenziell positiver werden solche Verfahren bewertet, die man selbst bestimmen und kontrollieren kann. Kritischer werden externe Verfahren betrachtet, auf die man keinen Einfluss hat. Individuelle Unterschiede ergeben sich nicht entlang von Fachkulturen und auch nicht entlang von Statusgruppen, sondern eher aufgrund bisher gemachter Erfahrungen.

4.2 Konstituierung des Netzwerks: Motivationen und Barrieren

Die Antworten auf die Frage nach der persönlichen Motivation zur Teilnahme am Evaluationsnetzwerk ENWISS waren eher unspektakulär. So war der bzw. die aktuelle StudiendekanIn immer Teil der Kommission, und wählte dann die anderen KommissionsteilnehmerInnen in der Regel aufgrund ihres Engagements für die Lehre aus. Ein Beispiel dazu:

Dazugekommen bin ich über Herrn X, der zu dem Zeitpunkt Studiendekan war, als ENWISS angelaufen ist und auch stattgefunden hat, und ich war bei ihm wissenschaftliche Hilfskraft und habe mit ihm ein Evaluationsprojekt über die Lehre am Fachbereich gemacht. Und in dem Kontext hat er mich dann angesprochen, ob ich nicht auch Lust hätte, bei ENWISS mitzumachen, und das klang ganz spannend, auch diese Reise durch Hessen. Und dann habe mich darum bemüht, dass die Fachschaft mich nominiert. (SOZ_2_Stud: 8)

Praktisch alle Beteiligten hatten eine persönliche Verbindung zur Lehr-evaluation oder hatten im Fachbereich ein hohes Engagement im Bereich der Lehre gezeigt. Aber von keinem Befragten wurde angegeben, die Evaluationsergebnisse im Nachhinein aktiv hochschulpolitisch nutzen zu wollen. Generell war die Teilnahme am ENWISS-Verfahren bis auf einen Ausnahmefall immer durch die Universitätsleitung verordnet worden, also nicht auf die Initiative eines Faches oder Fachbereiches zurückzuführen.

Das war ganz einfach: Wir mussten. Das war eine Idee von unserem Präsidenten, dass man dies so macht. Er hat gesagt, jetzt machen Sie das und dann haben wir es halt gemacht. Wir von uns aus hätten das nicht angefangen. (SOZ_3_Prof_1: 30)

Weiterhin ist innerhalb dieses Themenfeldes zu eruieren, wie sich das Problem der negativen Einstellung gegenüber externen Verfahren zu Beginn der Netzwerkbildung geäußert hat. Zunächst war eine gewisse Überzeugungsarbeit seitens ENWISS nötig, um das Projekt in der gewollten Form einer vertrauensvollen Kooperation anzustoßen.

Wir hatten uns zwei oder dreimal getroffen und haben erst einmal überlegt, was wir von ENWISS wollen und wie das funktionieren kann und welche Gefahren wir dabei sehen. Dass es so toll ist, wie ich es davor beschrieben habe, erkennt man ja erst in der Rückschau. Wenn es erst mal startet, ist man ja doch durchaus besorgt und überlegt, was einem dabei passieren kann, und genau das haben wir im Vorfeld diskutiert. (SOZ_2_Stud: 18)

Wie vermutet ist die Überzeugungsarbeit seitens ENWISS zu Beginn des Projekts doch recht umfangreich. Die verbreitete Skepsis gegenüber externer Evaluation muss erst entkräftet werden.

Aber das ging auch nur deshalb, weil schon bei der ersten Sitzung gesagt wurde, dass kein Untersuchungsergebnis nach außen getragen werden darf. [...] Und damit war das Vertrauen da, dass man wirklich alles offen legen konnte. Das war der Hintergrund. Sonst hätte jeder gesagt: Stillschweigen. Das war elementar, das musste jeder unterschreiben, auch der Vizepräsident, der dann letzten Endes verantwortlich war für unsere Universität. (BIO_2_WiMi: 38-40)

Damit wird der Idealfall beschrieben: Die Akteure der neu gebildeten Kommission akzeptieren das Verfahren, das ihnen einen vertraulichen Umgang mit den Ergebnissen zusichert, die Peers als gegenseitige Begutachtung von KollegInnen beschreibt und somit eine Evaluation verspricht, die eine faire Beurteilung samt kollegialer Verbesserungsvorschläge ohne drohende Stellen- oder Mittelkürzungen beinhaltet. Allerdings lief dieser Konstitutionsprozess im Forum Soziologie nicht ohne Reibung ab.

Der Witz war der: Es gab die Take-Off-Sitzung, und das fand ich von der Beobachtung her total toll. Du hast praktisch gesehen, wie da vierzig Leute am Tisch saßen. Und dann sollten die einzelnen Unis sich vorstellen, die einzelnen Fachbereiche. Und dann lass mal Profs ihr Fach oder ihren Fachbereich vorstellen. Das war natürlich mit viel »auf die Brust Geklopfe« im Sinne von »wir sind die Tollsten«. [...] Es war durchaus am Anfang eher eine konkurrente Stimmung. Dann hat die Koordinatorin von ENWISS ihr Konzept vorgestellt. Und plötzlich gab es Behake. Sie hatte praktisch an der Professionalität des Fachs gekratzt, indem sie gesagt hat: »wir machen das so«. [...] Und sie hat am Ende jede Diskussion abgewürgt mit den Worten: »Wenn Sie das nicht so machen, dann ist das keine Evaluation nach ENWISS«. Der Witz war: im Streit mit ihr gab es sozusagen eine Vergemeinschaftung. Plötzlich war es nicht mehr die konkurrente, sondern die verschworene Gemeinschaft. »Die kann da viel erzählen, jetzt nehmen wir das mal selber in die Hand.« [...] Das war die Ungewissheitszone, die die Kommission in der Hand hatte. (SOZ_1_WiMi: 46)

Im Grunde wird hier der günstige Umstand beschrieben, dass sich durch die gemeinsame Profession Zusammenhalt und Vertrauen innerhalb der Kommission herausgebildet haben, obwohl gleichzeitig eine deutliche Konfliktsituation mit ENWISS bestanden hat. Es wird deutlich, dass es ENWISS zumindest bei der Bildung von neuen Foren mit einer Vielzahl persönlicher Ansichten und Motive zu tun hat, die nicht vorhersehbar sind. Es ist durch-

aus vorstellbar, dass in dieser Phase der Projektvorbereitung auch Konstellationen entstehen, die eine weitere Zusammenarbeit unmöglich machen oder, neutraler ausgedrückt, das Verfahren sehr stark beeinflussen.

Bei der Bildung eines auf Vertrauensbeziehungen basierenden Netzwerks spielte nicht nur Vertrauen in die Partner innerhalb der Kommission, sondern eben auch in das Projekt eine zentrale Rolle.

Man hatte nicht den Eindruck, man arbeitet mit einer höheren Macht weiter am Zusammenbruch des universitären Systems, sondern ganz im Gegenteil. Man hat eine Chance, vielleicht auch einmal etwas anderes darzustellen, was wiederum anderes richtig stellen kann. Und man bekommt dafür noch das Evaluationsiegel. (SOZ_1_WiMi: 58)

Die Ergebnisse aus der Befragung deuten darauf hin, dass ENWISS nicht per se erfolgreich in der Rekrutierung ist. Das scheint vor allem damit zusammenzuhängen, dass die Evaluationen nach wie vor fremdbestimmt in Auftrag gegeben werden. Das Präsidium ist Auftraggeber, die Fachvertreter zunächst nur verpflichtete Ausführende des Verfahrens. In Kombination mit den weit verbreiteten Vorbehalten gegenüber externen Verfahren, die zuvor fast ausschließlich die Form von Strukturevaluationen hatten und darum direkt verbunden waren mit Mittel- und Stellenkürzungen, befindet sich ENWISS also zunächst in der Situation, gegen die Folgen dieser Fremdbestimmtheit ankämpfen zu müssen.

4.3 Arbeiten im Evaluationsnetzwerk

Vertrauen

Zunächst wurde gefragt, wie die Beteiligten die Zusammenarbeit im Forum ganz allgemein erlebt haben, welche besonderen Vor- oder auch Nachteile daraus resultierten. Wie eng war die Zusammenarbeit wirklich? Lässt sich die Zusammenarbeit im ENWISS-Forum eher als eine Zweckgemeinschaft beschreiben, die bezogen auf die möglichst reibungslose Durchführung des Projekts kooperiert, oder geht die Zusammenarbeit darüber hinaus, indem ein wirklich interessierter und engagierter Austausch entsteht?

Ich würde das hier jetzt übersetzen als Kooperation Gleichgesinnter, die zwar irgendwie an bestimmten Punkten bestimmt auch unterschiedliche Interessen hatten, aber man konnte sich relativ schnell auf ein gemeinsames Projekt einigen, was man durchführen möchte. (SOZ_1_WiMi: 62)

Obwohl also jedes Institut seine eigenen Schwerpunkte im Verfahren gesetzt hat und damit durchaus Eigeninteressen verfolgt wurden, hat sich in allen Fällen ein gemeinsames Auftreten als Evaluierungskommission durchgesetzt. Dies und die damit verbundene Identifikation mit dem Projekt scheinen wichtige Voraussetzungen für eine reibungslose Begehung der Standorte zu sein. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass FachvertreterInnen und auch Studierende ohne weiteres alle Informationen über das Institut und seine Lehre preisgeben, insbesondere vor dem geschilderten Hintergrund weit verbreiteter Kürzungsängste. Es muss also zunächst in den Instituten kommuniziert werden, dass in diesem Verfahren aufgrund der Gegenseitigkeit und hohen Vertraulichkeit des Projekts auch ehrliche Antworten gegeben werden können, ohne negative Folgen für das Fach befürchten zu müssen. Insofern hängt eine erfolgreiche Begehung nicht nur von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der evaluierenden Kommissionsmitglieder untereinander, sondern auch vom Vertrauen der evaluierten Kommissionsmitglieder in ihre Kolleginnen und Kollegen ab. In den durchgeführten Interviews gab es keine Anzeichen dafür, dass es bei den Begehungen und den dabei durchgeführten Befragungen Probleme aufgrund mangelnder Offenheit des begangenen Faches oder Instituts gab.

Das Formale lässt den Raum, und das ist vielleicht das, was mit diesem Netzwerk einzulösen ist. Dass man sagen kann, dieses Gegenseitigkeitsprinzip verhindert, dass Pappkameraden aufgebaut werden, es ermöglicht eine größere Offenheit und, sagen wir, Ehrlichkeit im Umgang mit dem, was auch Probleme sind. (SOZ_1_WiMi: 68)

Was hier als »das Formale« angesprochen wird, meint vor allem das ENWISS-Konzept, das gerade in der Phase der Begehung und den sich immer direkt daran anschließenden Endberichten für die einzelnen Standorte eine gegenseitige Verständigung über das Beobachtete vorsieht.

Wichtig war, und das war aber auch von Seiten ENWISS so vorgesehen: Wir hatten immer wieder einen Punkt, wo wir uns zusammengesetzt haben, und dann wurde sich quer über den Tisch besprochen: »Hier, die haben das erzählt, wie wurde das bei Euch aufgenommen? Die Statusgruppe der Professoren hat sich darüber beklagt, was sagen denn die Studierenden dazu?« Also im schönsten Sinne Cross-Examination. Gegeneinander spiegeln, wieder auseinandergehen, so nach dem Motto: »Da haken wir noch mal nach.« (SOZ_1_WiMi: 36)

Ist die Vertrauensbasis einmal gelegt, fördert das Verfahren auch die Zusammenarbeit innerhalb der Kommission. Allerdings wurde es auch als

vorteilhaft wahrgenommen, dass das zu evaluierende Institut in der Begegnungsphase von allen Sitzungen der Kommission ausgeschlossen war. Allerdings war dies nicht im Sinne einer Konfliktvermeidung gemeint, sondern eher, um mögliche Verletzungen der persönlichen Beziehung zu den Kolleginnen und Kollegen der betroffenen Universität zu vermeiden.

Was sinnvoll und wichtig war, ist, dass die zu evaluierende Universität in dem Augenblick erst einmal von allen mehr oder weniger beeinflussenden Sitzungen ausgeschlossen war. Man konnte also ganz offen darüber reden, was man selbst für eine Erfahrung gemacht hat bei der Evaluation, was man denkt. So hatte man nicht das Gefühl, man könnte den zu Evaluierenden in irgendeiner Form verletzen. (BIO_2_WiMi: 36)

Diese Aussage weist bereits darauf hin, dass die Zusammenarbeit in der Kommission auf einer sehr persönlichen Ebene stattgefunden hat. Dies vertieft sich noch im Laufe des Verfahrens:

Am Ende stellte sich heraus, dass es gerade so toll war, weil es wie eine Klassenreise ablief. Du hast Dich wirklich im Verlauf von acht Wochen total oft gesehen, hast abends noch zusammen Bier getrunken, hast Dich morgens wieder am Frühstückstisch getroffen. Das ist natürlich eine Form, die eine bestimmte Art der Kommunikation fördert und eine bestimmte Idee von Beobachtungen austauschen: »Hast Du das gesehen, das sehe ich nicht so«. Also dieses Brennen für das Objekt, was man da am Wickel hatte, war plötzlich da, und man konnte es gut ausagieren. Herr Gott, es war Sommer. Wir sind da in dieser brüllenden Hitze über die Campi spaziert, und obwohl es eine sehr autoritäre Struktur hatte, war es trotzdem eine sehr antiautoritäre Gemengelage, die sich da zusammengefunden hatte und die einfach auch viele Möglichkeiten bot. (SOZ_1_WiMi: 58)

In Bezug auf die Qualität und Intensität der Zusammenarbeit taucht standortübergreifend immer wieder die Aussage auf, dass gerade das eigene Team immer als besonders gut empfunden wurde und dass keineswegs sichergestellt sei, dass es in jeder Konstellation immer so gut laufen würde.

Der Witz bei ENWISS ist der, dass es eine Struktur vorgibt, die stark davon lebt, was die Beteiligten daraus machen. Wir hatten den sehr großen Vorteil, dass wir durchweg an empirischer Sozialforschung interessierte oder auch in empirischer Sozialforschung geschulte Soziologinnen und Soziologen waren. Das mag jetzt vielleicht hier nicht richtig her gehören, aber das Problem an ENWISS ist, dass Du es auch ganz anders durchsteuern kannst. (SOZ_1_WiMi: 18)

Mikropolitik im Netzwerk

Eine Gefahr für die Objektivität der Ergebnisse im ENWISS-Verfahren entsteht nun gerade durch die Vertrauensbeziehungen der Foren-Mitglieder. Wenn man sich gegenseitig vertraut und respektiert, will man dem Gegenüber nicht wehtun und lässt dadurch auch mal harte Fakten unter den Tisch fallen – so die Erwartung. Eine gewisse Kontrollfunktion gegenüber einer solchen Verselbstständigung des Projekts nimmt nun der bzw. die Kommissionsvorsitzende ein. Die Kontrolle soll vor allem dadurch erzielt werden, dass er oder sie immer von einer Universität kommt, die nicht am Evaluationsverfahren teilnimmt. Dadurch soll es möglich werden, eine neutrale Stellung gegenüber den Kommissionsmitgliedern einzunehmen und anzumerken, wenn Fakten aus den Begehungen ausgelassen oder verfälscht werden. Gleichzeitig wird der bzw. die Vorsitzende von der Kommission gewählt und soll eine herausragende Persönlichkeit im jeweiligen Fachgebiet darstellen, womit ein besonderes Vertrauen ihm bzw. ihr gegenüber gewährleistet werden soll.

Und wenn Sie für so eine Peer-Evaluation als Chef dieser Evaluationskommission eine schwache Persönlichkeit einsetzen, die das nicht so im Griff hat und die nicht ganz klar als hervorragend ausgewiesen ist, so dass alle sie respektieren, dann tritt meiner Meinung nach die Situation ein, dass keiner dem anderen wehtun will. Das kann Ihnen nicht passieren, wenn ganz klar ist, dass da ein 70-jähriger sitzt, zu dessen Lebenswerk Sie aufschauen. Der sich aber trotzdem die Zeit nimmt, um jetzt, wo er in Rente ist, mal auf die Lehre zu schauen. Vorher war das einer der Top-Forscher in Deutschland. Wenn Sie das Glück haben, dann funktioniert es. Dann bekommen sie nämlich auch die Kritik. Denn es ist ganz klar, dass, wenn er etwas sagt, dann hören die anderen zu. Dann kann man gar nicht anders. (SONST_2_Naturwiss: 22)

Im Grunde wird hier ein hierarchisches Verhältnis dargestellt. Allerdings berichtete keiner der Befragten, egal zu welcher Statusgruppe gehörend, von deutlich wahrnehmbaren Hierarchien. Da es sich an dieser Stelle des Verfahrens noch um kleine Gruppen handelt, gestaltete sich die Kommunikation untereinander auch als wenig problematisch. Nur in einem Fall gab es Uneinigkeit über die Inhalte des Endberichts eines Standortes, der sich in den Beobachtungen der Kommission zu Unrecht schlecht dargestellt sah.

Also konkret ging's wirklich um den Standort Z. Da hingen in einem Hörsaal die Jalousien schief runter, es sah also beschädigt aus. Und bei Holzbänken war sozusagen das aus Holz, was die Bank ausmacht, nicht da. Und dann hieß es: »guckt Euch das an, Broken-Windows-Syndrom, alles ist total herunterge-

kommen.« Und ich meinte dann: »Also erstens kann so etwas immer passieren, zweitens, diese Bänke, Ihr seht doch, da hinten sind schon die Neuen.« Die wurden anscheinend gerade von den Theaterwissenschaften oder irgendeiner Kreativ-Gruppe neu gestaltet. Das waren dann hübsche, bunte Bänke, wo anscheinend gerade die zweite Charge in Arbeit war. Aber darauf wurde sich plötzlich eingeschossen. Plötzlich war klar, in Z ist das alles eine totale Zustimmung. Und da konnte man gar nichts mehr daran ändern. (SOZ_1_WiMi: 42)

Letztlich wurde aber auch ein solcher Konflikt ohne äußeres Eingreifen, beispielsweise von ENWISS oder intern durch den Vorsitzenden, in gemeinsamer Diskussion durch die Kommission eigenständig gelöst.

Lernen durch Interdependenz

Die Gegenseitigkeit bzw. Interdependenz, ein Spezifikum von Netzwerken, gilt auch für das ENWISS-Verfahren. Die bisher vorgestellten Ergebnisse haben deutlich gezeigt, wie viel Engagement die Kommission und die Koordination von ENWISS zu Beginn des Projekts in die Schaffung von Vertrauensbeziehungen einbringen musste. Die Verantwortung für die im Verlauf der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse liegt allein in den Händen der Kommission. Das Potential, durch die Gegenseitigkeit auch voneinander zu lernen, ist eine weitere Herausforderung des Netzwerks.

Es war ein hoher Selbsterkenntniswert daran und es war im schönsten Sinne ein kritisch reflexives Verfahren. Das ist aber nicht unbedingt im Verfahren angelegt. Es ist kein Selbstläufer. (SOZ_1_WiMi: 18)

Auch ENWISS selbst wurde im Rahmen der Vorgaben des Verfahrens als durchaus interessiert und lernbereit beschrieben. In einem der untersuchten Fälle wurde in einigen Punkten eine deutlich andere Herangehensweise und Schwerpunktsetzung gewählt als in den zuvor von ENWISS evaluierten Fächern.

Und ich denke, selbst die Koordinatorin war begeistert. Sie fand das ganz toll und hat auch gespürt, dass da irgendetwas anders ist. Sie hat sich dann aber nicht eingemischt, hat noch ein paar Nachfragen gestellt, aber hat sich das schon eher angeschaut. (SOZ_1_WiMi: 60)

Bezogen auf die Frage, ob ENWISS aufgrund der Netzwerkförmigkeit spezifische Stärken in der Durchführung von Projekten hat, erscheinen gerade das eigenständige Ausnutzen der Projektfreiräume und das wechselseitige Lernen als klarer Vorteil. Das Verfahren fördert an vielen Stellen die

nötigen vertrauensvollen Beziehungen und bietet trotz des formellen Rahmens durch leitfadengestützte Begehungen und eines engen Zeitplans den TeilnehmerInnen ausreichend inhaltlichen Freiraum. Letztlich bleibt aber ein persönliches Interesse und Engagement ausschlaggebend für die Intensität des gemeinsamen Arbeitens und Lernens.

Also ich habe damals einen Kollegen auf dem Flur getroffen und er meinte: »Und, wie ist Evaluation?« und ich hab den Satz gesagt »Evaluation ist super!«. Und da meinte er nur: »Das kann nicht sein. Das kannst Du nicht sagen. Evaluation ist böse, darauf haben wir uns doch geeinigt!« Und wir haben beide gelacht, weil das so spontan herüberkam. Aber es hing natürlich auch tatsächlich mit dem ganzen Socializing zusammen, das damit verbunden war. Das war einfach toll, bis hin zu der Zusammenarbeit, zusammen Texte zu schreiben, mit anderen Leuten zusammen diskutieren. (SOZ_1_WiMi: 58)

Der Endbericht: Ein Kompromisspapier?

Unter diesem Aspekt, vertrauensvolle Kooperation, ist es dann der Begriff der Schicksalsgemeinschaft gewesen. Der Druck ist einfach für alle Standorte unseres Fachs so hoch gewesen, dass klar war, hier hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus. Denn das ist Krieg und den können wir nicht gebrauchen. Wir haben Krieg genug an unseren eigenen Fakultäten. Wir müssen zusehen, dass wir das jetzt nutzen. Da haben wir die ultimative Chance, miteinander darüber zu diskutieren und Strategien zu entwickeln, wie wir da endlich etwas entgegsetzen können. Und das basiert stark auf Vertrauen. (SOZ_1_WiMi: 70-71)

Die vertrauensvolle Kooperation im Netzwerk könnte sich dadurch schnell zum Nachteil entwickeln, dass man sich im Verfahren nicht gegenseitig wehtun möchte, die Ergebnisse also an kritischen Stellen nicht 1:1 in die Berichte einfließen würden. Der Endbericht, der – wie alle Berichte – arbeitsteilig erstellt wurde, könnte also durchaus zu einer Art Kompromisspapier werden. Das Verfahren gestaltete sich folgendermaßen: eine kleinere Gruppe von meist zwei bis drei Personen konzentrierte sich auf ein bestimmtes Thema der Begehung, die Einzelberichte wurden sodann vom Vorsitzenden zusammengesetzt. Abschließend hatte jeder noch einmal die Möglichkeit, Korrekturen oder Ergänzungen einzubringen. In der Arbeitsteilung gab es deutliche Unterschiede zwischen den Foren. Während in einem Fall die einzelnen Institute sich bereits zu Beginn auf Themenschwerpunkte einigten, die während den Begehungen immer wieder von den »ExpertInnengruppen« bearbeitet wurden und für die sie auch jeweils die Endberichte erstellten,

wurden in einer anderen Kommission die Themen und die Gruppenzusammensetzungen jeweils neu verteilt. Gerade die stetig neue Mischung der Teams und das gemeinsame Produzieren des Textes wurde als ein besonderer Prüfstein für die Zusammenarbeit empfunden.

Wir sind ja von keinem Standort weggefahren, ohne dass es eine, ich sage jetzt mal, Rohfassung gab, und das fand ich immer wirklich spannend und auch ein bisschen so workshop-mäßig. Das ist ja auch lustig, weil dann diese Teams so eben statusgruppen-heterogen sind. Naja, auf einmal saßen an fünf, sechs Laptops so Kleingruppen, die versuchten, also zum Beispiel »ihr wertet jetzt mal aus, was die Studis gesagt haben« – »ja, können Sie sich noch erinnern, und da hat der doch...« – »und wie schreiben wir denn das« – das war dann auf einmal wirklich wie so ein Schüler Work-Camp und das fand ich dann immer sehr witzig. Und die Texte, also ich bin nachträglich richtig beeindruckt, wenn man sich überlegt, unter welchem doch extrem begrenzten Zeit-Budget die zum Teil entstanden sind und wie wirklich gut, treffsicher da dann auch Spezifika wahrgenommen wurden. (SOZ_4_Prof_2: 48)

Eine gewisse Vorsicht oder auch Strategie in Bezug auf die Inhalte der Endberichte wurde in allen Kommissionen deutlich. Man versuchte einen Kompromiss zu finden, indem man einerseits in den Berichten wichtige Ergebnisse nicht vorenthielt, sich andererseits aber doch gegen mögliche negative Folgen absicherte.

Wir haben in den Endberichten im Prinzip versucht, in der großen Diskussionsrunde immer noch mal durchzugehen: »So, Standort X, was sagt Ihr denn, wo können wir Euch jetzt helfen? Was sind Ergebnisse, die wir herausbekommen haben, die wir im Endbericht sehr stark machen, damit Ihr etwas in der Hand habt gegenüber dem Präsidium? Damit klar wird, falls irgendjemand tatsächlich diesen Bericht liest: Wenn das passiert, dann geht Ihr unter.« Und die andere Sache war die, dass [...] der Standort sagen konnte: »Wenn Ihr das reinschreibt, dann verlieren wir die Stelle. Das kann man so nicht machen, und das wird der Sache auch nicht gerecht. Wir sagen Euch jetzt noch mal, was da dahinter steht, und dann guckt noch mal, ob Euch das überzeugt, denn das ist echt gefährlich.« (SOZ_1_WiMi, 52)

Letztlich passt dies zur vorher dargestellten Zielsetzung, sich durch die Ergebnisse der Evaluation gemeinsam strategisch auszurichten.

Der Witz war, dass wir uns gesagt haben, wir wollen gar keinen Fake abgeben. Aber wir wollen, dass die einzelnen Standorte die Möglichkeit bekommen, ihre Stärken und ihre Schwächen zu benennen. Aber Schwäche einmal anders definiert. Nämlich im Sinne von: Was sind unsere Probleme, und wo kommen diese Probleme her? (SOZ_1_WiMi: 52)

Insofern wäre ein solcher Endbericht wohl eher als ein Strategie- denn als ein Kompromisspapier zu bezeichnen. In jedem Fall wird klar, dass es sich bei den Endberichten einer ENWISS-Evaluation nie um völlig ungefilterte Wiedergaben der erhobenen Daten handeln wird. Dies liegt aber bereits im qualitativen Verfahren begründet.

4.4 Das Mandat von ENWISS:

Reaktionen von Fachbereichen und Universitätsleitungen

Entgegen der ursprünglichen Intention wurde auch die Wirkung von ENWISS untersucht. Grund hierfür ist die von den Befragten häufig geäußerte Enttäuschung über das Auftreten der Universitätsleitung während des Verfahrens und vor allem in der Umsetzungsphase der Ergebnisse. Letztlich ist das Präsidium Initiator bzw. Auftraggeber jeder ENWISS-Evaluation und dementsprechend muss man auch eine gewisse Motivation unterstellen, mit dieser Evaluation etwas bewirken zu wollen. Die Fächer oder Fachbereiche sind demgegenüber diejenigen, welche die Evaluation durchführen und größtenteils für die Umsetzung der Ergebnisse verantwortlich sind, und damit auch den Arbeitsaufwand zu leisten haben. Allerdings nimmt ENWISS in der Konzeption gerade auch die Foren-Leitungen und damit die Universitätsleitungen bei der Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen in die Pflicht. Wie stellte sich in den behandelten Foren die Umsetzung von Ergebnissen dar?

In der Regel stellen die Befragten die Folgen der Evaluation für das Fach oder den Fachbereich als positiv dar. Die Ergebnisse der Berichte seien im Fachbereich besonders leicht durchzusetzen gewesen, d.h. der Endbericht sei in den Fachbereichen allgemein anerkannt worden. Innerhalb des Fachbereichs beziehen sich die Umsetzungen schwerpunktmäßig auf die Außendarstellung des Fachbereichs und auf strukturelle Verbesserungen, insbesondere bei Fachbereichen, die zum Zeitpunkt der Evaluation noch in der Konzeptionsphase der neuen Studiengänge waren. So waren es oft neue Einblicke in das Standing des eigenen Fachbereichs, die als besonders wertvolle Ergebnisse der Evaluation angeführt wurden und bei denen man sich anschließend bemühte, insbesondere die eigenen Stärken beizubehalten und diese auch stärker nach außen zu kommunizieren. Die zentrale Kritik, die in Bezug auf die Umsetzung der Evaluationsergebnisse häufig genannt wurde, bezog sich auf die Unterstützung durch die Universitätsleitung.

Die Sachen, die im Einflussbereich des Fachbereichs lagen, die wurden verbessert oder da wurde versucht, etwas zu tun. Es hat sich nicht alles verbessert, natürlich nicht. [...] Aber da hat sich einfach viel getan. Und alles, was irgendwie von außen kam, [...] alles, was nicht mehr unmittelbar im Einflussbereich des Fachbereichs war, dort sind die Effekte verpufft. (SOZ_2_Stud: 50)

ENWISS hat bei uns überhaupt nichts produziert an positiven Ergebnissen außer denen, die wir selber gemacht haben. (SOZ_3_Prof_1: 56)

Diese Kritik zieht sich durch alle Interviews. Nur in Ausnahmefällen wurde eine direkte positive Reaktion der Universitätsleitung beobachtet. So wurden beispielsweise neue Stellen geschaffen. In einem Negativbeispiel nahm die Universitätsleitung nicht einmal bei Anfangs- oder Abschlusskonferenzen teil und reagierte auf den vorgelegten Evaluationsbericht praktisch nicht.

Dann sackten die das alles schön brav ein ... Und das war's dann. Also wie, wenn Du ein Gutachten in einen tiefen, tiefen, tiefen Brunnen schmeißt und Du hörst es nicht einmal mehr aufklatschen. Und das finde ich nicht nur das Ärgerlichste, sondern auch das Empörendste an der ganzen Geschichte. (SOZ_4_Prof_2: 56).

An den Standorten die von einer passiven Haltung der Leitung betroffen waren, hatte sich dann aber auch im Vorfeld oft schon die entsprechende Erwartung eingestellt, dass man, wenn überhaupt, aus der Evaluation nur für sich fachintern etwas herausholen kann.

Und die positive Einschätzung von ENWISS basiert maßgeblich darauf, dass wir zwar einen Bericht abgegeben haben, aber es waren sich alle einig, dass das sowieso nichts ändern wird. Evaluationsberichte kann man an sich auch gleich in den Müll packen. Denn wenn überhaupt, dann wird im negativen Sinne darauf rekurriert. Dass irgendetwas von dem ernst genommen wird, was wir da als Probleme definiert haben, und dass es dafür Lösungsvorschläge gäbe, damit rechnete sowieso niemand. Der Witz war aber der, dass man gesagt hat, wir haben einen hohen Mehrwert, weil wir voneinander so viel gelernt haben und wir sozusagen informell jetzt ein Netzwerk haben in Hessen, was wir vorher nicht hatten. (SOZ_1_WiMi: 46)

Allerdings hat, trotz aller positiven Einstellung, das Verfahren in seinem Ergebnis einen schweren Stand, wenn die Beteiligten trotz des hohen Engagements, das in das Verfahren geflossen ist, letztlich doch keine weitreichenden Verbesserungen bewirken können. Insbesondere da das Präsidium Auftraggeber der Evaluation ist, stößt die passive Haltung nach Abschluss des Verfahrens vielfach auf Unverständnis.

Zu den Präsidien: Es ist doch komisch. Die bezahlen das ja, die geben es in Auftrag. Und es ist, glaube ich, wirklich die Frage, was das Präsidium damit dann macht. Das ist ja nicht im Einflussbereich von ENWISS oder auch der Kommission. Und damit ist es egal, was für eine Güte das hat. [...] Ich weiß nicht, ob das Präsidium überhaupt eine Idee hat, was es mit dem Fachbereich machen will. Es kann schon sein, dass es da irgendein Strategie-Papier gibt, aber zumindest hat ihnen da ENWISS jetzt gerade nicht gepasst. Und dann verschwindet es einfach. Da wird man aber, glaube ich, auch mit einem besseren ENWISS-Verfahren nichts machen können. (SOZ_2_Stud: 54)

Vielfach wird ein ungenutztes Potential gesehen, das außerhalb des Einflussbereichs von Kommission und ENWISS liegt. Damit wird im Grunde wieder eine Frustration gefördert, die durch das Verfahren im gezeigten Engagement der TeilnehmerInnen zeitweise aufgehoben schien. Und somit bleiben am Schluss teilweise zynische Bemerkungen zu einem an sich als wertvoll empfundenen Verfahren.

Es bleibt so ein schales Gefühl von: Du hast eigentlich in einem Spiel mitgemacht, bei dem möglicherweise die, die das inszeniert haben, schon von vornherein gesagt haben, »lass doch mal machen, aber mehr muss nicht sein«. Und genau, wir können es jetzt abhaken, wir haben das alles gemacht, und wenn jemand sagt, wie ist das eigentlich bei Euch mit Evaluation? Macht ihr so was? »Machen wir, haben wir, können wir Ihnen leider nicht zeigen, aber haben wir ganz toll gemacht«. Und da kommt dann halt so das Gefühl auf, wo Du denkst, bist Du nicht doch ein wenig funktionalisiert worden, und da, glaube ich, bleibt bei keinem ein ganz gutes Gefühl. (SOZ_4_Prof_2: 84)

5. Ausblick

Ein wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses von ENWISS ist die Nutzung der Evaluationsprojekte zur Entwicklung der beteiligten Einrichtungen. Dabei ist entscheidend, dass die Evaluation aufgrund des engen persönlichen Kontakts mit Kolleginnen und Kollegen in vergleichbaren Situationen mit vergleichbaren Problemen und dem damit verbundenen wechselseitigen Lernen, Ergebnisse zustande bringen soll, die über das Erheben und Vergleichen statistischer Daten deutlich hinausgehen. In den Interviews wurde deutlich, dass es gerade diese vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kommission ist, die einen authentischen Zugang zu den Fachbereichen ermöglicht. Nur durch das Vertrauen in die KollegInnen werden Informationen

offengelegt, die im Rahmen einer klassischen Evaluation womöglich unter Verschluss gehalten würden. Was die Wirkung von ENWISS nach abgeschlossener Evaluation angeht, so scheint ein Punkt besonders bemerkenswert: die Rolle der Universitätsleitungen bzw. die Frage nach dem Mandat, mit dem die Universitätsleitungen das ENWISS-Forum ausstatten. In den Interviews hat sich gezeigt, dass die Umsetzung der Ergebnisse in den meisten Fällen die Fachbereichsgrenze nicht überschreitet. Dies hat zur Folge, dass im Rückblick häufig eine kritische Einschätzung der Evaluationseffekte vorliegt.

Angesichts dieses Umsetzungsproblems sollte darüber nachgedacht werden, ob man sich künftig nicht stärker auf die bisher ungenutzten Potentiale eines Evaluationsnetzwerks konzentrieren sollte. Die Befragten sehen den größten Mehrwert des Verfahrens im Austausch untereinander. Dieser wird jedoch bisher nicht dauerhaft über die einzelnen Projekte hinaus gefördert. Denkbar wäre die Einrichtung eines dauerhaften Netzwerks, aufbauend auf den Evaluationsforen, koordiniert durch ENWISS, das den Mitgliedern einen Austausch in regelmäßigen Konferenzen oder Workshops ermöglicht.

ENWISS ist kein Wundermittel zur Verbesserung von Lehre und Forschung, und es kann auch sicher keine Grundhaltungen in der aktuellen Hochschulpolitik verändern. Allerdings lässt sich ein großes Potential darin erkennen, dass das »Wettbewerbsinstrument« Evaluation durch das Konzept des Peer-Evaluationsnetzwerks auch wettbewerbsmildernd und gleichzeitig entwicklungsfördernd eingesetzt werden kann.

Ich denke, dass ENWISS einfach wichtig ist als Gegengewicht gegen diese ganzen auseinanderreißenden Tendenzen. Und es gibt auch ein Interesse daran. Es glauben nicht immer alle nur an die Konkurrenz, und dass es toll ist, wenn man jemand anderen abmurkst. [...] Ich denke, man braucht auch immer solche Widerstandsinseln, damit man etwas hat, wo man wieder ansetzen kann, wenn man mal wieder anders gepolt ist, und man sich besinnt, dass Wissenschaft ein kooperatives Geschäft ist. (SOZ_3_Prof_1: 110)

Literatur

- Ackermann, J. 2008: Hochschulevaluation – Vor- und Nachteile von Peer-Review-Verfahren am Beispiel von ENWISS. Saarbrücken: VDM Verlag.
- Crozier, M; Friedberg, E. 1979: Macht und Organisation. Die Zwänge kollektiven Handelns. Frankfurt/M: Athenäum.
- Weyer, J. 2000: Soziale Netzwerke. München: Oldenbourg.

Mythos Bologna?

10 Jahre Forschung zum Bolognaprozess

Kathia Serrano-Velarde

Zehn Jahre ist es her, da der Anstoß zu dem wohl dynamischsten und überraschendsten Reformersfolg im Bildungssektor gegeben wurde: dem Bolognaprozess. Als sich die Bildungsminister Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Italiens zum Gründungsjubiläum der Universität Sorbonne in Paris trafen und feierlich dazu bekannten, eine Harmonisierung der nationalen Hochschulstrukturen anzustreben, war keiner der Anwesenden sich der weitreichenden Folgewirkungen seines Handelns bewusst. Wer hätte gedacht, dass die symbolische Sorbonne-Erklärung, die als Reaktion auf die mediatisierte Verherrlichung des US-amerikanischen Hochschul- und Forschungswesens verfasst wurde, eine solche politische Eigendynamik entfalten und über die nächsten Jahre als Orientierungspunkt für nationale Hochschulreformen in ganz Europa fungieren würde? Zweifelsohne ist es der rapiden geografischen Expansion des Reformprojekts und seinen prägenden, sowohl paradigmatischen als auch elastischen Reformprinzipien zuzurechnen, dass der Bolognaprozess zum Inbegriff eines modernisierten, international wettbewerbsfähigen europäischen Hochschulwesens wurde. Bologna ist in aller Munde, doch sind es immer Teilaspekte der Agenda und ihrer Zielsetzung, die mit diesem Dachbegriff angesprochen werden. In der öffentlichen Debatte steht der Bolognaprozess für Europäisierung, für Globalisierung, für den Aufbruch zur Wissensgesellschaft, für die Einführung neuer Studiengänge, für die Modularisierung des Studiums und die Verschulung des Bildungsangebots sowie für die Deregulierung, die Ökonomisierung und die Amerikanisierung nationa-

ler Hochschulsysteme und -traditionen. Aus seiner inhaltlichen Mehrdeutigkeit erklären sich sowohl die Schwächen als auch die eigentliche Stärke des Bolognaprozesses: Da er mit nahezu allen aktuellen Reformprojekten und -tendenzen in Verbindung gebracht werden kann, nimmt sein Wirkungsraum schon fast mythische Ausmaße an. In diesem Sinne wird Bologna in der interessierten Öffentlichkeit wohl eher als abstrakte Allegorie des Wandels denn als strukturierter Reformprozess wahrgenommen. Im Kontrast zum öffentlichen Diskurs, der zwischen blanker Euphorie über die internationalen und arbeitsmarktkompatiblen Bachelor-/ Masterabschlüsse und der entrüsteten Konstatierung einer voranschreitenden Rationalisierung des Hochschulstudiums schwankt, entwickelte sich eine interdisziplinäre Forschungslandschaft, die kritisch reflektierte Einsichten in die europäische Hochschulreform generiert hat. Zehn Jahre nach der Sorbonne-Erklärung zur »Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung« (Sorbonne-Erklärung 1998) ist es nun Zeit für eine erste Forschungsbilanz: Wie gestaltet sich die Forschung zum Bolognaprozess? Welche empirischen, analytischen und theoretischen Erkenntnisgewinne wurden erzielt? Wo liegen die Forschungsperspektiven?

Zunächst einmal gilt es anzumerken, dass sich die Forschung zu Bologna nicht unabhängig von der Institutionalisierung des europäischen Reformprozesses denken lässt. Unter Institutionalisierung wird hier die Evolution der lose gekoppelten Reformgemeinschaft der ersten Jahre hin zum strukturierten Politiknetzwerk verstanden¹. Eines der wichtigsten Elemente dieser Entwicklung war der Aufbau eines mehrstufigen Berichts- und Dokumentationswesens, das eben nicht nur den involvierten Akteuren, sondern auch der Forschergemeinschaft als Daten- und Handlungsbasis dienen konnte. So ist es die Ausweitung und Systematisierung des Berichtswesens (mit seinen jährlichen Trend Reports, den nationalen Implementierungsberichten und der Einführung des Stocktakings²), die zur Etablierung eines so genannten Monitoring-Systems beigetragen hat und die regelmäßige Evaluation der parallel laufenden nationalen Implementierungsprozesse ermöglichte (Wächter 2004). Da der Bolognaprozess über keinerlei

1 Seit 2003 verfügt der Bolognaprozess über eine Präsidentschaft (die im Rotationsverfahren besetzt wird), ein Steuerungsgremium (die Bologna Follow Up Group) und ein ständiges Sekretariat. Diese Strukturen wurden in den letzten Jahren konsequent ausgebaut.

2 Unter »Stocktaking« wird die regelmäßige und vor allem vergleichende Evaluierung der nationalen Implementierungsfortschritte verstanden.

formelle Sanktionsmechanismen verfügt (Hackl 2001, Aigner 2002), hängt die eigentliche Umsetzung der europäischen Reformprinzipien vom guten Willen der 46 beteiligten Mitgliedstaaten ab. Angesichts der auf Freiwilligkeit beruhenden Koordinationsmethode (Amaral, Veiga 2006) sollte daher die Etablierung eines funktionierenden Berichtswesens als Hauptinstrument für die Weiterentwicklung der Reformagenda und die Mobilisierung politischer Akteure verstanden werden, die sich nun einer regelmäßigen und vor allem öffentlichen Evaluierung der von ihnen erreichten Implementierungsfortschritte unterziehen müssen. Die Institutionalisierung des Bolognaprozesses und die Verstärkung seiner Einflussstrukturen werden also durch die systematische Ausweitung eines europäischen Berichtswesens seit der Prager Konferenz im Jahre 2001 nachhaltig gefördert (Ravinet 2008; Serrano-Velarde 2008a). Dies hat erstens zur Folge, dass sich die Datenlage für die Forschung insgesamt verbessert hat. Aus den Dokumenten lassen sich nunmehr zentrale Informationen zur Prozessdynamik, insbesondere zur Diskurs- und Akteursstruktur entnehmen, die für die Gestaltung des Politikprozesses von Bedeutung sind. Zweitens hat sich durch die Verbesserung der Datenlage der Kreis der Forschenden erweitert. Bologna ist nicht länger ein Forschungsmonopol für Insider, die einen privilegierten Zugang zu den beteiligten Akteuren haben und/oder aus der Perspektive von Beteiligten berichten können³. Auch nicht involvierte Akteure entdecken den Prozess und die Datenmaterialien für sich. Die Ausweitung der Forschungspartizipation ist insbesondere auf das wachsende Interesse europäischer Nachwuchswissenschaftler aus den Sozialwissenschaften zurückzuführen. Das Jahr 2005 markiert in dieser Hinsicht eine wichtige Veränderung der Forschungslandschaft: Sind die Arbeiten aus den Jahren vor 2005 von einem eher deskriptiven Zugang zum Phänomen Bologna geprägt (European Journal of Education 2004), werden seit 2005 erste empirische Forschungsergebnisse und theoretisch informierte Analysen veröffentlicht. Auch der Tenor der wissenschaftlichen Diskussion hat sich verändert: In der ersten Forschungsphase wird Bologna vornehmlich als Folgeerscheinung einer übergeordneten Internationalisierungs- (Van der Wende 2003), Globalisierungs- (Enders, Fulton 2002) oder Liberalisierungstendenz (Amaral, Magalhaes 2004) thematisiert. Mitunter werden Parallelen zum GATS Accord gezogen (Hahn 2003; Ostermann 2002). Die

³ Die Beiträge zur Sonderausgabe 2004 des »European Journals of Education« zum Bolognaprozess stammen allesamt aus der Feder beteiligter Akteure.

Aussage der Papiere bleibt jedoch diffus: Bildung ist nicht länger ausschließlich unter nationalen Gesichtspunkten zu verstehen, und Bologna steht für die politische Wahrnehmung von bzw. Reaktion auf so genannte globale Herausforderungen im Bildungsbereich. Die Studien gehen davon aus, dass Bologna als eine Art Internationalisierungsstrategie zu verstehen ist und somit auch die Chance bietet, gewisse Globalisierungstendenzen im Hochschulbereich mitzugestalten bzw. zu steuern. Was für eine Art der Internationalisierung bzw. Liberalisierung durch Bologna in den jeweiligen nationalen Hochschulsystemen angestoßen wird, bleibt jedoch unerforscht. Implementierungsanalysen, die sich sowohl empirisch als auch theoretisch mit der nationalen Umsetzung Bolognas beschäftigen, erscheinen erst einige Jahre später in der zweiten Forschungsphase. In Untersuchungen aus dieser Phase lassen sich zwei methodische Herangehensweisen identifizieren. Zum einen konzentrieren sie sich auf die Umsetzung ausgewählter Reformprinzipien. Marcel Gerard (2007) beschäftigt sich zum Beispiel mit der Finanzierung der studentischen Mobilität. Terence Karran (2004, 2005) und Kent Lofgren (2007) analysieren die Realisierung eines einheitlichen ECTS Punktesystems, das jedoch auf institutioneller Ebene sehr unterschiedlich umgesetzt wird und Fragen der inhaltlichen Gleichwertigkeit von Studiengängen und Kursleistungen aufwirft. Bei Stéphanie Mignot-Gerard und Christine Musselin (2005), Bettina Alesi et al. (2007) und Georg Krücken et al. (2005) geht es um die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in einzelnen Mitgliedstaaten. Gemeinsam ist den Beiträgen die Idee, dass die Richtlinien Bolognas den nationalen Gegebenheiten angepasst werden. Europäische Reformziele werden also in die nationale Politikagenda eingebettet und erfahren dadurch eine nationalspezifische und nicht ganz unproblematische Umdeutung. Anton Havnes und Björn Stensaker (2006) sowie Juha Kettunen und Mauri Kantola (2007) interessieren sich wiederum für die Einführung und Implementierung Bologna-konformer Qualitätssicherungssysteme. Sowohl Havnes, Stensaker als auch Kettunen, Kantola unterstreichen die Notwendigkeit, die Implementierung europäischer Reformprinzipien vor dem Hintergrund der Organisationsentwicklung an Hochschulen zu deuten. Die strategische Verwertbarkeit regelmäßiger Evaluationen macht Qualitätssicherung zum unumgänglichen Bestandteil der Hochschulsteuerung und -governance. Schließlich setzen sich vergleichende Studien (Heinze, Knill 2008; Witte 2006, 2008) zunehmend mit der Frage der Konvergenz bzw. Divergenz europäischer Bildungssysteme auseinander, thematisieren diese allerdings

losgelöst von der eigentlichen Handlungsstruktur des intergouvernementalen Politikprozesses. Auch wenn Strukturfragen in den Vordergrund der empirischen und theoretischen Forschungsinteressen rücken, sind es bislang vornehmlich strukturelle Teilaspekte Bolognas, die aus ihrem Entstehungskontext herausgegriffen und hinsichtlich ihrer Umsetzung betrachtet werden.

Nichtsdestotrotz werfen diese Implementierungsanalysen Fragen zur Juridizität und machtpolitischen Dimension Bolognas auf, die eine gezielte Erforschung der Akteurszusammenhänge und internen Wirkungsmechanismen verlangen. Neuere Studien begreifen die Mehrebenenkonstellation des Bolognaprozesses etwa als neuen Handlungsspielraum, der sich in Inhalt und Akteursstruktur vom Policy Making der europäischen Gemeinschaft unterscheidet, ohne aber in den lose formulierten Globalisierungs- und Liberalisierungstheorien für den Bildungssektor aufzugehen (Antunes 2006). Den Forschern geht es nun darum, die Besonderheiten Bolognas als Bildungspolitik und transnationales Phänomen zu identifizieren. Die Gouvernementalität (Foucault 2004) des Bolognaprozesses, seine politische Rationalität und machtpolitische Entwicklung, werden zum eigenständigen Forschungsobjekt erhoben (Pitseys 2006, Ravinet 2007, Serrano-Velarde 2008d). Es geht nicht mehr länger darum festzustellen, dass auf europäischer Ebene ein Reformprozess in Gang gesetzt wurde, der mit nationalen Bildungstraditionen und -referenzen bricht. Vielmehr gilt es jetzt, sich einen analytischen Zugang zum komplexen Mehrebenengefüge eines Politikprozesses zu verschaffen, der nationale Regierungsträger, europäische Stakeholder-Organisationen und supranationale Akteure in einem interaktiven und dynamischen Handlungsrahmen zusammenführt und zu neuen Formen der Politikformulierung anregt (De Rosa 2008). Der theoretische Zuschnitt der Studien ist dabei sehr unterschiedlich: Europäisierungs- und Integrationstheorien (Ravinet 2005, 2008; Amaral, Veiga 2006; Barkholt 2005; Heinze, Knill 2008), Diskurstheorie (Saarinen 2005, 2009; Fejes 2008) und institutionalistische Ansätze (Serrano-Velarde 2008a, 2008b, 2008d; Witte et al. 2008) werden prominent eingesetzt. Integrationstheoretische Perspektiven reflektieren vor allem die Komplexität des Politikprozesses, seine unterschiedlichen Politik- und Referenzebenen mit Blick auf das Koordinationspotential Bolognas. Wieder einmal steht die Frage im Vordergrund, wie ein europäisches »soft law« handfeste Politikergebnisse hervorbringt. Pauline Ravinet (2008, 2007) geht zum Beispiel von einer inkrementellen Strukturdynamik aus, in der die

Einführung eines systematischen Berichtwesens und eines ständigen Koordinierungsgremiums zur Formalisierung des Politikprozesses und seiner Entscheidungen beigetragen haben. De jure bleibt Bologna also ein offener Politikprozess ohne Sanktionsmöglichkeiten. De facto aber sind die Mitgliedsstaaten in Koordinationsstrukturen eingebunden, die ihre politischen Handlungsmöglichkeiten einschränken. Taina Saarinen (2005, 2006) widmet sich hingegen den diskursiven Strukturen Bolognas. In ihrer Studie zum europäischen Qualitätsdiskurs unterstreicht sie die progressive Rationalisierung des europäischen Qualitätsbegriffs, der im Laufe der Zeit vom hochnormativen, metaphergeladenen Politikum zu einem rein technischen Reformmoment mutiert ist. Nur unter diesen Bedingungen ist die Durchsetzung des europäischen Qualitätsbegriffs möglich, der auf nationaler Ebene eine kontextuelle (bzw. politisierte) Umdeutung erfährt. Schließlich gehen institutionalistische Ansätze auf Fragen des institutionellen Wandels traditioneller Regulierungszusammenhänge ein. Für Kathia Serrano-Velarde (2008a, 2008d) zeichnet sich der Bolognaprozess durch die Entstehung kohärenter und vor allem inklusiver Politikstrukturen auf europäischer Ebene aus, derer sich nationale Akteure bedienen können, um auf nationale Regulierungsstrukturen zurückzuwirken. So verfügen deutsche Evaluations- und Akkreditierungsagenturen zwar über keinerlei institutionalisierte politische Mitbestimmungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene. Durch die Teilnahme an europäischen Interessengruppen, die am Bolognaprozess beteiligt sind und die Qualitätssicherungspolitik aktiv mitgestalten, werden ihnen jedoch essentielle Handlungsoptionen eröffnet.

Doch auch wenn sich über die Jahre hinweg Forschungstendenzen abgezeichnet haben, so kann doch kaum von einer Systematisierung des methodologischen Rahmens die Rede sein. Das Forschungsobjekt Bologna befindet sich nach wie vor in der theoretischen Erprobungsphase.

In der Tat eröffnet Bologna der europäischen Bildungsforschung neue und vielfältige Perspektiven: Im Unterschied zu den Integrationsbemühungen der Europäischen Kommission, die ihre bildungspolitische Strategie noch 1992 revidieren und sich hinter die Subsidiaritätsklausel des Maastrichter Vertrages rangieren musste (Ertl 2003), sind der Integrationsdynamik Bolognas kaum Grenzen gesetzt. Zwar ist Bologna ein intergouvernementaler Prozess, in dem die Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten über die Weiterentwicklung und Fortführung der gemeinsamen Agenda entscheiden. Letzten Endes orientieren sich die Akteure bei der Ausformulierung ihrer Reformintentionen aber sehr stark an den ambitionierten

EU-Programmen und -Initiativen (Pabatsiba 2006). In ihrer historischen Untersuchung zur EU-Bildungspolitik begreift Anne Corbett den Bolognaprozess sogar als nächste Entwicklungsstufe der Integrationsbemühungen der Europäischen Kommission (Corbett 2005). So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Forschung immer mehr auf diese Parallelentwicklung eingeht und die zahlreichen Verstrickungen der supranationalen und intergouvernementalen Agenden zu entwirren sucht (Huisman, Van der Wende 2004; Croche 2008; Nagel 2006).

Insbesondere die Korrelation zwischen der EU-politischen Initiative zur Realisierung einer integrierten Forschungslandschaft (European Research Area) und dem Bolognaprojekt zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums (European Higher Education Area) steht im Fokus sozialwissenschaftlicher Untersuchungen (Winkvist 2005, Martens, Wolf 2006, Keeling 2006). In dieser Hinsicht erfährt das Konzept der europäischen Wissensgesellschaft, das in beiden Reformdiskursen (also auf EU- und auf Bologna-Ebene) prominent eingesetzt wird, eine wichtige Präzisierung seiner bildungspolitischen Inhalte. War die europäische Wissensgesellschaft zunächst eine abstrakte Projektionsfläche bildungspolitischer Ambitionen, an denen man vor allem den Wunsch nach international wettbewerbsfähigen, produktiven und innovativen Qualifizierungs- und Forschungssystemen ablesen konnte, so hat der Begriff durch die wechselseitige Präzisierung der EU-politischen und Bologna-Agenda in den letzten Jahren an Kontur gewonnen (Dale 2008, Serrano-Velarde 2008c). Fruchtbare Forschungsperspektiven betreffen unter anderem die Verstrickung dieser beiden europäischen Reformdiskurse, -prozesse und -agenden.

Der Bolognaprozess wird also nicht länger als diffuse, sondern als strukturierte Reformdynamik begriffen. Die inhärente Struktur dieser Dynamik ist es wiederum, welche den Forschungsperspektiven zum Bolognaprozess die Richtung weist. Der Begriff »Bologna« und seine sagenhafte (Amaral, Magalhaes 2004) und mythische Dimension werden durch die dezidierte Auseinandersetzung mit den konkreten Inhalten, Wirkungsmechanismen und Akteurssystemen des Bolognaprozesses entzaubert. Noch sind es vereinzelte, abgegrenzte strukturelle Elemente und Fragestellungen, die den Forschungszugang zum Bolognaprozess bestimmen. Noch ist kein analytisches Gesamtkonzept zu Bologna zu erkennen, das die Kommunikation zwischen den Politikebenen vollständig erfasst und die unterschiedlichen Handlungsfelder und -niveaus in ihrer Komplementarität begreift. Nur

langsam tastet sich die Forschung an die empirische Realität eines hochkomplexen und dynamischen Reformprozesses heran. Gleichwohl setzt sie den übereilten Kategorisierungsversuchen des Bolognaprozesses als Ökonomisierungs-, Amerikanisierungs- oder Liberalisierungsschub differenzierte Einsichten und empirisch-konkrete Beweisgrundlagen entgegen.

Literatur

- Aigner, E. 2002: Der Bologna-Prozess – Reform der europäischen Hochschulbildung. Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie. Linz: Trauner.
- Alesi, B., Rosznyai, C., Szanto, T. 2007: The Implementation of Bachelor and Master Programmes in Hungary. *European Journal of Education*, 42. Jg., Heft 3, 395-409.
- Amaral, A., Magalhaes, A. 2004: Epidemiology and the Bologna Saga. *Higher Education*, 48. Jg., Heft 1, 79-100.
- Amaral, A., Veiga, A. 2006: The Open Method of Coordination and the Implementation of the Bologna Process. *Tertiary Education Management*, 12. Jg., 283-295.
- Antunes, F. 2006: Globalisation and Europeification of Education Policies. Routes, Processes and Metamorphoses. *European Educational Research Journal*, 5. Jg., Heft 1, 38-56.
- Barkholt, K. 2005: The Bologna Process and Integration Theory. Convergence and Autonomy. *Higher Education in Europe*, 30. Jg., 23-29.
- Corbett, A. 2005: Universities and the Europe of Knowledge. Ideas, Institutions and Policy Entrepreneurship in European Union Higher Education Policy, 1955-2005. Basingstoke: Palgrave.
- Croche, S. 2008: How and Why the European Commission Has Acquired the Right to Vote in a Europeanization Process in a Field of National Competency. *European Education*, 40. Jg., Heft 1, 8-19.
- Dale, R. 2008: Changing the Meanings of »The Europe of Knowledge« and »Modernizing the University«, from Bologna to the »New Lisbon«. *European Education*, 39. Jg., Heft 4, 27-42.
- De Rosa, S. 2008: New Forms of International Cooperation in Doctoral Training: Internationalisation and the International Doctorate. One Goal, Two Distinct Models. *Higher Education in Europe*, 33. Jg., Heft 1, 3-25.
- Enders, J., Fulton, O. (Hg.) 2002: Higher Education in Globalising World – International Trends and Mutual Observations. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers.

- Ertl, H. 2003: The European Union and Education and Training. An Overview of Policies and Initiatives. In H. Ertl, D. Phillips (Hg.), *Implementing European Union Education and Training Policy. A Comparative Study of Issues in Four Member States*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers, 13-39.
- European Journal of Education 2004: 39. Jg, Heft 3.
- Fejes, A. 2008: European Citizens under Construction. The Bologna Process Analysed from a Governmentality Perspective. *Educational Philosophy and Theory*, 40. Jg., Heft 4, 515-530.
- Foucault, M. 2004: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977 - 1978. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gerard, M. 2007: Financing Bologna – Which Country Will Pay for Foreign Students? *Education Economics*, 15. Jg., Heft 4, 441-454.
- Hackl, E. 2001: Towards a European Area of Higher Education. Change and Convergence in European Higher Education. EUI RSC 09/2001. EUI Working Papers.
- Hahn, K. 2003: The Changing Zeitgeist of German Higher Education and the Role of GATS. *Higher Education in Europe*, 29. Jg., Heft 2, 199-213.
- Havnes, A., Stensaker, B. 2006: Educational Development Centres. From Educational to Organisational Development? *Quality Assurance in Education*, 14. Jg. Heft 1, 7-20.
- Heinze, T., Knill, C. 2008: Analysing the Differential Impact of the Bologna Process. Theoretical Considerations on National Conditions for International Policy Convergence. *Higher Education*, 56. Jg., Heft 4, 493-510.
- Huisman, J., Van der Wende, M. 2004: The EU and Bologna. Are Supra- and International Initiatives Threatening Domestic Agendas? *European Journal of Education*, 39. Jg., Heft 3, 349-357.
- Karran, T. 2004: Achieving Bologna Convergence. Is ECTS Failing to Make the Grade? *Higher Education in Europe*, 29. Jg., Heft 3, 411-421.
- Karran, T. 2005: Pan European Grading Scales. Lessons from the National Systems and the ECTS. *The Bologna Process: Retrospects and Prospects*. *Higher Education in Europe*, 30. Jg., Heft 1, 5-22.
- Keeling, R. 2006: The Bologna Process and the Lisbon Research Agenda. The European Commission's Expanding Role in Higher education Discourse. *European Journal of Education*, 41. Jg., Heft 2, 203-223.
- Kettunen, J., Kantola, M. 2007: Strategic Planning and Quality Assurance in the Bologna Process. *Policy and Practice in Higher Education*, 11. Jg., Heft 3, 67-73.
- Krücken, G., Bunzmann, J., Hürter, L., Kandzorra, M., Kloke, K., Körnert, J., Ludwig, S., Podolsak, B., Prill, Y. 2005: Hochschulen im Wettbewerb. Eine Untersuchung am Beispiel der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen an deutschen Universitäten. Projektbericht. Bielefeld, Fakultät für Soziologie. www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/phase3.html, 3/2006.

- Lofgren, K. 2007: Adaption and Adjustment. A Theory of the Introduction of International Grading Schemes in Higher Education. *Higher Education in Europe*, 32. Jg., Heft 2-3, 163-172.
- Martens, K., Wolf, K.-D. 2006: Paradoxien der Neuen Staatsräson. Die Internationalisierung der Bildungspolitik in der EU und der OECD. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 13. Jg., Heft 2, 145-176.
- Mignot-Gerard, S., Musselin, C. 2005: Chacun cherche son LMD. Rapport pour l'Ecole Supérieure de l'Education Nationale (CSO-ESEN).
- Nagel, A. 2006: Der Bologna-Prozess als Politiknetzwerk. Akteure, Beziehungen, Perspektiven. Wiesbaden: DUV.
- Ostermann, H. 2002 : »Rotten at the Core?« The Higher Education Debate in Germany. *German Politics*, 11. Jg., Heft 1, 43-61.
- Pabatsiba, V. 2006: Making Higher Education More European Through Student Mobility? Revisiting EU Initiatives in the Context of the Bologna Process. *Comparative Education*, 42. Jg., Heft 1, 93-111.
- Pitseys, J. 2006 : La méthode ouverte de coordination. *Revue interdisciplinaire d'études juridiques* 58. http://www.uclouvain.be/cps/ucl/doc/etes/documents/MOC_HRIEJ.pdf, 10/2008.
- Ravinet, P. 2007 : La genèse et l'institutionnalisation du processus de Bologne. Entre chemin de traverse et sentier de dépendance. Doktorarbeit. CEVIPOF/CNRS, CSO/CNRS.
- Ravinet, P. 2008: From Voluntary Participation to Monitored Coordination. Why European Countries Feel Increasingly Bound by Their Commitment to the Bologna Process. *European Journal of Education*, 43. Jg., Heft 3, 353-367.
- Saarinen, T. 2005: »Quality« in the Bologna Process. From »Competitive Edge« to Quality Assurance Techniques. *European Journal of Education*, 40. Jg., Heft 2, 189-204.
- Saarinen, T. 2009: A Short History of Quality in European Higher Education Policy. Reflections on Quality Discourses of the Bologna Process. Erscheint in: *Education et Sociétés* 24.
- Serrano-Velarde, K. 2008a: Evaluation, Akkreditierung und Politik. Zur Organisation von Qualitätssicherung im Zuge des Bolognaprozesses. Wiesbaden: VS.
- Serrano-Velarde, K. 2008b: Quality Assurance in the German Higher Education Area. The Emergence of a German Market for Quality Assurance Agencies. *Higher Education Management and Policy*, 20. Jg., Heft 3, 1-18.
- Serrano-Velarde, K. 2008c: Politiques et idéologies de l'Europe du savoir. In S. Topçu, C. Cuny, K. Serrano-Velarde (Hg.), *Savoirs en débat. Perspectives franco-allemandes*. Paris: L'Harmattan, 52-73.
- Serrano-Velarde, K. 2008d: Deregulierung und/oder Internationalisierung? Deutsche Qualitätspolitik im Zeichen Bolognas. *Berliner Journal für Soziologie*. 18. Jg., Heft 4, 550-575.

- Sorbonne-Erklärung 1998: Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung. Paris, Sorbonne, dem 25. Mai 1998. www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/Sorbonne_Erklaerung.pdf, 10/2008.
- Wächter, B. 2004: The Bologna Process. Developments and Prospects. *European Journal of Education*, 39. Jg., Heft 3, 265-273.
- Winkvist, L. 2005: Higher Education and the Proposed European Constitution. *Perspective*, 9. Jg., Heft 2, 57-64.
- Witte, J. 2006: Change of Degrees and Degrees of Change. University of Twente, Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS), www.utwente.nl/cheps/documenten/2006wittedissertation.pdf, 10/2007.
- Witte, J. 2008: Aspired Convergence, Cherished Diversity. Dealing with the Contradictions of Bologna. *Tertiary Education Management*, 14. Jg., Heft 2, 81-93.
- Witte, J., Van der Wende, M., Huisman, J. 2008: Blurring Boundaries. How the Bologna Process Changes the Relationship Between University and Non University Higher Education in Germany, the Netherlands and France? *Higher Education*, 33. Jg., Heft 3, 217-231.
- Van der Wende, M. 2003: Globalisation and Access to Higher Education. *Journal of Studies in International Education*, 7. Jg., Heft 2, 193-206.

Sozialordnungen und Lebenschancen im internationalen Vergleich

Graduiertenkolleg an der Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Heiner Menlemann

Thematik

Ist in Ländern mit wenigen, durch das Staatskirchenrecht geförderten Kirchen der Einfluss der Religiosität auf ehrenamtliches Engagement geringer als in Ländern ohne staatliche Förderung der Kirchen und mit großer Konkurrenz unter ihnen? Wie beeinflusst der Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung die Entscheidung der Familie für ein erstes oder zweites Kind? Wie sprechen Parteien in unterschiedlich verfassten Demokratien – in »Mehrheitsdemokratien« wie etwa in England oder in »Konsensdemokratien« wie etwa in Deutschland – ihre Wählerklientel mit Parteiprogrammen an, um in der Konkurrenz möglichst viele Stimmen zu erhalten? Wie beeinflusst die Unternehmensbesteuerung Investitionsentscheidungen von Unternehmen? Fragen wie diese können nur durch einen internationalen Vergleich beantwortet werden. Aber eine Antwort kann sich nicht allein auf die Sozialordnung – die ungeschriebene Verfassung und die ungeschriebenen geltenden Ordnungen einzelner Lebensbereiche wie Wirtschaft und Kultur – beziehen, sie muss auch die Sicht der Akteure berücksichtigen – seien es nun Personen, Familien, Parteien oder Firmen.

Nur wenige internationale Vergleiche in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften betrachten auch die Sicht der Akteure. Viele beschränken die Analyse entweder auf Personen innerhalb mehrerer Länder *oder* auf glo-

bale Kennziffern zwischen Ländern. Für die erste Vorgehensweise liegen harmonisierte Umfragen als Datenquelle vor, für die zweite Vorgehensweise Aggregatdatenbanken. Beide Vorgehensweisen haben ihre Schwächen. Weil Korrelationen von Personenmerkmalen zwischen verschiedenen Ländern schwanken, können sie erst mit Blick auf die höhere Ebene als allgemeine Regelmäßigkeiten interpretiert werden – nämlich dann, wenn Schwankungen durch Unterschiede der Sozialordnung der Länder erklärt werden. Weil Korrelationen über Ländermerkmale sich auf keinen identifizierbaren Akteur beziehen, können sie erst mit Blick auf die tiefere Ebene interpretiert werden – nämlich dann, wenn sie sich als Handlungen von natürlichen oder korporativen Akteuren in den Ländern verstehen lassen.

Das Graduiertenkolleg »Sozialordnungen und Lebenschancen« (GK SOCLIFE) will beide Vorgehensweisen verbinden, indem der Einfluss von *Lebenschancen* auf *Einstellungen und Handlungen* natürlicher und korporativer Akteure im Rahmen der *Sozialordnung* der Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kultur von Ländern betrachtet wird. Beteiligt sind Hochschullehrer der Disziplinen Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Soziologie, Staatsrechtslehre, Statistik und Volkswirtschaftslehre. Das GK SOCLIFE bringt makro- und mikrosoziale Perspektiven unter der *Generalfrage* zusammen, wie der Kontext der Nationalgesellschaft den Einfluss von Lebenschancen auf Einstellungen/ Handlungen von Akteuren beeinflusst. Ziel ist es, die Analyse vergleichbarer Mikrodaten innerhalb von Nationalgesellschaften um *theoretisch sinnvolle wie empirisch tragfähige makrosoziale Erklärungen* zu erweitern. Dazu muss der Einfluss der Sozialordnung, aber auch der Sozialstruktur und der Sozialgeschichte auf Akteure in Ländern theoretisch expliziert und – wo möglich – mit dem statistischen Instrument der Mehrebenenanalyse geprüft werden.

Lehr- und Forschungsprogramm

Das Lehr- und Forschungsprogramm soll die Kollegiaten (1) anleiten, aufgrund der Kenntnis der international vergleichenden Forschung makrosoziale Hypothesen für eigene Projekte mit Blick auf kollektive Akteure und soziale Mechanismen zu spezifizieren, sie (2) mit mikro- und makrosozialen Vorgehensweisen und Datenquellen vertraut machen und (3) die erforderlichen statistischen Techniken einüben. Die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung wird auf diese Weise um die theoretisch

angeleitete Nutzung harmonisierter Umfragen erweitert, der bisher – zumindest in Deutschland – zu wenig Gewicht beigemessen wurde. Sie trägt zudem dazu bei, die Nachfrage nach entsprechend qualifizierten Personen seitens internationaler Organisationen und der Forschung in und außerhalb der Universitäten zu befriedigen, die angesichts zunehmender internationaler Verflechtung erheblich zugenommen hat.

Neben dem GK SOCLIFE sind an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zwei weitere Graduiertenkollegs angesiedelt: »Risk management« und – in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung – »The International Max-Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy«. Die drei thematisch orientierten Graduiertenkollegs sind mit der Graduiertenschule der Fakultät assoziiert, der *Cologne Graduate School (CGS)*, die alle Promotionen der Fakultät betreut und Stipendien nach Exzellenz vergibt. Die CGS koordiniert das Lehrprogramm aller drei Graduiertenkollegs, das auf Englisch angeboten wird. Das Lehrprogramm des GK SOCLIFE ist in drei zweisemestrige Phasen eingeteilt.

In der *Startphase* sollen die Kenntnisse sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden der international vergleichenden Sozialforschung erworben werden, die für die Planung eines Dissertationsprojekts erforderlich sind. Das erste Semester umfasst folgende Veranstaltungen: In der *Introductory Lecture: Does context matter?* stellen die Hochschullehrer aller beteiligten Disziplinen Theorien und aktuelle, insbesondere ihre eigenen Forschungsergebnisse vor, so dass die Kollegiaten sich am Ende des ersten Semesters für ein Themengebiet entscheiden und Kooperationen mit anderen Kollegiaten ins Auge fassen können. Im *Seminar: Logic and design of comparative research* wird die Logik und Methodik der Generalfrage behandelt. Zugleich wird sie durch disziplinübergreifende Theorie- und Methodenkurse der Graduiertenschule (CGS) in einen breiten sozialwissenschaftlichen Rahmen eingeordnet: Wie lassen sich die Wahlhandlungen individueller und kollektiver Akteure theoretisch konzipieren? Welche institutionellen Rahmenbedingungen wirken als Anreizstruktur der Akteure? Welche alternativen statistischen Auswertungsmethoden neben hierarchischen linearen Regressionsmodellen stehen zur Verfügung? Und mit welchen methodischen Problemen sind die verwendeten (Umfrage-)Daten verbunden?

Im zweiten Semester sollen das *Seminar: Data sources of comparative social and economic research*, das mit Forschungsaufenthalten bei Datenlieferanten und Kooperationspartnern verbunden wird, und die *Lecture: Hierarchical*

linear regression models die Kollegiaten mit den Instrumenten für die empirischen Arbeitsschritte vertraut machen. Zudem werden im *Workshop: Proposal Writing* die Schwierigkeiten beim Anfertigen eines Dissertationsplans gemeinsam angegangen. Schließlich sollen regelmäßige Gespräche mit den Dozenten den Kollegiaten helfen, bis zum Ende des zweiten Semesters ihr eigenes Projekt zu entwerfen. Der dann eingereichte Dissertationsplan entscheidet über die weitere Förderung des Kollegiaten.

Die *Vertiefungsphase* dient der Ausarbeitung wesentlicher Teile der Dissertation. Das *Seminar: Advanced methods for the analysis of comparative data* greift die konkreten Auswertungserfordernisse der einzelnen Dissertationsprojekte auf und stellt Ansätze zur Auswertung international vergleichender Daten vor. Dieses Seminar wird auch mit Gastwissenschaftlern durchgeführt, die in den genannten Methoden international ausgewiesene Experten sind. In ergänzenden, inhaltlich orientierten *Seminaren* werden aktuelle Ergebnisse international vergleichender Forschung diskutiert. Kern der Vertiefungsphase sind die interdisziplinären *Workshops*, die der Präzisierung und endgültigen Zuspitzung der Untersuchungsfrage dienen. Hier stellen die Kollegiaten das Konzept ihrer Arbeiten wenigstens zwei Mal allen Hochschullehrern vor.

In der *Abschlussphase* ist das *Research Seminar* verpflichtend. Anders als die Workshops der Vertiefungsphase dient es nicht mehr der Schärfung von Fragen, sondern dem Referat erster – und letzter – Ergebnisse. An jedes Referat schließt sich ein Koreferat eines fachexternen Kollegiaten an. Die Kollegiaten sollen also auch untereinander ihre vom Ansatz gleichen, vom Gegenstand unterschiedlichen Erfahrungen austauschen und vor Mitkollegiaten wie Dozenten verteidigen. Sie können zudem Gastwissenschaftler »einwerben«, die zu den – zuvor zugesandten – Beiträgen schriftlich Stellung nehmen, so dass die Kollegiaten neue Perspektiven kennen lernen und Kontakte in der *Scientific Community* aufbauen.

Die erste Kohorte von Stipendiaten ist am 1.10.2008 gestartet, die zweite wird am 1.10.2009 starten. Es stehen acht Stipendien zur Verfügung. Anmeldeschluss für Bewerbungen ist der 30.4.2009, Interviews mit ausgewählten Kandidaten finden Ende Mai 2009 statt, die Ergebnisse werden Mitte Juni 2009 mitgeteilt.

Weitere Hinweise finden sich unter: www.wiso.uni-koeln.de/cgs/gks.html.

Protokoll der Auszählung der Wahlen zum Vorsitz, zum Vorstand und zum Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2008/2009

Die Öffnung der Wahlumschläge wurde von PD Dr. Christof Wolf (als Wahlleiter) und Dipl.-Soz. Dana Giesecke (DGS-Geschäftsstelle) bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim am 22. Januar 2009 vorgenommen.

Entsprechend der Anzahl der Mitglieder (Stand: 2. Dezember 2008) wurden 1.959 Wahlunterlagen versandt. Davon kamen 6 als unzustellbar zurück. Die folgenden Abstimmungsergebnisse wurden festgestellt:

1. Allgemeines Ergebnis

Bis zum 21. Januar 2009 eingegangene Stimmabgaben:	932
davon nicht erkennbar als DGS-Mitglied	33
(Zusendung ohne Absender bzw. Namen, weshalb die Wahlberechtigung nicht überprüft werden konnte)	
davon nicht in neutralem Umschlag	8
davon nach Fristablauf (Poststempel)	30
Gültige Stimmabgaben	861

Die Wahlbeteiligung beträgt 47,6 Prozent.

2. Wahl des Vorsitzenden

Abgegebene Stimmzettel:	861
davon Enthaltungen:	35
davon ungültige Stimmzettel:	0
gültige Stimmzettel:	826

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Hans-Georg Soeffner	589
Wolfgang Bonß	228
Eine Person mit 2 Stimmen	2
7 Personen mit 1 Stimme	7

Gewählt ist: Hans-Georg Soeffner.

3. Wahl des Vorstandes

Abgegebene Stimmzettel:	861
davon Enthaltungen:	2
davon ungültige Stimmzettel:	0
gültige Stimmzettel:	859

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Löw, Martina	446
Berger, Peter A.	433
Schimank, Uwe	431
Soeffner, Hans-Georg	424
Krais, Beate	415
Vobruba, Georg	382
Hitzler, Ronald	319
Bonß, Wolfgang	309
Lessenich, Stephan	308
Villa, Paula-Irene	304
Knoblauch, Hubert	232
Reichertz, Jo	219
Eine Person mit 3 Stimmen	3
3 Personen mit 2 Stimmen	6
27 Personen mit 1 Stimme (davon 3 Nicht-Mitglieder)	27

In den Vorstand der DGS wurden gewählt: Martina Löw, Peter A. Berger, Uwe Schimank, Hans-Georg Soeffner, Beate Krais und Georg Vobruba.

Da Hans-Georg Soeffner auch als Vorsitzender gewählt wurde, wird im Falle seiner Annahme der Wahl Ronald Hitzler in den Vorstand nachrücken.

4. Wahl des Konzils

Abgegebene Stimmzettel:	861
davon Enthaltungen:	7
davon ungültige Stimmzettel:	4
gültige Stimmzettel:	850

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Joas, Hans	461	Keppler, Angela	237
Treibel, Annette	376	Tacke, Veronika	223
Kreckel, Reinhard	365	Trappe, Heike	223
Weiß, Anja	338	Eßbach, Wolfgang	215
Lessenich, Stephan	330	Reckwitz, Andreas	208
Maurer, Andrea	294	Lutz, Helma	205
Ludwig-Mayerhofer, Wolfg.	293	Keller, Reiner	196
Huinink, Johannes	292	Hinz, Thomas	185
Rosenthal, Gabriele	291	Ebbinghaus, Bernhard	172
Hirschauer, Stefan	282	Kreher, Simone	172
Knoblauch, Hubert	280	Junge, Matthias	160
Reichertz, Jo	277	Kalthoff, Herbert	125
Dörre, Klaus	276	Behrens, Johann	120
Klein, Gabriele	260	Eine Person mit 3 Stimmen	3
Rosa, Hartmut	260	4 Personen mit 2 Stimmen	8
Jungbauer-Gans, Monika	253	42 Personen mit 1 Stimme	42
Wagner, Gabriele	238	(davon 6 Nicht-Mitglieder)	

In das Konzil der DGS wurden gewählt: Hans Joas, Annette Treibel, Reinhard Kreckel, Anja Weiß, Stephan Lessenich, Andrea Maurer, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Johannes Huinink, Gabriele Rosenthal, Stefan Hirschauer, Hubert Knoblauch, Jo Reichertz, Klaus Dörre, Gabriele Klein und Hartmut Rosa.

Mannheim und Essen, 13. Februar 2009

PD Dr. Christof Wolf (Wahlleiter), Dana Giesecke (DGS-Geschäftsstelle)

Regionalkonferenz der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Das Konzept einer *Regionalkonferenz der DGS* wurde entwickelt auf der Grundlage einer Anregung des Vorstands, in den Jahren zwischen den DGS-Kongressen einen Veranstaltungstypus zu etablieren, der in einem größeren Format als eine Sektionstagung und einem kleineren Format als ein Kongress aktuelle Themen(felder) zum Gegenstand haben soll. Gedacht war dabei ursprünglich vor allem an eine von mehreren Sektionen gemeinsam ausgerichtete Konferenz. Veranlasst nun durch Aktivitäten und Vorhaben rund um »Ruhr 2010 – Kulturhauptstadt Europas« entstand die Idee von Soziologinnen und Soziologen des – in diesem Falle die FernUniversität in Hagen mit einbeziehenden – Ruhrgebiets, in diesem »mittleren Format« die Erste Regionalkonferenz der DGS zu verantworten. Der Begriff *Regionalkonferenz* soll dabei in erster Linie auf die regionale Verantwortung der Veranstaltungsorganisation verweisen, nicht auf eine thematische oder Teilnehmereingrenzung. Mit dem gewählten Thema »Strukturwandel zu Metropolen?« ist ausdrücklich die Einladung verbunden, nationale und internationale Expertise in einer vergleichenden soziologischen Perspektive zusammenzubringen.

Strukturwandel zu Metropolen?

Organisation – Kultur – Produktion

Erste Regionalkonferenz der DGS in der Metropolregion Ruhrgebiet, Ruhr-Universität Bochum sowie DASA Dortmund, 28. bis 30.9.2009

Die Hälfte der Menschheit lebt inzwischen in Metropolen. Metropolen sind Knotenpunkte wirtschaftlicher Wertschöpfung mit dem schnell pochenden Rhythmus ihrer eigenen Produktions-Kultur. Sie sind aber auch Verdichtungen der Produktion von Wissen und Kultur sowie Orte unterschiedlicher Lebensformen. Und sie sind zugleich Seismografen für gesellschaftliche Entwicklungen, die sich dort zuallererst zeigen und die sich erst später in anderen Gebietstypen durchsetzen. Im Zuge der Globalisierung haben sich viele dieser Prozesse weiter beschleunigt. Unterschiede zwischen räumlich entfernten Metropolen scheinen zu verschwinden, und aus vormals klar identifizierbaren und abgrenzbaren Städten entstehen großräumige Metropolregionen wie die des Ruhrgebiets. Ziel der *ersten Regionalkonferenz der DGS* ist, den Wandel von Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft in zwei Perspektiven zu untersuchen.

Perspektive 1: Ruhrgebiet als Metropolregion

Wie kaum eine andere Metropolregion steht der Großraum Ruhrgebiet für eine historisch einmalige Entwicklung von einer schwerindustriellen Region zu einer vielfältigen Kulturregion. Dafür war und ist eine besondere Kultur der Arbeit und Produktion bestimmend, so vor allem der Stolz aller dort Lebenden darauf, Teil des industriellen Herzens des verspäteten deutschen Nationalstaats zu sein. Seit den 1960er Jahren wurden gewaltige Anstrengungen unternommen, den unabweislichen Strukturwandel des Ruhrgebietes zu gestalten und neue Perspektiven der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu eröffnen. Waren hiermit bereits grundlegende Verschiebungen von der Kultur der industriellen Produktion hin zum Dienstleistungsbereich und zur Produktion von Wissen gelegt, so bemühte sich das Ruhrgebiet in den letzten zwanzig Jahren immer stärker, sich auch in der Produktion von Kultur zu profilieren. Die geplante Konferenz behandelt diesen kulturellen und ökonomischen Strukturwandel im Ruhrgebiet und seinen angrenzenden Regionen. Zum anderen sollen Vergleiche mit anderen Metropolräumen Europas, Amerikas oder Asiens durchgeführt werden.

Perspektive 2: Metropolen, kultureller und wirtschaftlicher Wandel

In Metropolen findet ein beschleunigter Wertewandel, die Herausbildung neuer Lebensformen und Alltagskulturen statt. Beispielsweise entwickeln sich neue »Kultur-Ereignisse« wie z. B. städtebauliche Großprojekte, großangelegte Festspiele, Messen und Mega-Popkonzerte in Metropolen zu Event-Kulturformen ganz eigener Art. Zugleich sind Metropolen Schmelztiegel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. In ihnen setzen sich wirtschaftliche Innovationen und neue Organisationsformen früher als anderen Orts durch, was einigen ihrer Bewohner Vorteile in der nationalen und internationalen Konkurrenz um Wohlstand und Lebenschancen verschafft. Die Wohlstandsversprechungen der Metropolen locken in Lateinamerika und Asien verarmte Teile der Landbevölkerung ebenso an wie in Westeuropa Facharbeiter und Akademiker aus Mittelosteuropa. Zugleich stehen die großen Metropolregionen in einem globalen Wettbewerb um Ressourcen und Menschen. Es sind Aspekte wie wissenschaftliche Infrastruktur, Vernetzung, Kreativität und Bildung, welche mittelfristig über ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheiden.

Organisation und Ablauf

Die Konferenz findet am »Vorabend« des Jahres der »Kulturhauptstadt Ruhr.2010« statt und wird von einem Verbund der Soziologien von vier Universitäten – Ruhr-Universität Bochum, Technische Universität Dortmund, Universität Duisburg-Essen und FernUniversität in Hagen – gemeinsam im Namen der DGS durchgeführt. Die Konferenz wird durch die DGS, das *Kulturwissenschaftliche Institut* in Essen, den *Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS)* und andere Institutionen des Großraums Ruhrgebiet unterstützt. Sie richtet sich an alle in Deutschland wie in anderen Ländern tätigen Soziologinnen und Soziologen. Die Veranstaltungen finden an der Ruhr-Universität Bochum statt; die Eröffnungsveranstaltung wird in den Räumen der *Deutschen Arbeitsschutzausstellung (DASA)* in Dortmund durchgeführt. Vorgesehen sind vier Plenumsveranstaltungen und 14 Panelveranstaltungen, die von Soziologinnen und Soziologen aus der Region organisiert werden. Zu den Veranstaltungen sind *Call for Papers* auf der Veranstaltungshomepage www.sociologie.de/rk2009 veröffentlicht.

- Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Soziologie
- Beteiligte Universitäten: Ruhr-Universität Bochum, Technische Universität Dortmund, Universität Duisburg-Essen, Fern Universität in Hagen
- Rahmenorganisation: Hanns-Georg Brose, Rolf Heinze, Ronald Hitzler, Jürgen Howaldt, Holger Lengfeld, Hartmut Neuendorff, Ludger Pries, Uwe Schimank, Karen Shire
- Veranstaltungsort: Ruhr-Universität Bochum sowie DASA Dortmund
- Wichtige Termine: **24.04.2009:** Deadline für Vortragsangebote
08.05.2009: Information über Vortragsannahme und Programmablauf

Call for Papers für die Panelveranstaltungen sowie nähere Informationen zu Organisation, Anmeldung und Konferenzablauf sind erhältlich auf der

Website: www.sociologie.de/rk2009 und unter

E-Mail: DGS-Regionalkonferenz@ruhr-uni-bochum.de

*Programmübersicht***1. Tag, 28.9.2009 in der DASA, Dortmund**

- 14.00-16.00 Eröffnungsveranstaltung:
Hans-Georg Soeffner (DGS), Oliver Scheytt (Ruhr.2010 GmbH), Wolfgang Streek (MPI, Köln), Hartmut Häußermann (HU Berlin)
- 16.00-18.30 Plenum 1: Europäisierung und Regionalisierung als Raumbezüge gesellschaftlichen Wandels
- Plenum 2: ›Verhandelter Strukturwandel – politisch-soziale Arrangements im Ruhrgebiet
- 19.00 DASA Abendveranstaltung mit Buffet und Kultur

2. Tag, 29.9.2009 an der Ruhr Universität Bochum (RUB)

- 10.00-12.30 Plenum 3: Kultur-Events und Event-Kultur als Träger regionaler Identität?
- Plenum 4: Verlust der Mitte? Arbeit und Ungleichheit in einer Gesellschaft der Organisationen
- 14.00-16.30 Parallele Panelveranstaltungen:
1. Naturverständnis und Metropolenentwicklung: Neue Perspektiven auf eine schwierige Beziehung
 2. Karrieren! Kollegen! Kinder? Betriebliche Personalpolitiken und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit
 3. Das Ruhrgebiet: ein Laboratorium für den demographischen Wandel?
 4. Kann die Kultur- und Kreativwirtschaft ein Motor zur Entwicklung einer Metropole sein? (Diskussionsveranstaltung)
 5. Inklusionen und Exklusionen in Metropolen
 6. Wandel religiöser Vergemeinschaftungen und Entwicklungspfade religiöser Felder
 7. Der Blick aufs Publikum: Ökonomisierung des Zeitungs-Journalismus?
- ca. 18.00 Zeche Zollverein (Essen): Besichtigungsprogramm mit Abendessen

3. Tag, 30.9.2009 an der Ruhr Universität Bochum (RUB)

- 10.00-12.30 Parallele Panelveranstaltungen:
8. Die Heimat des Derbys: Fußballmetropole Ruhrgebiet
 9. Metropolen als Migrations- und Inkorporationsräume in vergleichender Perspektive
 10. Krise – Umbau – Umbaukrise? Hochschulreform in Deutschland
 11. Finanzmarktkapitalismus als Innovationsbremse?
 12. Mehr-Ebenen-Governance in Metropolen
 13. Metropolen als Innovationsregionen?
 14. Metropole, Oligopole oder Gegenpole – Der Strukturwandel des Ruhrgebiets aus Sicht der Gestaltungspraxis (Diskussionsveranstaltung)
- 14.00 Abschlussveranstaltung:
»Von rauchenden Schloten zur ökologischen Modellregion – das Ruhrgebiet vor einer zweiten Chance?«
Podiumsdiskussion unter anderem mit Claus Leggewie, Hartmut Neuendorff, Klaus Tenfelde
- Ca. 16.30 Ende der Veranstaltung

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dipl.-Soz. Dominic Akyel, Köln

Ina Alber, M.A., Göttingen

Jana Ballenthien, M.A., Göttingen

Stefan Bauernschmidt, M.A., Erlangen-Nürnberg

Dipl.-Soz. Katharina Baumeister, Mauern

Dipl.Soz. Dirk Dalichau, Frankfurt a.M.

Dr. Norbert Ebert, Sydney, Australia

Aladin El-Mafaalani, Ahlen

Dr. Gabor Eröss, Berlin

Dipl.-Sozwiss. Susanne Eyssen, Castrop-Rauxel

Martina Franzen, M.A., Bielefeld

Dr. Rainer Fretschner, Gelsenkirchen

Prof. Dr. Claudia Gather, Berlin

Jun.-Prof. Dr. Anja Hartmann, Bochum

Markus Häfelbarth, M.A., Münster
Dipl.-Soz. Julia Häuberer, Prague
Elke Hemminger, Schwäbisch Gmünd
Dipl.-Soz. Martin Huth, Hamburg
Dr. phil. Fatima Kastner, Hamburg
Dr. lic. oec. Janicke Kirksaeter, Heidelberg
Dipl.-Soz. Birgit Knoblach, München
Claudia Krieg, M.A., Leipzig
Dipl.-Soz. Jürgen Kritschil, München
Klarissa Anna Theresa Kunze, M.A., Münster
Dr. phil. Marianne Lück-Filsinger, Saarbrücken
Nico Lüdtke, M.A., Oldenburg
Meike May, M.A., Duisburg-Essen
Philipp Möller, M.A., Augsburg
Dipl.-Soz. Merle Mulder, Hamburg
Ursula Offenberger, M.A., St. Gallen
Dipl.-Soz. Knut Petzold, Leipzig
Björn Pfadenhauer, M.A., Herne

Dipl.-Soz. Doris Rämisch, Palma de Mallorca
Dipl.-Sozialwirtin Anna-Christin Ransiek, Göttingen
Martin Wilhelm Richter, M.A., Münster
Dipl.-Soz. Petra Marion Schultz, Bremen
Dipl.-Soz. Alexander Seymer, Salzburg
Dr. Jan-Peter Voß, Berlin
Dr. phil. Andreas Weber, Halle-Wittenberg
Dipl.-Soz. Jeannette Winkelhage, Bremen

Neue studentische Mitglieder

Martina Böhm, Ettlingen
Noelle Julia Brandl, Vechta
Stefanie Elisabeth Goy, Jena
Linda Hennig, Dresden
Beatrice Lidl, Mering
Sabine Mallschueztke, Dresden
Margaret Pardo-Puhlmann, Jena
Heiner Schulze, Berlin
Florian Schütz, Göttingen
Matthias Sommer, Bamberg

Judith Tuchscheerer, Jena
René Tuma, Berlin
Lisa Wiedemann, Jena

Austritte

Johannes V. von Barga, Berlin
Dr. Rafael Behr, Hamburg
Dr. Eleftheria Beuels-Kefaloukou, Duisburg
Lars Dommermuth, Oslo
Timo Grampes, Berlin
Dr. Petra Hartmann, Kiel
Dr. Karin Jürgens, Kassel
Sandra Köstler, Mannheim
Prof. Dr. Dagmar Krebs, Ludwigshafen
Susanne Lindner, Lindau
Rebekka Lorenz, Chemnitz
Dr. Yasemin Niephaus, Leipzig
Dr. Carsten Stark, Konradsreuth
Dr. Heinrich Stieglitz, Pönten

Sektion Arbeits- und Industriosozologie

Blick in die Werkstatt der Arbeits- und Industriosozologie

»Arbeits- und Industriosozologischen Studien (AIS)« ist die seit 2008 erscheinende Online-Zeitschrift der Sektion Arbeits- und Industriosozologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. In den AIS-Studien werden neueste Forschungsergebnisse publiziert und laufende wissenschaftliche Debatten dokumentiert.

Ein wissenschaftliches Journal mit aktuellen Beiträgen auf hohem fachlichem Niveau, die in prägnanter und attraktiver Form neue Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit nahebringen – das sind die *Arbeits- und Industriosozologischen Studien (AIS)*, das Online-Journal der Sektion Arbeits- und Industriosozologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Sie geben Einblicke in die Werkstatt der Forschung – und in die produktiven Auseinandersetzungen, die dort stattfinden. Ziel des neuen Journals ist, in gebündelter Form über die arbeits- und industriosozologische Forschung in Deutschland zu informieren und dabei sowohl die Sichtbarkeit des Faches nach »außen« als auch die Kommunikation nach »innen« zu fördern. Sie informieren aktuell, kürzer und unkomplizierter als gängige Journale über interessante Forschungsergebnisse. Die AIS-Studien erheben damit den Anspruch, das Ohr nah am Fach zu haben, schnell darüber zu berichten und den wissenschaftlichen Diskussionsprozess anzustoßen. Als Herausgebende der AIS-Studien fungieren die Initiatorinnen und Initiatoren des Journals (Katharina Bluhm, Hartmut Hirsch-Kreinsen, Heike Jacobsen und G. Günter Voß) sowie die jeweiligen Sektionsvorstände.

Die »Arbeits- und Industriosozologischen Studien« erscheinen zweimal jährlich auf der Internetseite <http://www.ais-studien.de/>. Sie sind erstmals im Jahr 2008 erschienen. Alle Beiträge werden begutachtet, stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung und sind mit einem Abstract in deutscher und englischer Sprache versehen. Eine Übersicht über aktuelle Forschungsvorhaben und Dissertationsprojekte schließt sich an. Das nächste Heft wird voraussichtlich im Mai 2009 mit dem Themenschwerpunkt »Macht der Berater« online gehen.

Hartmut Hirsch-Kreinsen

Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung

Jahresbericht 2007/2008

Im Zeitraum 2007-2008 führte die Sektion »Methoden der qualitativen Sozialforschung« verschiedene Veranstaltungen und die Neuwahl des Sektionsvorstandes durch.

1. Vorbereitung von und Beteiligung an Tagungen und Workshops

Der Vorstand hat im zurückliegenden Jahr in Kooperation mit anderen Sektionen sowie Sektionsmitgliedern folgende Tagungen organisiert:

Jahrestagung 2009: Die Jahrestagung findet gemeinsam mit der DGS-Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung vom 17.-18. April 2009 an der Universität Marburg statt und diskutiert die Frage »Wozu empirische Sozialforschung?« (siehe www.soziologie/sektionen/m04/index.htm – Menüpunkt »Termine«).

Auf dem DGS-Kongress in Jena (Oktober 2008) führt die Sektion mit den DGS-Sektionen Biographieforschung und Kulturosoziologie ein gemeinsames Plenum zum Thema »Die Zeit(en) der Transformation« sowie eine Sektionsveranstaltung zum Thema »Zeit als empirisches Phänomen. Biographie – Situation – Verfahren – Geschichte« durch.

Unter dem Dach unserer Sektion findet am 28. und 29. November 2008 an der Universität Siegen eine Arbeitstagung statt, die das Phänomen der Mehrsprachigkeit in der qualitativen Sozialforschung als methodisches Problem erörtert. Vorbereitet und durchgeführt wird die Arbeitstagung von *Katharina Inheteen* und *Uta Liebeskind* (beide Universität Siegen).

In Kooperation mit dem Arbeitskreis »Empirische Methoden der Politikwissenschaft« in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) führt die Sektion am 6. und 7. November 2008 an der Universität Oldenburg eine Tagung zum Thema »Mythos Diskursanalyse? Über die Qualität qualitativer Politik- und Sozialforschung« durch, die von *Frank Janning*, *Diana Lindner* und *Jörg Strübing* organisiert wird.

2. Jahrestagung 2008

Die Jahrestagung 2008 unter dem Titel »Wie machen es die Anderen? Datenanalyse at work« fand vom 04.-05. Mai 2008 am Institut für Soziologie der Universität Mainz statt und wurde von *Stefan Hirschauer* (lokaler Organisator), *Gesa Lindemann*, *Herbert Kalthoff* und *Jörg Strübing* organisiert.

Für die Tagung wurde das Format paralleler Data Sessions gewählt: Die ReferentInnen präsentierten ihre Forschung nicht als inhaltliche Fachvorträge zu Methoden oder Ergebnissen ihrer Forschung, sondern sie stellten einen exemplarischen Ausschnitt ihres Datenmaterials vor, das dann in der Session nach einer kurzen Einführung zu Methoden und Forschungsfrage gemeinsam interpretiert wurde. Das Datenmaterial der ReferentInnen wurde allen angemeldeten TeilnehmerInnen online über die neue Sektionshomepage zum download bereitgestellt, so dass die TeilnehmerInnen zur Tagung mit dem Material bereits vertraut waren.

In einer ersten, plenar veranstalteten Session stellte zunächst *Roswitha Breckner* (Wien) ihren interpretatorischen Zugang zur Analyse von Fotografien dar und arbeitete mit den TeilnehmerInnen an exemplarischen Bildern. Im Anschluss behandelte *Michael Liegl* (Mainz) anhand von Video-Mitschnitten einer elektro-akustischen Open Jam Session in einem Musik-Club in New York das Phänomen »sprachloser«, also nicht-sprachlicher Video-Daten und schlug Wege zur Interpretation dieses Datenmaterials in ethnografischer Perspektive vor.

Von den beiden parallelen Nachmittagssessions befasste sich die eine mit ethnographischer Schul- und Kindheitsforschung. Hier stellte zunächst *Sebastian Idel* (Mainz) eine videographierte Szene aus dem Schulunterricht vor, die mit den Mitteln der Objektiven Hermeneutik und der dokumentarischen Methode bearbeitet wurde. Im Anschluss bearbeitete *Michael Meier* (Halle-Wittenberg) zwei exemplarische Protokolle von ethnographischen Beobachtungen aus einem DFG-Projekt zur »Leistungsbewertung in der Schulklasse« (mit Georg Breidenstein und Katrin U. Zaborowski), in dem es um die Praktiken der Notenfindung in der Unterrichtssituation geht. Den letzten Teil dieser Session bestritt *Sabine Bollig* (Frankfurt) mit ethnographischem Material aus Schuleingangsuntersuchungen, das im Rahmen einer an der Grounded Theory orientierten Analyse daraufhin untersucht wurde, wie »sich die praktische Vermittlungsarbeit zwischen Dokumenten/Instrumenten und Praktiken/Interaktionen in der Untersuchungssituation« darstellt.

Die parallel dazu veranstaltete zweite Nachmittagssession behandelte Fragen der videographischen Analyse. Zunächst arbeitete *Bernt Schnettler* (Berlin) mit den TeilnehmerInnen in gattungsanalytischer Perspektive an einer Materialsequenz aus einem Projekt zu Powerpoint-Präsentationen. Anschließend befasste sich *Larissa Schindler* (Mainz) am Beispiel des Videomitschnitts einer Kampfsportszene mit der Unterscheidung von Sichtbarem und Sehbarem in Interaktionen. Die analytische Bearbeitung der vorgestellten Sequenz ging der Frage nach, wie Akteure in einer Lehr-Lernsituation unterscheiden können, welche Gesten des Interaktionspartners für den Handlungskontext relevant sind und welche nicht. *Monika Falkenberg* (Mainz) komplettierte die Session mit der Vorstellung von Videosequenzen zu »Präsenzzeichen« von SchülerInnen im Unterricht, also zu jenen Körperpraktiken, mit denen SchülerInnen zur Herstellung der Unterrichtssituation beitragen.

Der zweite Tag der Tagung begann wiederum mit einer Plenumsveranstaltung, die zwei Präsentationen umfasste. Zunächst diskutierte *Elke Wagner* (München) ihre differenztheoretisch informierte Analyse von Experteninterviews, in denen es um die Frage der Herstellung ethischen Redens im Kontext von Ethikkomitees in der Medizin geht. *Kai-Olaf Maimwald* (Frankfurt/Main) führte im Anschluss am Beispiel von Interview-Interaktionssequenzen in seine Praxis der objektiv-hermeneutisch orientierten Sequenzanalyse ein. Das empirische Material, ein Ausschnitt aus einem Paarinterview zu Fragen häuslicher Arbeitsteilung, wurde daraufhin befragt, wie trotz gegenteiliger Absichten der Akteure über die Zeit dennoch eine asymmetrische Form der Arbeitsteilung etabliert wurde.

Zwei weitere parallele Data Sessions schlossen sich an. In der ersten Veranstaltung, die der Gesprächs- und Konversationsanalyse vorbehalten war, bearbeiteten die TeilnehmerInnen zunächst das von *Stephan Windmann* (Luzern) vorgestellte Material zu Vorgesprächen in Organisationen (Transkripte von Audiomitschnitten) in konversationsanalytischer Manier. Dabei ging es um die Frage der Repräsentation vorangegangener Gespräche in den untersuchten Sequenzen. *Frank Kleemann* und *Ingo Matuschek* (beide Chemnitz) führten dann in einen weiteren konversationsanalytischen Forschungszusammenhang ein, bei dem Telefonmitschnitte von Kundengesprächen eines Call-Centers auf das Wechselspiel zwischen sozialkommunikativer, sachlicher und informationstechnischer Dimension hin untersucht wurden.

Die zweite Parallelsession behandelte Probleme der Versprachlichung durch Informanten. Hier stellte zunächst *Christine Müller-Botsch* (Berlin) ihre Arbeitsweise bei einer fallrekonstruktiv-biographieanalytischen Arbeit zu unteren NSDAP-Funktionären dar. Dabei ging es in der Sitzung vor allem um das Einwirken des institutionellen Kontextes auf die Biographieproduktion und den handelnden Umgang des Biographen mit dem institutionellen Kontext. Im Anschluss präsentierte schließlich *Dorett Funcke* (Jena) ihren objektiv-hermeneutischen, sequenzanalytischen Zugang zu Fragen der Universalität der Kernfamilie am Beispiel von Materialauszügen aus einem Paarinterview mit einem gleichgeschlechtlichen Paar, das über den Weg einer anonymen Samenspende ein Kind bekommen und eine Familie gründen möchte.

Eine Plenumsdiskussion zu Varianten empirisch-analytischer Zugänge zu qualitativem Datenmaterial beschloss die Tagung.

3. Mitgliederversammlungen und Neuwahlen 2008

Eine Mitgliederversammlung der Sektion fand im Rahmen der Jahrestagung im Mai 2008 in Mainz statt. *Herbert Kaltboff* und *Jörg Strübing* berichteten den anwesenden Mitgliedern u.a. über die Arbeit des Vorstands im abgelaufenen Jahr, über die Vorbereitungen zum Soziologiekongress und zur Jahrestagung 2009 und informierten über die positive Finanzlage der Sektion. Zur Vorbereitung der anstehenden Neuwahlen des Vorstandes wurde darüber hinaus ein Wahlvorstand eingesetzt, in den *Elke Wagner* und *Angelika Pofertl* (beide München) berufen wurden. Für die Wahl zum Vorstand kandidierten *Stefan Hirschauer* (Mainz), *Gesa Lindemann* (Oldenburg) und *Jörg Strübing* (Tübingen). Die Mitgliederversammlung dankte *Uwe Flick* und *Herbert Kaltboff* für die geleistete Vorstandsarbeit in den Jahren 2002-2008.

Die Wahl zum Vorstand wurde im Juli 2008 als Briefwahl durchgeführt. Alle drei Kandidaten wurden in geheimer Briefwahl in den Vorstand gewählt, der in einer konstituierenden Sitzung *Jörg Strübing* zum Sektionsprecher bestimmte.

Im Rahmen des Soziologiekongresses in Jena im Oktober 2008 fand eine weitere Mitgliederversammlung statt, bei der sich der neue Vorstand vorstellte und die Planung für die anstehenden Tagungen bis zum Kongress 2010 in Frankfurt am Main diskutiert und konkretisiert wurden.

4. Mitgliederentwicklung

Die Sektion hat im Jahr 2008 bei zwei Mitgliederversammlungen insgesamt 18 neue Mitglieder aufgenommen. Damit hat die Sektion am Ende des Berichtszeitraums 139 Mitglieder.

Mit dem Tod von *Christel Hopf* muss die Sektion den Verlust einer für die Entwicklung der qualitativen Sozialforschung in Deutschland wie auch für die Gründung der Sektion zentralen Kollegin beklagen. Der Nachruf von *Gabriele Rosenthal* ist erschienen in der Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38, H. 1, S. 85-88)

Jörg Strübing, Herbert Kalthoff, Uwe Flick

Sektion Professionssoziologie

Bericht der gemeinsamen Tagung der Sektionen Religions- und Professionssoziologie »Sinnstiftung als Beruf« 13. und 14. Juni 2008, FernUniversität in Hagen

Die Prozesse und Modalitäten von Sinnformungen in unterschiedlichen Handlungs- und Professionsbereichen standen im Mittelpunkt der von *Michael N. Ebertz* (Freiburg/Br.) und *Rainer Schützeichel* (Hagen) organisierten Tagung der Sektionen Professions- und Religionssoziologie an der FernUniversität in Hagen. Folgende Beobachtungen bildeten den Ausgangspunkt dieser Tagung: Wenn man den vielfach erhobenen Klagen über den Sinn- und Orientierungsverlust in der modernen Gesellschaft Glauben schenken will, dann ist »Sinn« eine knappe Ressource. Die (Post-)Modernität von Gesellschaft wird gerade darauf zurückgeführt, dass keine Sinnvorgaben sich ohne weiteres auf Dauer stellen lassen. Einer anderen Auffassung zufolge ist »Sinn« keine knappe, sondern eine umkämpfte Ressource. Der Eindruck eines Sinnverlustes stelle sich nur deshalb ein, weil es zu viele konkurrierende Angebote auf einem umkämpften Markt gebe mit der Folge, dass ob der Vielfalt der Optionen die einzelnen Angebote kontingent und fragil würden. Eine dritte Position schließlich findet sich in Aussagen darüber, dass die Ressource Sinn zwar knapp, umkämpft und fragil sei, dass Sinnsetzungen aber andererseits auch kaum gestaltbar und veränderbar seien. Die Vorträge nahmen sich deshalb der Aufgabe an, in

Bezug auf ausgewählte Handlungs- und Problembereiche den Umgang mit ›Sinn‹ in diesem Dreieck von Sinnverlust, Sinnkonkurrenz und Sinnstabilität zu analysieren. Wie gehen berufliche oder professionelle Gruppen mit der Ressource ›Sinn‹ um? Wie sind diese Berufe in die Prozesse der De-traditionalisierung, der Modernisierung und der Rekonfiguration von Sinn eingebunden?

Zum Auftakt lotete *Michaela Pfadenhauer* (Karlsruhe) am Beispiel des Wissens- und Religionssoziologen Peter L. Berger die Grenze zwischen Sinnverstehen und Sinnstiften aus. Zur Sinngebung, die sowohl in der Form des Sinnschließens als auch des Sinnfindens auftreten kann, tritt nach Pfadenhauer beim Sinnstiften ein intersubjektives Moment hinzu, das über ein bloßes Mitteilungsbedürfnis hinausgehe. Sinn stiften heiße demnach, in intentionaler Absicht für andere einen höheren, verbindlichen Sinn liefern zu wollen.

In einem ersten Themenblock wurden die Funktion der Massenmedien und die Profession der Journalisten untersucht. Mit der Rolle des Fernsehens befasste sich *Jo Reichertz* (Duisburg-Essen). Er unterschied zwischen der Stiftung, der Verbürgung und der Lieferung von Sinn. Das Fernsehen sei zu einer, wenn nicht der dominanten Instanz der Lebensorientierung geworden. Es trete damit in gewisser Weise die Nachfolge von religiösen Institutionen an, aber es kappe die Dimension der Transzendenz – die im Fernsehen offerierte Lebensorientierung sei diesseitiger Natur. Das Fernsehen biete zudem eine große Bandbreite unterschiedlicher Werte an, ohne jedoch diese Werte glaubhaft legitimieren zu können. Mit anderen Worten: Das Fernsehen liefere zwar Sinn, aber es verbürge und stifte ihn nicht. Allerdings, so Reichertz, scheint sich hier eine gewisse Veränderung anzudeuten: Das Fernsehen könne in die Rolle eines Sinnstifters unter der Bedingung eintreten, dass es aus sich heraus neue Werte setze. Ein solcher Wert bestehe in der öffentlichen Präsentation seiner selbst. In dem Maße, wie sich dieser Wert der öffentlichen Selbstpräsentation durchsetze, könne das Fernsehen sinnstiftende Funktionen übernehmen. Mit der Profession der Nachrichtenjournalisten setzte sich *Sabine Schäfer* (Münster) in ihrer empirischen Untersuchung über die Arbeitsabläufe in prominenten Fernsehredaktionen auseinander. Sind Journalisten ›Sinnstifter‹ oder geht es ihnen um die Repräsentation objektiver Wahrheiten? Nach Schäfer ist die von den Journalisten betriebene Sinnstiftung ein Begleitprodukt ihres Bemühens um die Darstellung von objektiven Sachverhalten. Sie äußere sich beispielsweise darin, dass typische Zuschauer imaginiert und diesen spezifi-

sche Einstellungen und Informationsbedürfnisse unterstellt würden. Diese sinnstiftende Imagination leite dann wiederum die Selektion der Informationen, die als Nachrichten verkündet würden.

In einer Gesellschaft, in welcher zunehmend die ›Ökonomisierung‹ von gesellschaftlichen Lebenslagen und Funktionsbereichen beklagt wird, wird auch Unternehmern und Managern mehr und mehr eine Sinnstiftungsfunktion zugesprochen. Damit befasste sich *Ekaterina Svetlova* (Friedrichshafen) in ihrem Vortrag. Neueren Managementlehren zufolge bestehe eine wesentliche Funktion des Managements darin, Sinnsetzungs- und Sinnvermittlungsprozesse einzuleiten, und zwar nach innen in die Unternehmen hinein wie in der Darstellung der Unternehmen nach außen. Svetlova kritisierte jedoch den in der Literatur anzutreffenden Mythos einer individuellen, atomistischen Sinnsetzung. Sinnstiftung sei ein kon-kreativer, dialogischer, kommunikativer Prozess. Dies zeige sich am Beispiel von Produktionsmärkten, in welchen sich erst in den Wechselwirkungen zwischen Anbietern und Nachfragern bestimmte Definitionsmuster durchsetzten und stabilisierten. Mit einer anderen Professionsgruppe, nämlich den Medizinerinnen, befasste sich *Werner Vogd* (Witten-Herdecke). Er untersuchte am Beispiel des Umgangs mit terminalen Erkrankungen in der Onkologie eines Universitätsklinikums wie auch in anthroposophischen Arztpraxen, wie im ärztlichen Alltag sinnstiftende Rituale und organisationale Regeln eingearbeitet werden, die verhindern, dass die Sinnfrage in einem unmittelbaren, existentiellen Weise aufgeworfen wird. Organisationale Regeln stellten ein ›Und-so-weiter-so‹ her und vermieden somit, dass sich Fragen nach dem (existentiellen) Sinn stellten. Organisationale Sinnstiftungsprozesse verhinderten, dass sich die Frage nach dem einen nomischen Sinn stelle. Sinn, so Vogd in Bezugnahme auf praxissoziologische Theorien, realisiere und manifestiere sich in sozialen Praxisformen. Die sinnstiftende Funktion von kommunikativen Praktiken hob auch *Stefanie Duttweiler* (Zürich) hervor. In ihrem Vortrag über die populäre schweizerische Sexualberaterin »Martha« stellte sie heraus, dass die Sinnstiftungsfunktion in dem von ihr untersuchten Sujet nicht bei den Individuen, sondern in der kommunikativen Form zu finden ist, in diesem Fall also in der kommunikativen Gattung der ›Beratung‹. Duttweiler stellte also den eher handlungstheoretisch argumentierenden Positionen eine nuanciert strukturtheoretische Position gegenüber, der zufolge Sinnsetzungen und Sinnmodifizierungen in den kommunikativen Strukturen und Medien aufzufinden sind.

Mit den Sinnstiftungsprozessen von Professionen im Allgemeinen befasste sich *Olaf Kranz* (Halle). Die Genese von Professionen, so Kranz, ist das Ergebnis der spezifischen sinnhaften Differenz von Vertrautheit/Unvertrautheit. Professionen – und insbesondere ihr Archetypus, die Profession der »Theologen« – siedelten sich dort an, wo ein unvertrautes Ereignis oder Erlebnis in eine vertraute (Lebens-)Welt einbricht. Und ihre Aufgabe bestehe darin, die lebensweltliche Orientierung ihrer Patienten, Klienten oder Mandanten mit dieser Differenz zu konfrontieren, also im Vertrauten das Unvertraute zu interpretieren und zu »bearbeiten«. Dies geschehe in der Regel in bestimmten Interaktionsformaten, wie der ärztlichen Visite, dem Unterricht, der Beichte, der Gerichtsverhandlung oder anderen Formen. Wie Dutweiler betonte damit auch Kranz das sinnstrukturierende Eigengewicht von Kommunikationsstrukturen. Mit der »Sinnstiftung durch Soziologen« befassten sich in ihrem Vortrag die Hagerner Soziologen *Wieland Jäger* und *Thomas Matys*. Der zentrale Beitrag der Soziologie in der gesellschaftlichen Sinnstiftung liegt dem Vortrag zufolge in einer »Dekonstruktion« des Sinnbegriffs. Die Soziologie könne nicht im Sinn eines ontologischen Verständnisses Sinn-setzen, sondern nur im Sinne eines konstruktivistischen Verständnisses die Sinn-Setzungen durch Beobachter identifizieren.

Lehrerinnen und Lehrer nehmen bezüglich der Sinnvermittlung und der »Werterziehung« eine zentrale gesellschaftliche Position ein. Mit dieser Gruppe befassten sich *Caroline Bühler* und *Angela Stienen* (Bern). In der Schweiz gibt es Reformbemühungen, in die Ausbildung und das Studium der Lehrerinnen und Lehrer im Zeichen einer Professionalisierung verstärkt Momente einer religiösen und ethischen Selbstreflexion einzubauen, um auch in Schule und Unterricht in einer signifikanten Weise Position beziehen zu können. *Bühler* und *Stienen* stellten erste Ergebnisse einer Studie über die möglichen Konsequenzen dieser Reformen vor. Sie zeigten auf, dass diese Reformen zwar zu erheblichen Deutungskämpfen zwischen Studierenden und Dozenten führten, dass aber noch keine Konsequenzen hinsichtlich der weltanschaulichen Rekrutierung der Studierenden absehbar seien. Mit der Frage, ob und wie Religionsunterricht »Sinn macht«, befasste sich *Johannes Twardella* (Frankfurt/Main). Unter dem Aspekt, dass zunehmend auch Schulen mehr und mehr als interkulturelle Integrationsinstanz in Anspruch genommen werden (Stichwort: Interkulturelle Pädagogik), untersuchte er im Rahmen der Objektiven Hermeneutik Interaktionssequenzen zwischen Religionslehrern und Schülern zum Thema Islam.

Dabei zeige sich, dass im Religionsunterricht eher Vorurteile produziert als abgebaut würden. Seine Analysen führten *Twardella* ähnlich wie auch *Bühler* und *Stienen* zu der These, dass der Lehrerberuf gerade aufgrund seiner Sinnstiftungsfunktion als professionalisierungsbedürftig angesehen werden müsse.

In der Tradition der katholischen Kirche ist das Spenden der Sakramente die wichtigste Form religiöser Sinnstiftung. Diese Aufgabe obliegt dem Klerus. Mit der Reaktion des Klerus auf einen breiten Verlust dieser Sinnstiftungsfunktion befasste sich *Marv Breuer* (Freiburg/Br.) in seinem Vortrag über ›Weltgestaltung aus dem Geist der Liturgie‹. In den 1920er Jahren entstand eine Erneuerungsbewegung innerhalb des katholischen Klerus, die versuchte, aus dem ›Geist der Liturgie‹ heraus eine Antwort auf den Sinnstiftungsverlust zu geben. Im Mittelpunkt der Liturgie sollte die stärkere Mitfeier und Teilnahme der Gläubigen und ihre Orientierung an einem ›organischen christlichen Geist‹ stehen. Nach *Breuer* kann die ›Liturgische Bewegung‹ innerhalb des katholischen Klerus als eine wichtige Antwort auf den mit der funktionalen Differenzierung einher gehenden Funktionsverlust von Religion verstanden werden, nämlich als Versuch, aus dem ›Geist der Liturgie‹ eine Erneuerungsbewegung zu initiieren, die dem katholischen Glauben eine Relevanz auch in anderen wichtigen Funktionssystemen sichere.

Die Frage der Geschlechtergerechtigkeit als einer theologischen Sinnressource thematisierte *Heidemarie Winkel* (Erfurt). Am Beispiel der Missionsbewegung und der aus ihr entstandenen ökumenischen Bewegung stellte Winkel dar, wie es Frauen seit dem 19. Jahrhundert gelungen ist, im Rahmen von kirchlichen Sozialformen die christliche Religion hinsichtlich ihrer sinnstiftenden Funktion für das Geschlechterverhältnis zu hinterfragen und die Geschlechterthematik selbst als eine basale theologische Sinnressource und einen zentralen theologischen Topos zu entwickeln. Ausgehend von der ökumenischen Leitidee einer auf Gleichheit beruhenden Einheit der Kirchen lasse sich der Ausschluss von Frauen aus verschiedenen kirchlichen Tätigkeitsfeldern nicht mehr mit der ökumenisch konturierten Inklusionsprogrammatik vereinbaren. Wie sich innerhalb der religiösen Kommunikation Sinnverschiebungen ergeben können, zeigte *Rainer Schützzeichel* (Hagen) am Beispiel der Veränderungen der Seelsorge auf. Mit der Professionalisierung der Seelsorge im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert würden innerhalb der breiten Phalanx unterschiedlicher Seelsorgekonzepte die genuin auf Glaubensprobleme konzentrierten Ansätze zugunsten von allgemeinen lebensberatenden oder psychotherapeutischen Ansätzen mehr und mehr an den Rand gedrängt. Dies müsse nicht zu einer

religiösen Sinnentleerung der Seelsorge führen, aber die Sinnsetzungs- und Thematisierungsdominanz in der Seelsorge sei eindeutig von den Seelsorgern an die Seelsorgenachfrager übergegangen. *Winfried Gebhardt* (Koblenz-Landau) betonte in seinem Vortrag über die ›Selbstermächtigung des religiösen Subjekts‹ ebenso, dass das religiöse Feld wohl der einzige gesellschaftliche Bereich moderner Gesellschaften sei, in welchem das Subjekt in gewisser Weise ein ›Experte seiner selbst‹ sei. Diesseits und jenseits der Institutionen sei das religiöse Feld ein experimenteller Raum geworden für die unterschiedlichsten religiösen Praktiken wie Überzeugungen der Individuen, die mit einer hohen Deutungshoheit agieren könnten.

Mit dem Politiker als ›Repräsentanten des Gemeinwesens‹ setzte sich *Ronald Hitzler* (Dortmund) auseinander. Das Handeln der Politiker hat, so Hitzler, jenseits aller politischen Zielsetzungen und Interessen auch immer eine symbolische Funktion. Der Politiker fungiere als ein Mittler zu dem die alltägliche Erfahrung transzendierenden Bereich der Repräsentation von legitimen Ordnungsvorstellungen sozialer und politischer Kollektiva und verweise so sinnstiftend wie sinnverbürgend auf den außeralltäglichen Wirklichkeitsbereich der politischen Imaginationen. Die Tagung wurde abgerundet durch einen Abendvortrag des griechischen Soziologen *Stelios Chiotakis* zum Thema ›Polytheismus der Werte und der Einfluss der Christlich-Orthodoxen Sinnstiftung auf die sozialen und politischen Entwicklungen in Griechenland.

Sinnstiftung als Beruf? Die Tagung machte auf die vielfältigen Mechanismen aufmerksam, in welchen Professionen und andere Berufsgruppen ›Sinnarbeit‹ verrichten. Als ein erstes Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Praxis dieser Gruppen in einem hohen Maße, wenn nicht sogar ausschließlich eine Praxis im Medium von Sinn ist. Sie verrichten symbolische Arbeit. Dabei sind, wie von einigen Vorträgen ausführlich beschrieben, Prozesse der Bewahrung und Verbürgung, der Vermittlung, der Verschiebung und Einklammerung und schließlich auch der Stiftung von Sinn zu unterscheiden. Diese Gruppen sind – und dies ist ein weiteres Ergebnis der Diskussionen – zudem mit ganz unterschiedlichen Sinndimensionen konfrontiert, von denen die folgenden wohl in besonderer Weise signifikant sind: Der ›Sinn der Professionen‹, also die Sinndimension, die konstitutiv für ihren Tätigkeitsbereich ist, der ›subjektive Sinn‹, also die Erwartungen ihrer Klienten, Patienten, Mandanten oder allgemein ihrer Bezugsgruppen, und drittens die Sinndimensionen des Milieus, in dem sie ihre Tätigkeiten verrichten.

Rainer Schützeichel

Sektion Umweltsoziologie

Deutsch-russisches Symposium zur Umweltsoziologie

Die Sektion Umweltsoziologie führte in den letzten Jahren eine Reihe bilateraler Treffen mit Kollegen aus verschiedenen Ländern durch. Dazu zählen durchgeführte Symposia mit Vertretern der französischen (2004), niederländischen (2005) und der spanischen Umweltsoziologie (2006). Das erste Treffen mit geografischer Orientierung nach Osten sollte im Jahre 2008 in Moskau stattfinden und wurde von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) gefördert. Unter dem Thema »Umweltsoziologie und die Schnittstellen von Natur und Gesellschaft. Ein russisch-deutscher Austausch über die Folgen des gesellschaftlichen Wandels für die Umwelt« fand zwischen dem 28. bis 30. September 2008 das erste deutsch-russische Symposium zur Umweltsoziologie an der berühmten Lomonossow Universität in Moskau statt. Neben den Antragstellern (*Jens Jetzkowitz* und *Matthias Groß*) nahmen auf deutscher Seite *Gottbard Bechmann* (ITAS Karlsruhe), *Rüdiger Mautz* (SOFI Göttingen), *Fritz Reusswig* (PIK Postdam), *Jana Rückert-John* (Uni Hohenheim), *Magda Sawicka* (ZALF Müncheberg) und *Sabine Weiland* (Universität Hamburg) an diesem Austausch teil. Häufige Terminverschiebungen, Unsicherheiten mit den Kooperationspartnern vor Ort und andere Unwägbarkeiten in der Vorbereitung dieser Tagung werden den Beteiligten sicher noch lange in Erinnerung bleiben. Sie sind aber, so ließen wir uns von Russland erfahrenen Wissenschaftlern anderer Disziplinen versichern, der Normalfall in der Kooperation mit russischen Wissenschaftlern.

Zu den inhaltlichen Themen unseres Symposiums Ende September 2008 lassen sich aus deutscher Perspektive die Ergebnisse der Tagung entlang von zwei Leitfragen zusammenfassen: (1.) Wo liegen inhaltliche und/oder methodische Differenzen im Umgang mit den Themenfeldern der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung? (2.) Wo liegen inhaltliche und methodische Anknüpfungspunkte für kooperative Projekte, und welches sind gangbare Wege, um solche Projekte zu realisieren?

1. Beobachtungen zu inhaltlichen und methodischen Differenzen im Umgang mit den Themenfeldern der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung

Die folgenden Aussagen sind den Diskussionen und Gesprächen mit den russischen Kolleginnen und Kollegen entnommen.

Umweltsoziologie in Russland

Inwieweit Umweltsoziologie in Russland institutionalisiert ist, lässt sich nur schwer sagen. Zum einen wird in Russland meist nicht von Umweltsoziologie, sondern zuerst von »ökologischer Soziologie« gesprochen, da der Umweltbegriff im russischen zu breit angelegt sei. Je nachdem, mit wem man gesprochen hatte, existiert eine Umweltsoziologie (ökologische Soziologie) in Russland überhaupt nicht, oder es wurde behauptet, sie sei mit 40-50 Mitgliedern auch auf den wichtigen russischen Soziologietagungen vertreten. Verlässliche, im Sinne von eindeutigen Informationen dazu konnten wir bis jetzt nicht herausfinden. Es scheint aber so zu sein, dass auf den allgemeinen Soziologiekongressen der verschiedenen, miteinander konkurrierenden soziologischen Vereinigungen Russlands immer wieder auch Wissenschaftler unter dem Label »Umweltsoziologie« zusammen finden. Eine offizielle umweltsoziologische Wissenschaftsvereinigung existiert bis jetzt noch nicht. Die soziologischen Aspekte von ökologischen Problemen moderner Gesellschaft und von nachhaltiger Gesellschaftsentwicklung werden vor allem in den Disziplinen Geographie, der Politikwissenschaft und in der Wissenschafts- und Technikphilosophie thematisiert. Eine breite Institutionalisierung des Faches Umweltsoziologie an Universitäten wird jedoch lediglich als eine Frage der Zeit betrachtet. Notabene erhoffen sich die deutschen Kollegen Gleiches auch an den deutschen Hochschulen.

Das Interesse an umweltsoziologischen Fragen und Problemen ist in Russland – wie zum großen Teil auch in der westlichen Soziologie – aus der Beschäftigung mit Fragen der Stadt- und der Technikentwicklung entstanden. Anders als im Westen wurde vor 1990 keine öffentliche Kritik an der russischen Industriegesellschaft artikuliert. Laut Dialektischem Materialismus war in der sozialistischen Gesellschaft die Entfremdung von der Natur überwunden. Umweltprobleme konnten also, der Theorie zufolge, nur in kapitalistischen Gesellschaften entstehen. Zwar gab es in den 1940er und 1950er Jahren im sowjetischen Bildungssystem die Tendenz, der Natur einen eigenen Wert zuzuschreiben. Diese brachten sich im Schulfach »Liebe zur Natur« oder in der heute noch existierenden populärwissenschaftlichen Monatszeitschrift »Der junge Naturalist«, zum Ausdruck. Solche Tendenzen wurden aber im Zuge der Totalisierung der Sowjetideologie unterbunden. So hat der Reaktorunfall in Tschernobyl im Jahr 1986 in der Sowjetunion keinen Einfluss auf die öffentliche Thematisierung von Natur-Gesellschafts-Schnittstellen gehabt, sondern allenfalls Forschern individuell die Probleme des Dialektischen Materialismus und der Naturbezüge der Sowjetunion vor Augen geführt.

Technikanwendung als Schwerpunktthema

Die Anwendung von Technik gilt bis in die Gegenwart als die zentrale Schnittstelle von Natur und Gesellschaft. Die traditionelle Unterscheidung, die Technik als gesellschaftlichen Aspekt der Transformation von Natur in Kultur konzipiert, wird kritisiert; dem entgegen wird – mit Verweis auf russische Technikphilosophen – eine eigenständige Techniksphäre angenommen, an die sich menschliches Bewusstsein faktisch anpasst und auch anpassen muss. In diesen wie auch in anderen Argumentationen scheinen Varianten des klassischen Basis-Überbau-Modells zum Ausdruck zu kommen: Wenn im russischen Kontext die Bedingtheit des Wissens thematisiert wird, ist vor allem eine Bedingtheit durch die materiellen Gegebenheiten gemeint.

Naturbilder und die Theorie von Natur-Gesellschafts-Schnittstellen

Die in der russischen Gesellschaft typischen Naturbilder betonen den nutzenorientierten Umgang mit Natur. Dass der Natur ein Eigenwert zukommt, kann als westlicher Mystizismus abgetan werden, der insbesondere im Faschismus Unheil über die Welt gebracht hat. Kritisch gesehen wird, dass der nutzen-orientierte Umgang mit Natur in Russland keine ästhetischen Werte der unberührten, nicht verschmutzten Natur zur Geltung gebracht hat. Theorien zu Natur-Gesellschafts-Schnittstellen sind in der Sowjetunion aus zwei Gründen nicht entwickelt worden. Zum einen wurde – wie am Beispiel von Tschernobyl oben bereits deutlich wurde – das Scheitern von Technik nicht öffentlich thematisiert. Zum anderen ließ der »technokratische Hochmut«, demzufolge die realen Naturbedingungen gegenüber der Theorie nachrangig seien, keine interdisziplinären Berührungspunkte zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften plausibel erscheinen. Die Sozialwissenschaften waren in der Sowjetunion ehemals nur wenig entwickelt. Der erste Lehrstuhl für Soziologie wurde erst 1987 an der Bauman-Universität (Staatliche Technische Universität Moskau) eingerichtet.

Der nutzen-orientierten Vorstellung von Natur entspricht, dass heute so genannte postmaterielle Wertorientierungen in Russland kaum vorhanden sind. Im Umgang mit der Natur stehen materielle und auf Ressourcennutzung und Konsum angelegte Fragen uneingeschränkt im Vordergrund.

Fläche und Raum

Wir vermuteten bereits im Vorfeld, dass Fläche und Raum in Deutschland und Russland sehr unterschiedlich bewertet würden. Eindrucksvoll bestätigt hat sich dies im Anschluss an die deutsche Thematisierung der so genannten Megasites, also großräumig mit Schadstoffen kontaminierte In-

dustrieflächen. In der russischen Öffentlichkeit würden kontaminierte Flächen kein Problem darstellen, weil in der russischen Vorstellungswelt die Gesellschaft über genügend Fläche verfüge, um den verschmutzten Gebieten auszuweichen. Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang auch, dass viele Umweltverschmutzungen und andere ökologische Probleme nicht zum Gegenstand des gesellschaftlichen Diskurses gehören, weil es keine oder nicht genügend kritische Öffentlichkeit gebe. Die ökologischen Folgen des Gezeitenkraftwerks in Kislaya Bay sind z.B. lange nicht zur Sprache gekommen, weil in der Region, die etwa so groß ist wie das Bundesland Hessen, gerade einmal fünf Menschen leben.

Ressourcenverfügung statt Konsumkritik

Während in der deutschen Diskussion – sowohl in der positionell argumentierenden als auch in der soziologisch reflektierenden – Fragen des Konsums und der Überproduktion thematisiert werden, sind diese in Russland kein Thema. Hier wird im Wesentlichen in den Kategorien »Ressourcen« und »Verwendbarkeit von Ressourcen« gedacht. Umweltkonflikte werden ausschließlich als Konflikte um Ressourcen konzeptualisiert. Das gilt nicht nur in nationalen, sondern auch in internationalen Zusammenhängen. Hier wurden in den Diskussionen auf dem Symposium die geopolitischen Ambitionen Russlands und die Uneinigkeit innerhalb der russischen Vertreter der Umweltsoziologie deutlich spürbar. Das Konzept von Ökosystemdienstleistungen wird von russischer Seite zum Anlass für die Frage genommen, wer Russland denn für die Vorhaltung von Biodiversität oder CO₂-Senken bezahlt. Eine weltweite Wasserkrise wird als Chance für Russlands Wirtschaft erörtert, weil das Land nahezu unbegrenzt über Wasser verfügt und dieser Rohstoff kaum in Mengen transportiert werden kann, die für die Produktion von Agrar- und Industriegütern benötigt werden. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung könne zwar in Russland aufgrund seiner positiven Normativität Wirkungen entfalten. Derzeit sei er aber ebenso erschöpft wie der Begriff der Globalisierung. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass Russland seine Wirtschaft auch mittelfristig ressourcen- und nicht innovationsorientiert entwickeln wird.

2. Anknüpfungspunkte für kooperative Projekte

Die Unterschiede in zahlreichen Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern von Natur-Gesellschafts-Schnittstellen konzentrieren derzeit die Suche nach inhaltlichen Anknüpfungspunkten für kooperative Projekte auf we-

nige Bereiche. Neben dem Themenfeld »Technik«, das in Kooperation der Lomonossow Universität mit der Universität Karlsruhe und dem Institut für Technikfolgenabschätzung Karlsruhe (ITAS) bereits bearbeitet wird, lassen sich vor allem Fragen nach dem Schutz von Biodiversität und von Gewässern als weitere Themenfelder identifizieren. Die Orientierung der russischen Wirtschaft auf die Verwertung vorhandener Ressourcen macht überdies die Diskussionen über Ökosystemdienstleistungen (*ecosystem services*) zu einem attraktiven Ausgangspunkt, um sich mit den gesellschaftlichen Aspekten ökologischer Probleme bzw. nachhaltiger Gesellschaftsentwicklung auf nationaler wie internationaler Ebene zu befassen. Dieses Konzept bringt die von russischer Seite geforderte »positive Normativität« mit und verspricht, Fragen der nachhaltigen Entwicklung mit der Globalisierungsdiskussion zu verbinden. Eine wichtige Forschungsfrage könnte in diesem Zusammenhang sein, ob bereits in Russland finanzielle Anreize für die Erreichung von Umweltzielen und die Lösung von Umweltkonflikten eingesetzt werden bzw. in welchem Ausmaß dies geschieht. Unklar ist dabei, ob sich mit der Entstehung einer breiten russischen Mittelschicht auch postmaterielle Wertorientierungen etablieren, die in bürgerschaftlichem Engagement und zivilgesellschaftlichen Initiativen auch auf die Erhaltung und die Gestaltung von Ökosystemen Einfluss nehmen.

Weitere Kooperationen werden sich in Auseinandersetzung mit solchen Themenfeldern entwickeln müssen, bis sich die Beschäftigung mit ökologischen Problemen auch in der russischen Soziologie etabliert hat. Der Diskussion methodischer Fragen fehlt bis dahin ihre Relevanz.

Bereits vor Ort überlegten wir einen Anschlussworkshop im Geiste des Symposiums in Moskau in Deutschland zu organisieren. Nach den vielen Treffen im nicht-deutschsprachigen Ausland, ist für 2010 ein Austauschtreffen der Sektion gemeinsam mit österreichischen und schweizerischen Umweltsoziologen geplant. Das Treffen wird im Frühjahr oder Sommer 2010 an der Universität Hohenheim stattfinden.

Jens Jetzkowitz, Matthias Groß

Sektion Wirtschaftssoziologie

Jahresbericht für 2008

1. Jahrestagung der Sektion und Mitgliederversammlungen

Jahrestagung 2008

Am 18. und 19. Februar fand die Jahrestagung mit dem Titel »Theoretische Ansätze der Wirtschaftssoziologie« im Harnack-Haus (Berlin-Dahlem) statt. In verschiedenen Vortragsblöcken wurden zunächst »theoretische Perspektiven« wie das Konzept der Embeddedness, dann institutionentheoretische, tauschtheoretische und anerkennungstheoretische Ansätze sowie die *Économie des conventions* vorgestellt. In einer zweiten Session wurden Macht, Charisma und Feld als Konzepte verhandelt. Die folgende Session widmete sich den Fragen nach der theoretischen Analyse der Transformationsphänomene des Kapitalismus. Insgesamt wurden 12 Vorträge gehalten, die Tagung war mit über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht. Das Programm der Sektionstagung und die Vortragspapers finden sich auf den Webseiten der Tagung (www.mpi-fg-koeln.mpg.de/wirtschaftssoziologie-0802/).

Mitgliederversammlungen 2008

Am 18. Februar fand – im Rahmen der Jahrestagung – die erste Mitgliederversammlung für 2008 statt. Am Anfang der Sitzung wurde dem am 31.10.07 verstorbenen Gründer der Sektion *Karl-Heinz Hillmann* gedacht und ein Nachruf von *Helmut Voelzkow* verlesen. Anschließend stellte der Vorstand seine Aktivitäten des letzten Jahres vor. Das waren: die Organisation und Durchführung der Tagung »Die soziale Einbettung der Wirtschaft« am MPIfG in Köln (Jahrestagung im Februar 2007), der Aufbau und die Weiterentwicklung der Webpage der Sektion, die Vorbereitung der Jahrestagung 2008, die Vorbereitung der Plenarveranstaltung und der beiden Sektionsveranstaltungen für den Soziologiekongress in Jena, die weitere Aktualisierung der Mitgliederliste, die Organisation der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen sowie drei Vorstandssitzungen in Berlin (siehe Jahresbericht 2007 in SOZIOLOGIE 3/2008).

Weiter wurde der letzte offene Punkt der Satzung der Sektion diskutiert: nämlich wie bei Rücktritt von Vorstandsmitgliedern zu verfahren ist. Ein Vorschlag wurde besprochen und nach Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung ein Passus dafür in die Satzung (siehe §7(3) und

§7(4)) aufgenommen. Die Einrichtung eines Preises der Sektion wurde nun beschlossen. Dieser heißt fortan »Karl-Polanyi-Preis der Sektion Wirtschaftssoziologie« und er sollte zum ersten Mal auf dem 34. Soziologiekongress verliehen werden.

Auf dieser Mitgliederversammlung wurde dann die Planung der Jahrestagung 2009 besprochen, die gemeinsam mit der AG Konsumsoziologie und dem MPI für Gesellschaftsforschung veranstaltet wird. Auch diese Jahrestagung wird wieder im Harnack-Haus stattfinden. Titel der Jahrestagung ist »Die Ökonomie des Konsums – der Konsum der Ökonomie«. Der cfp ist in der SOZIOLOGIE 4/2008 veröffentlicht worden (siehe auch: http://wirtsoz-dgs.mpifg.de/dokumente/cfp_wirtsoz_konsum_2009.pdf).

Eine weitere Mitgliederversammlung fand im Rahmen des Soziologiekongresses in Jena statt. Hier wurden die neueren Vorstandsaktivitäten, die weiteren Entwicklungen der Mitgliederzahlen, die finanzielle Situation der Sektion vorgestellt. Für die Jahrestagung 2010 wurden erste Themenvorschläge gesammelt und besprochen. Die satzungsgemäße Durchführung der Neuwahl des Vorstandes der Sektion wurde diskutiert, die Art der Durchführung festgelegt und ein Wahlleiter bestimmt. Die Aktualisierung der Webpage sowie der Kassenbericht wurden vorgestellt.

2. Weitere Aktivitäten des Vorstandes

Die Angebote auf der Webseite der Sektion wurden Laufe des Jahres 2008 erweitert, insbesondere um Paper Libraries zu den verschiedenen Jahrestagungen und den Veranstaltungen der Sektion auf dem Soziologiekongress in Jena.

Nach der Aktualisierung der Mitgliederliste und weiteren Neueintritten waren Ende 2008 über 100 Personen Mitglied der Sektion. Die Informationen zur Mitgliedschaft sowie ein Antragsformular finden sich auf der Homepage der Sektion (<http://wirtsoz-dgs.mpifg.de/index.html>).

Vorstandssitzungen

Nach der Mitgliederversammlung im Februar und im Rahmen des Soziologiekongresses im Oktober fanden Vorstandssitzungen statt, die der Vorbereitung des kommenden Soziologiekongresses und der Jahrestagung 2009 bzw. den Vorstandswahlen und der Mitgliederversammlung auf dem Soziologiekongress dienten.

Vorbereitung Jahrestagung 2009

Im Februar 2008 wurde im Anschluss an die Jahrestagung 2008 die Kooperation mit der AG Konsumsoziologie zum Anlass genommen, eine gemeinsame Tagung für den Herbst 2009 zu planen (siehe oben). Die Materialien zur Jahrestagung 2009 (Tagungsprogramm und Vortragspapiere) finden sich auf der Homepage der Sektion (link s.o.).

Vorbereitung und Durchführung der Sektionsveranstaltungen auf dem 34. Soziologiekongress in Jena

Nachdem die Inhalte der zu planenden Sektionsveranstaltungen auf der Mitgliederversammlung im Februar diskutiert worden waren, arbeitete der Vorstand die cfps für zwei Sektionsveranstaltungen (»Unsicherheit auf Märkten« und »Aktuelle wirtschaftssoziologische Forschung«) aus und organisierte die Auswahl der Referentinnen und Referenten. Vor dem Kongress wurde eine Paper Library eingerichtet. Zudem wurde ein Plenum »Uncertain exchanges. Innovation, stability and the societal repercussions of contemporary capitalism« veranstaltet, auf dem Wolfgang Streeck, Patrick Le Galès, Christoph Deutschmann und Jens Beckert vortrugen und diskutierten. Darüber hinaus wurde erstmalig ein Empfang der Sektion veranstaltet. Hier wurde der Karl-Polanyi-Preis verliehen und die Buchreihe »Wirtschaft und Gesellschaft« (im VS-Verlag) von Andrea Maurer und Uwe Schimank vorgestellt.

Auslobung und Verleihung des Karl-Polanyi-Preises 2008

Im Herbst 2007 erarbeitete der Vorstand ein Konzept für einen Preis der Sektion. 2008 wurde der Karl-Polanyi-Preis erstmalig ausgelobt (siehe SOZIOLOGIE 2/2008). Die Jury wurde von Christoph Deutschmann, Jochen Beyer und Richard Swedberg gebildet. Diese hatte die Aufgabe, die Preisträgerin bzw. den Preisträger zu ermitteln und die Auswahl in einer Laudatio zu begründen. Im Rahmen des Empfangs der Sektion Wirtschaftssoziologie wurde der Preis (dotiert mit 500,- €) an Patrik Aspers für den Aufsatz »Wissen und Bewertung auf Märkten« (aus Berliner Journal für Soziologie 4/2007) verliehen. Christoph Deutschmann hielt die Laudatio.

Neuwahl des Vorstands

Ende 2008 wurde der Vorstand der Sektion mit einem schriftlichen und geheimen Wahlverfahren neu gewählt. Es gab insgesamt sechs Kandidaten/innen für die vier zu wählenden Vorstandsmitglieder. Besonders erfreulich war die hohe Wahlbeteiligung von zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder. Der neue Vorstand besteht aus:

Prof. Dr. Jens Beckert (MPIInstitut für Gesellschaftsforschung Köln)

Prof. Dr. Rainer Diaz-Bone (Universität Luzern)

Prof. Dr. Andrea Maurer (Universität der Bundeswehr München)

Sophie Mützel, Ph.D. (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Der Vorstand hat seine Tätigkeit am 01.01.2009 angetreten.

Jens Beckert, Rainer Diaz-Bone, Sophie Mützel, Hajo Weber

(Vorstand der Sektion Wirtschaftssoziologie 2007-08)

Sektion Wissenssoziologie

Bericht aus 2008 und Ausblick auf 2009

Mit insgesamt *acht* qualitativ wie quantitativ erfolgreichen Veranstaltungen war im zurückliegenden Jahr das Tagungsprogramm der Sektion Wissenssoziologie außerordentlich dicht »gepackt«: Eine gemeinsame Frühjahrstagung der Sektionen Kultursoziologie und Wissenssoziologie zum Thema »Kanon und Innovation« wurde am 10. und 11. April 2008 an der Universität Koblenz von *Clemens Albrecht* und *Ronald Hitzler* verantwortet. *Marion Müller* und *Darius Zifonun* haben 15. und 16. Mai 2008 im Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) in Essen eine Tagung über »Ethnizität – Migration – Wissen. Wissenssoziologische Perspektiven auf ethnische Differenzierung und Migration« organisiert. *Anne Honer* und *Angelika Pofertl* haben am 26. und 27. Juni 2008 die 2. Fuldaer Feldarbeitstage der Sektion Wissenssoziologie und des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda zum Thema »lokal – global – multi-sited – transkulturell. Zur Ethnografie interkultureller Begegnungen« veranstaltet. Zwei Veranstaltungen der Sektion über »Irritierte Bestände – Umwertung und Entwertung von Wissen in der »Wissensgesellschaft«« (*Bernt Schnettler*) und zum Thema »Ein Bild trägt mehr als 1.000 Worte – Zur Transformation des Wissens durch die Visualisierung« (*Hubert Knoblauch* und *Jo Reichertz*) wurden beim 34. Kongress der DGS vom 6. bis 10. Oktober 2008 in Jena durchgeführt. Mit »Kommunikative Gattungen und soziale Formen – Theoretische Grundlagen, materiale Untersuchungen und gesellschaftsdiagnostische Analysen« waren die Teilnehmer eines von *Bernt Schnettler* und *Rainer Schützeichel* organisierten workshops am 06. und 07. November 2008 an der TU Berlin befasst. Und an der Universität Konstanz hat *Jochen Dreher* am

28. und 29. November 2008 einen workshop über »Angewandte Phänomenologie« und haben *Michael Müller* und *Jürgen Raab* am 11. und 12. Dezember 2008 eine interdisziplinäre und internationale Tagung über »Präsenz und Entzug der Bilder – Theoretische, methodische und praktische Herausforderungen sozial- und kulturwissenschaftlichen Bildverstehens« organisiert.

Das Veranstaltungsprogramm der Sektion für das laufende Jahr sieht zunächst eine gemeinsame internationale und interdisziplinäre Tagung der Sektionen Wissenssoziologie und Soziologie des Körpers und des Sports am 5. und 6. März 2009 an der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau (Pfalz), über »Körperwissen« vor, die von *Reiner Keller* und *Michael Meuser* verantwortet wird. In Vorbereitung sind außerdem eine von *Bernt Schnettler* organisierte Tagung an der Universität Bayreuth im Sommer und eine von *Norbert Schröer* organisierte Tagung an der Universität Duisburg-Essen im Herbst 2009.

Auch in 2008 sind zahlreiche *Monographien, Sammelbände und Sammelwerke* von Mitgliedern der Sektion veröffentlicht worden. Als für die Arbeit (in) der Sektion besonders zentral hervorzuheben sind darunter das beim UVK (Universitätsverlag Konstanz) erschienene, umfangreiche »Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung« und das beim VS (Verlag für Sozialwissenschaften) publizierte Sammelwerk »Phänomenologie und Soziologie«, das die gegenwärtige einschlägige Diskussion abbildet. Die Reihe »Klassiker der Wissenssoziologie« (UVK) wurde mit Bänden zu Michel Foucault, Erving Goffman und Claude Lévi-Strauss fortgesetzt. Und beim VS wurden zwei neue Buchreihen zur Diskursforschung und eine neue Reihe »Wissen und Gesellschaft« auf den Weg gebracht.

Im Laufe des Jahres 2008 sind der Sektion Wissenssoziologie 35 neue, vorwiegend jüngere Kolleginnen und Kollegen beigetreten. Damit hat die Sektion derzeit deutlich über 200 Mitglieder. Neben den sieben bereits seit längerer Zeit institutionalisierten Arbeitskreisen (Diskursanalyse, Phänomenologie, Ethnografie, Visuelle Soziologie, Expertenwissen, Qualitative Organisationsanalyse und Polizieren) wird derzeit ein weiterer organisatorisch vorbereitet. Die ordentliche Mitgliederversammlung 2008 der Sektion wurde am 8. Oktober im Rahmen des DGS-Kongresses in Jena abgehalten.

Als *Mitglieder des Vorstands* der Sektion für 2009-2010 gewählt worden sind *Gabriela Christmann* (Erkner/Berlin), *Ronald Hitzler* (Vorsitzender, Dortmund), *Anne Honer* (Fulda), *Reiner Keller* (Landau), *Bernt Schnettler* (Bayreuth) und *Rainer Schützeichel* (Hagen).

Ronald Hitzler (für den Vorstand)

*Tagungsbericht »Kommunikative Gattungen und soziale Formen«,
6. bis 7. November 2008, TU Berlin*

Die Sektion Wissenssoziologie veranstaltete in Kooperation mit dem Fachgebiet Allgemeine Soziologie und Theorie Moderner Gesellschaften des Instituts für Soziologie an der TU Berlin Anfang November in Berlin einen Workshop, der von *Bernt Schnettler* und *Rainer Schützeichel* mit Blick auf eine breite Debatte der Gattungsanalyse vorbereitet worden war.

Das vorrangige Ziel der diskussionsorientierten Veranstaltung bestand in der Weiterentwicklung der soziologischen Gattungsanalyse, zu der in methodischer wie theoretischer Hinsicht wesentliche Impulse gesetzt wurden. Diskutiert wurden drei miteinander verbundene, auf verschiedene Problemdimensionen bezogene Aspekte: Dazu gehörten neben (1) den Grundlagen einer Theorie kommunikativer Gattungen (2) methodische und materiale Fragen der Gattungsforschung sowie (3) das sozial- und gesellschaftstheoretische Potenzial der Gattungsanalyse, wie *Bernt Schnettler* (Madrid/Berlin) einleitend skizzierte. Insbesondere sollte die Gattungsanalyse in Dialog mit anderen Theorietraditionen gebracht werden.

Im Einführungsvortrag rekapitulierte *Hubert Knoblauch* (Berlin) die Entwicklung der Gattungsanalyse vor ihrem Entstehungshintergrund der Theorie der gesellschaftlichen Konstruktion und anschließenden soziolinguistischen Untersuchungen. Kommunikationsgattungen sind weitaus mehr als lediglich eine Methode der soziologischen Kommunikationsforschung. Knoblauch differenzierte insgesamt fünf Dimensionen, die vom Konzept kommunikativer Gattungen umschlossen werden: Es beinhaltet ein methodisches Konzept zur Analyse längerer Interaktionssequenzen, ein sozialtheoretisches Konzept der Handlungstheorie, ein methodisches Konzept zur Analyse von Wissensvermittlungsprozessen, ist Teil einer Theorie der kommunikativen Konstruktion der Wirklichkeit und tritt schließlich in zeitdiagnostischer Hinsicht in Gestalt der These einer »Geschwätzigen Gesellschaft« auf. Diese Vielfalt sichert Anschlussmöglichkeiten auf zahlreichen Ebenen, ist aber sicherlich ebenso eine mögliche Ursache für die bisherigen Rezeptionshindernisse.

Im Anschluss wurden empirische Fragen der Gattungsforschung thematisiert. *Michaela Pfadenbauer* (Karlsruhe) stellte die Frage, ob die Gattungsanalyse sich auf die »Reklamation von Internet-Bestellungen« anwenden lasse. Reklamation meint hierbei jeden Anlass, der beim Konsumenten Kommunikationsbedarf produziert. Die Kunden sind häufig mit unpersönlichen Internetformularen und Hotlines konfrontiert und wissen

nicht, wer ihr Adressat in diesem Zusammenhang ist. Pfadenhauer präsentierte verschiedene Probleme, die bei der Anwendung der Gattungsanalyse auf diesen Fall auftreten: Die Schriftlichkeit der Kommunikation, welche im Gegensatz zu den üblicherweise untersuchten Gattungen einseitig und mittelbar verläuft; das Problem der Unvollständigkeit – häufig fehlen etwa Aufzeichnungen von Telefongesprächen – und das grundlegende Problem der Homologie: Ist die face-to-face Reklamation z.B. in einem Geschäft vergleichbar mit Online-Beschwerden? Das anlaufende Forschungsprojekt soll unter anderem klären, ob von *einer* Gattung zu sprechen ist und wie man die Gattungsanalyse auf technisch vermittelte Interaktionen anwenden kann.

Carsten Heinze (Hamburg) befasste sich mit dem Genre der »Autobiographie« als kommunikativer Form der Selbstpräsentation. In der langen Tradition des Biographisierens und Erinnerns hat sich mit der Autobiographie eine Gattung herausgebildet, die als konstruktives und selektives Selbstbeschreibungssystem funktioniert. Heinze nimmt vor allem Autobiographien von Schriftstellern in den Blick. Bei der Analyse dieser als Gattung stellt sich nun das Problem, wie der Leser in den Blick genommen werden kann. Heinze schlägt vor, anhand des Paratext-Konzepts von Genette die Titelbilder, Klappentexte, Vorwörter und sonstigen Beiwerke und Elemente zu untersuchen, da diese bereits vor dem Lesen wirksam werden und möglicherweise Rezeptionsmöglichkeiten vorgeben.

Gegenstand des Beitrags von *Regine Herbrink* (Konstanz/Berlin) war das Sprechen im (Rollen-)Spiel. Mit Bezug auf Plessners »kategorischen Konjunktiv« und Isers »Beschreibung des Imaginären« zeigte sie, wie Rollenspieler durch das »Storytelling«, das Spielen von Rollen und die Anwendung eines Regelsystems kommunikativ eine gemeinsame Vorstellungswelt herstellen. Herbrink präsentierte anhand von Videomaterial die spezifischen Formen der hier verwendeten Kommunikation und zeigte, wie sich die Spieler hierbei selbst irrealisieren und gleichzeitig ihren Möglichkeitsraum über die Alltagswelt hinaus erweitern. Allerdings findet in Pen & Paper-Rollenspielen, so Herbrink, keine Verdichtung auf eine Gattung statt, vielmehr ist ein heterogenes Ensemble verschiedener Kommunikationsmodi vorfindbar.

Die Thesen von *Vera Slupik* (Berlin) zur Veränderung der wohluntersuchten Klatschgattung durch die neuen elektronischen Kommunikationsmedien richteten sich auf Überlegungen zu einer noch zu leistenden gattungsanalytischen Studie zum Thema, die neben der mündlichen Gattungsvorlagen ebenso in diesem Medium einspielende Abwandlungen von Schriftgattungen in Rechnung stellen müsste, wie etwa das Tagebuch.

Olaf Kranz und *Nora Schmidt* (Halle) referierten über die Bedeutung von Formaten der Interaktion in der Kunstbetrachtung am Beispiel von Straßenkunstwerken. Illustriert wurde dies mit Video und Bildmaterial von Street Art aus New York und Berlin. Mit systemtheoretischem Blick untersuchten sie, wie Kunstwerke als solche wahrgenommen werden. Street Art spielt mit »kompliziert hergestellter Einfachheit« und verursacht einen unvermittelten Kontextwechsel. Interessant sei hierbei die Unwahrscheinlichkeit, dass die Betrachter einen Kontextwechsel vollziehen und sich als Kunstbetrachter konzipieren.

Am zweiten Tag des Workshops führten theoretisch angelegte Vorträge zu einer angeregten Debatte über die gesellschafts- und sozialtheoretische Relevanz der Gattungstheorie und über Anknüpfungspunkte an andere Theorietraditionen. Der Ausgangspunkt von *Martin Endreß* (Wuppertal) war die in der »Gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit« entwickelte Dialektik und ihre Umsetzung in der Gattungstheorie: Gattungen erzeugen rekursiv Kontexte und sind auch durch diese bestimmt. Ähnlich dem Habitusbegriff (Bourdieu) fungieren sie hier als sozialtheoretisches Basiskonzept. Endreß entwickelte ausgehend von der Außenstruktur der Gattung fünf Ansatzpunkte hierfür: (1) Gattungen dienen in funktionaler Hinsicht zur Bewältigung von Handlungsproblemen und zur Entlastung der Akteure; sie haben (2) eine infrastrukturelle Bedeutung und sind Elemente des kommunikativen Haushaltes; sie sind (3) Element von sozialer Ungleichheit, da sie statusanzeigend wirken und an Ressourcen gebunden sind; Gattungen bilden (4) eine institutionelle Spezifik und haben somit eine differenzierungsanalytische Dimension und können (5) emergenzanalytisch als Bindeglied zwischen Kultur und Sozialstruktur verstanden werden. Zentral für die Beantwortung der Frage nach der Relevanz der Gattungsanalyse für die Theorieentwicklung ist für Endreß eine Unterscheidung zwischen Forschungspragmatik und Theorieperspektive, denn die Trennung von Innen- und Außenstruktur sei zwar forschungspragmatisch sinnvoll, führe in der Theoriedebatte aber zu unbeabsichtigten Dualismen.

Joachim Renn (Erfurt) setze sich kritisch mit den Grundintentionen der Gattungstheorie auseinander und formulierte damit einen höchst anregenden Beitrag, der als Herausforderung dialektisch zur weiteren Schärfung des Theorieprofils der Gattungstheorie dienen kann. Renn unterschied zwischen der Gattungsanalyse als beschreibender Konstruktion 2. Ordnung und der subjektiven Perspektive der Akteure. Zentrales Problem der Gattungsanalyse sei, dass von einem subjektivistischen Modell ausgehend kein wissenssozio-

logisches Analogon zu den makrotheoretischen Ansätzen einer Sozialtheorie entwickelt werden könne. Das zentrale Problem, das bereits Schütz identifizierte, liege in der Frage der Intersubjektivität begründet. Eine anthropologische Herangehensweise ändere an dieser Problematik nichts, denn ihre Erkenntnis, dass Institutionen notwendig sind, kann die konkreten Ausgestaltungen nicht erklären. Offen bleibe damit die Frage, wie viele verschiedene Formen der Realisierung zu einer Gattung zugeordnet werden können. Neben einem diagnostizierten Zirkularitätsproblem – der Identifikation eines bestimmten Musters von Merkmalen als Gattung vor dem Hintergrund eines schon vorhandenen Gattungswissens –, wiegt vor allem der Vorwurf der logischen Probleme der Gattungsanalyse besonders schwer. Allerdings erweisen diese sich als weniger dramatisch, wenn man statt der angelegten epistemologischen eine sozialpragmatische Perspektive einnimmt. Erkenntnistheoretische mögen »Zirkularität« und Inkonsistenz Ärgernisse sein, alltagsweltlich sind sie eher der Normalfall unserer Wissensbestände. Dennoch wird sich die Gattungstheorie im eigenen Interesse mit der Kritik Renns intensiv weiter befassen müssen.

Boris Traue (Berlin) lotete in seinem Beitrag die Berührungspunkte zwischen Gattungs- und Diskursanalyse aus und stellte dabei den Dispositivbegriff in den Mittelpunkt. Dieser hat wie der Gattungsbegriff auch verschiedene Dimensionen: Dispositive sind (1) Grundvoraussetzungen und Infrastruktur für Kommunikation, (2) Antworten auf gesellschaftliche Probleme, (3) tauchen in variablen Verwendungszusammenhängen auf und (4) wirken als normative Handlungsprogramme. Die Dispositivanalyse arbeitet empirisch vorwiegend mit Ratgeberliteratur, Lehrbüchern etc. und zeigt, wie Kommunikation ermöglicht wird und wie in Kombination mit ihr Wirkungen auf Subjekte hergestellt werden. Gattungsanalyse und Dispositivanalyse können sich gegenseitig ergänzen: Dispositive können das Verhältnis der Gattungen zur Außen- und Sozialstruktur verdeutlichen, während die Gattungsanalyse die kommunikative Verfestigung der Dispositive und die Relevanz für die Akteure nachweisen kann. Beide Konzepte setzen bei lokalen Sinn- und Strukturbildungen an, wobei das sprichwörtliche Wuchern der Dispositive hingegen vermutlich als sozialtechnologische Kehrseite einer »geschwätzigen Gesellschaft« angesehen werden müsse, wie Traue hervorhob.

Ingesamt betrachtet wurde im Rahmen des Workshops klar, dass die Gattungsanalyse ein empirisch bewährtes Konzept mit bislang noch nicht ausgeschöpftem sozialtheoretischem Potential darstellt. Trotz der erkannten und thematisierten Probleme zeigte sich deutlich, wo Anschlussmög-

lichkeiten zu anderen Theorierichtungen bestehen und vor allem, dass eine Ausweitung des Konzepts hin zu sozialen Formen eine notwendige und vielversprechende Grundlage für eine umfassendere Theorie legen kann. *Schnettler* skizzierte dazu in seinen programmatischen Abschlussüberlegungen einen möglichen Weg von der Gattungsanalyse zur Analyse sozialer Formen. Eine Analyse sozialer Formen schließt an die Gattungsanalyse an, weitet indes deren konzeptuellen Fokus und unterstreicht die soziologische Theorierelevanz. Ein nicht-statischer Begriff der sozialen Form zielt letztlich auf das zentrale soziologische Erklärungsproblem, wie aus Handeln und Interaktion soziale Ordnung entsteht, ohne den Handelnden systematisch zu übergehen. Vielmehr muss eine solche Theorie notwendigerweise beim Subjekt beginnen und, das Goffmansche Problem der Kopplung von Interaktionsordnung und Sozialstruktur aufnehmend, die Bedeutsamkeit von Interaktionsdimension, lokalen Interaktionen und weiteren Strukturdimension miteinander konzeptuell verbinden.

Der Workshop hat gezeigt, dass die Gattungstheorie weitaus mehr ist als nur eine kommunikationssoziologische Methode. Auf einer starken Theoriegrundlage aufbauend und mit vielen Anschlussmöglichkeiten zu anderen Theorien bietet sie einen Ausgangspunkt für eine umfassendere Sozialtheorie. Die weiter zu führenden Debatten des Workshops haben zum einen das Potential der Gattungstheorie hervorgehoben, zum anderen eine Reihe von Fragen identifiziert, die nach weiterer Aufarbeitung und einer Fortsetzung der Debatte verlangen.

René Tuma

Arbeitsgruppe Netzwerkforschung

Im Oktober 2008 stimmten die Gremien dem Antrag auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe »Netzwerkforschung« innerhalb der DGS zu. Die Arbeitsgruppe hatte sich anlässlich einer Tagung in Frankfurt bereits 2007 konstituiert. Der Bericht setzt sich aus den folgenden Teilen zusammen: 1. Informationen zur Gründungsinitiative der AG-Netzwerkforschung, Berichte zu 2. der »Aufakttagung« in Frankfurt, 3. der Frühjahrstagung 2008 in Karlsruhe, 4. dem Symposium »Relational Sociology« an der Humboldt-Universität im Herbst 2008, 5. der Ad-hoc-Gruppe der AG beim Jenaer DGS Kongress und 6. den geplanten Aktivitäten für das Jahr 2009.

1. Initiative

In der Soziologie hat das Paradigma der Netzwerkforschung deutlich an Dynamik gewonnen. Unter dem Begriff »sozialer Netzwerke« wird sowohl die unterliegende Theorie als auch die empirische Analyse von Netzwerken verstanden. Das Netzwerkparadigma ist keineswegs in Eins zu setzen mit einer bestimmten theoretischen Ausrichtung oder gar mit einem bestimmten empirischen Zugang. So lässt sich von einer strukturalistischen Position ebenso Netzwerkforschung betreiben wie von der Position des Methodologischen Individualismus oder einer systemtheoretischen Position. Auch im Hinblick auf den empirischen Zugang stellt die Netzwerkanalyse keinesfalls eine Vorentscheidung für quantitative oder qualitative Sozialforschung dar. Das Paradigmatische der Netzwerkanalyse ist vielmehr darin zu sehen, dass sie mit dem Fokus auf die Struktur von Beziehungen eine vermittelnde Stellung einnimmt, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Sie kann problemlos zwischen Mikro- und Makroebene vermitteln; sie bringt vermeintlich disparate theoretische Aussagen in einen übergeordneten Zusammenhang (s.o.); die bisherigen netzwerkanalytischen Zugänge weisen nicht die oftmals übliche Kluft zwischen Theorie und Empirie auf; und sie bildet wie kaum ein zweites Paradigma eine Plattform interdisziplinären Austauschs, wobei der soziologischen Netzwerkforschung in begrifflicher, systematischer und analytischer Hinsicht eine grundlegende Funktion zukommt.

Eine Arbeitsgruppe wurde für den Austausch über und die Koordination von Aktivitäten in diesem Bereich als notwendig angesehen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es in diesem Feld zahlreiche Aktivitäten gibt, die Akteure aber kaum zusammen gefunden haben, weil es an einem organisatorischen Rahmen dafür fehlte. Bislang wurde das Programm der Netzwerkforschung vor allem im Bereich der Methoden aufgenommen, was sich öffentlich in Tagungen der Sektion Methoden und der Sektion Modellbildung und Simulation niederschlägt. Es wurden verschiedene Ad-Hoc-Gruppen auf den Kongressen der DGS ausgerichtet und die Relevanz der neuen Sichtweise wird durch das Aufgreifen des Themas von einer Reihe spezieller Soziologien sichtbar.

So erfreulich es ist, dass der Blickwinkel, der soziale Beziehungen direkt in die Analyse und Erklärung einbezieht, in verschiedenen »Subdisziplinen« aufgenommen wird, zeigt sich darin gleichzeitig auch das Dilemma, dass es an Möglichkeiten der Konsolidierung fehlt.

Die AG Netzwerkforschung möchte ein Forum innerhalb der Soziologie sein, welches die Möglichkeit bietet, quer zu den speziellen Soziologien

die Aktivitäten innerhalb des Bereiches »Netzwerkforschung« zu bündeln – im Sinne einer Matrixorganisation. Strukturell ähnliche Aufgaben nehmen die Sektion »Theorie« und die diversen »Methodensektionen« ebenfalls wahr.

2. Aufbruch in Frankfurt

Bericht über die Tagung »Ein neues Paradigma in der Sozialforschung: Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie« und die Initiative zur Gründung einer AG »Netzwerkforschung« (Organisation: Christian Stegbauer):

Zur Tagung am 27. und 28. September 2007 in Frankfurt konnten etwa 150 Teilnehmer über 50 Beiträge verfolgen. Damit handelte es sich um die größte Netzwerkkonferenz, die es je in deutscher Sprache gegeben hat. Die Ausgangswahrnehmung des Veranstalters vor der Konferenz war, dass es im deutschsprachigen Raum ein Defizit in der Analyse und Interpretation sozialer Netzwerke gibt. Auf der Tagung zeigte sich dann, dass es einen »Aufbruch« in der Netzwerkforschung gibt, es werden neue Erklärungen für alte Phänomene angeboten.

Inhaltlich reichten die Beiträge der Frankfurter Netzwerktagung von vorwiegend methodologisch geprägten bis hin zu sehr stark an Theorien orientierten Vorträgen. Beispielsweise wurden neue Möglichkeiten, Netzwerke zu erheben, dargestellt. Einige Teilnehmer präsentierten eigene Entwicklungen zur Auswertung und Visualisierung von Netzwerken. Weitere Schwerpunkte waren Anwendungen der Netzwerkforschung in Organisationen und in Verknüpfung mit neuen Medien. Es zeigte sich, dass die Netzwerkforschung in sehr vielen Feldern und Fachgebieten angewendet wird. Im Aufruf zur Tagung wurde darum gebeten, auch Papiere einzureichen, die explizit auf die die Netzwerkforschung begleitenden Theorien eingehen. Eine Reihe von netzwerktheoretischen Vorträgen konnten auf diese Weise gewonnen werden. Sehr prominent wurde dabei Harrison Whites radikal konstruktivistischer Strukturalismus aufgegriffen. Bei vielen Beiträgen, die sich im engeren Sinne mit Theorie beschäftigten, wurde ein spezifisch deutscher Zugang sichtbar: Es wurden die Formale Soziologie Simmels herausgehoben oder die Möglichkeiten erörtert, wie die Luhmann'sche Systemtheorie mit der Untersuchung von Netzwerken in Verbindung zu bringen ist. Mit der Einbeziehung dieser beiden Theorierichtungen ist das Potential aber noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Weitere vielversprechende Anknüpfungsmöglichkeiten für die Netzwerkforschung liegen noch brach und sollten in Zukunft bearbeitet werden.

Die Tagung verdeutlichte auch die hohe Interdisziplinarität der Netzwerkforschung. Es zeigte sich, dass in anderen Fachdisziplinen aus verschiedenen Blickwinkeln an ähnlichen Themen gearbeitet wird und hierbei nicht nur dieselben Methoden verwendet werden, sondern dass meist in der Soziologie entwickelte Theoreme von anderen Disziplinen zur Interpretation herangezogen werden. Gegenüber internationalen Tagungen (etwa der renommierten SUNBELT-Konferenz) zeigte sich ein fast durchweg höheres Theorieniveau. Dabei standen die Beiträge hinsichtlich der Kreativität, der Methodenentwicklung und -anwendung nicht zurück. Dies ist erstaunlich, da es bislang kaum Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland für die neue Sozialforschungsrichtung gibt.

Auf einer Versammlung der Soziologinnen und Soziologen am Rande der Tagung wurde beschlossen, dem DGS-Vorstand einen Vorschlag zur Gründung einer AG-Netzwerkforschung zu unterbreiten. Hierzu fiel das Votum nahezu einstimmig aus.

Eine Dokumentation mit den meisten Tagungsbeiträgen ist unter dem Titel: Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie (Christian Stegbauer, Hrsg.) im VS-Verlag erschienen.

3. Frühjahrstagung »Grenzen von Netzwerken«, Karlsruhe, 15. und 16. Mai 2008 (Organisation: Roger Häußling):

Einer zentralen Frage für die Bestimmung sozialer Netzwerke nahm sich die Frühjahrstagung 2008 an. Während Netzwerke aus formaler Sicht nach dem bekanntesten Netzwerkanalyse-Lehrbuch einfach als ein endliches Set oder Sets von Akteuren und den Relationen zwischen ihnen definiert sind, ist die »Grenzenfrage« aus einer theoretischen Perspektive sehr komplex. Häufig gehen Forscher so vor, dass sie ein »network in a box« untersuchen. Die Mehrzahl an Beziehungsnetzen ist jedoch nicht derart abgrenzbar, dass sie sich der methodologischen Annahme entsprechend aus einer eindeutigen und endlichen Zahl an Teilnehmern zusammensetzt. Ein Internetforum einer bestimmten Subkultur hat beispielsweise sichtbare Nutzer, die sich rege an der Diskussion mit eigenen Beiträgen beteiligen, und andere Nutzer, die sich nur sporadisch zu Wort melden, und dann noch das Heer der so genannten »Lurker«, die in den Diskussionen nicht sichtbar auftauchen, von denen also kaum gesagt werden kann, ob sie der Subkultur überhaupt angehören. Netzwerke können also an ihren Rändern Elemente

mit sich führen, die nur sehr bedingt von den Netzwerkprozessen tangiert werden. Sie sind stärker den Einflüssen von außen unterworfen, während Netzwerkkerne den eigenen Einflüssen unterliegen.

Noch komplexer wird das Grenzziehungsproblem, wenn man ein multiplexes Netzwerk – also ein Netzwerk, das unterschiedliche Beziehungsformen aufweist – zum Untersuchungsgegenstand hat. Ja, die small-world-Studien legen sogar den Schluss nahe, dass das soziale Beziehungsgefüge der Weltgesellschaft zwar Löcher und Lücken aufweist, aber über indirekte und heterogene Verbindungen eigentlich grenzenlos ist. Sind also Netzwerkgrenzen das Produkt einer Vernachlässigung der Multiplexität eines globalen sozialen Beziehungsgefüges?

Alle 12 Beiträge der Tagung setzten sich aus jeweils unterschiedlicher Perspektive mit dem Tagungsthema auseinander (nähere Informationen auch zu den einzelnen Vorträgen befinden sich auf der Tagungshomepage: www.sozioologie.uni-karlsruhe.de/tagung/). Eine von Roger Häußling herausgegebene Dokumentation der Tagung erscheint voraussichtlich im Juni 2009 unter dem Titel »Grenzen von Netzwerken« beim VS-Verlag.

4. *Symposium »Relational Sociology: Transatlantic Impulses for the Social Sciences«, HU Berlin, 25. und 26. September 2008*
(Organisation: Sophie Mützel und Jan Fuhse)

Das Symposium wurde von der DFG und der Berlin Graduate School of Social Sciences finanziell unterstützt. Der Anlass führte erstmalig Netzwerkforscher aus Deutschland und den USA zu einem internationalen Austausch zusammen. Der inhaltliche Fokus lag auf der Relationalen Soziologie um Harrison White, ihre theoretischen Implikationen und ihre Anwendung in verschiedenen Forschungsfeldern. Besonderes Augenmerk wurde bei dem Symposium auf die möglichen Verbindungen zwischen der Netzwerktheorie von Harrison White und der Luhmannschen Systemtheorie, auf das Wechselspiel von Kultur und Struktur in verschiedenen Netzwerken, auf die Rolle von Handlungsrestriktionen in Netzwerken, auf die Konstitution und Reproduktion von sozialer Ungleichheit innerhalb sozialer Netzwerke sowie auf wirtschaftssoziologische Perspektiven der Netzwerkforschung gelegt. Als besonderer Höhepunkt des Symposiums kann der Abschlussvortrag von *Harrison White* gewertet werden, der in Auseinandersetzung mit den einzelnen Tagungsbeiträgen einen Überblick über neuere Theorieentwicklungen lieferte.

Das Symposium hat mit über 80 Teilnehmenden eine beachtliche Aufmerksamkeit erfahren. Seine Zielsetzung, einen fruchtbaren und kontinuierlichen transatlantischen Austausch anzustoßen, dürfte das Symposium erreicht haben. An diesen Impuls möchte die Arbeitsgruppe »Netzwerkforschung« anknüpfen und ihn mit entsprechenden zukünftigen Aktivitäten fortführen. Ausführlichere Informationen zum Symposium finden sich unter www.relational-sociology.de/index.html. Ein Tagungsband ist seitens der beiden Organisatoren in konkreter Planung und wird in der Reihe Netzwerkforschung im VS-Verlag erscheinen.

*5. Ad hoc-Gruppe »Unsichere Zeiten« – Wandel und Dynamik in Netzwerken,
DGS-Kongress in Jena, 7. Oktober 2008
(Organisation: Christian Stegbauer und Roger Häußling):*

Wenn sich Unsicherheit nicht nur als Gefühl ausdrückt, sondern an strukturellen Veränderungen innerhalb von Beziehungen manifest wird, dann ist das ein Thema für die Netzwerkforschung. Somit steht der Begriff der Unsicherheit gleichzeitig für den Wandel sozialer Beziehungsstrukturen. Wandel und Dynamik in Netzwerken ist, obgleich hier in letzter Zeit verstärkte Anstrengungen unternommen wurden, immer noch ein Stiefkind der Netzwerkforschung. Und das, obwohl seit Beginn der Netzwerkforschung alle Generationen von Netzwerkforschern auf die Notwendigkeit der Erfassung des Wandels hingewiesen haben.

In den Beiträgen der Ad hoc-Gruppe wurden die Probleme einer dynamischen Untersuchung von Netzwerken sowohl in empirischer als auch in theoretischer Hinsicht aufgenommen. Nähere Informationen zu den einzelnen Beiträgen der Ad hoc-Gruppe finden sich auf der Kongress-Homepage: <http://dgs2008.de/christian-stegbauer-roger-hausling/>.

6. Weitere Aktivitäten

Für 2009 sind drei Tagungen in Planung. So findet Anfang Mai die Frühjahrstagung der AG in München statt (Organisation: Roger Häußling, Betina Hollstein, Katja Mayer, Jürgen Pfeffer und Florian Straus). Thema dieser Tagung ist die Visualisierung von Netzwerken. Eine Tagungshomepage ist unter www.netzwerkvisualisierung.de/ eingerichtet. Ende Mai findet in Stuttgart ein Symposium zu »Kultur und Kommunikationstechnologien in sozialen Netzwerken« (Organisation: Jan Fuhse und Christian Steg-

bauer) in Zusammenarbeit mit der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie statt. Unter www.janfuhse.de/medientagung/index.html findet sich Näheres. Für den Herbst 2009 ist eine Tagung in Hamburg-Harburg zu Kommunikation und Netzwerken (Organisation: Miriam Barnat und Marco Schmidt) geplant.

Der VS-Verlag hat eine Publikationsreihe zur Netzwerkforschung ins Leben gerufen, in deren Rahmen im nächsten Jahr auch ein umfassendes Handbuch zur Netzwerkforschung erscheinen wird (herausgegeben von Christian Stegbauer und Roger Häußling; geplant sind 82 Beiträge mit über 70 Autoren, Umfang ca. 750 Seiten). Weitere Bände dieser Reihe sind in Planung.

Informationen zu den Aktivitäten der AG werden über die Mailingliste: <https://dlist.server.uni-frankfurt.de/mailman/listinfo/sna-de>, in die sich Interessierte selbst eintragen können, weitergegeben. Ferner ist eine AG-Seite mit weiteren Informationen auf der DGS-Homepage eingerichtet.

Christian Stegbauer, Roger Häußling

Rudolph Bauer wird 70 Jahre alt

Rudolph Bauer wurde 1939 in Amberg in der nordbayerischen Oberpfalz geboren. (Die sprachliche Tönung dieser Gegend hat er sich trotz fast 40 Jahren beruflicher Tätigkeit in nördlicheren Regionen – seit 1972 in Bremen – hartnäckig-charmant erhalten.)

Schon in seinen frühen Aktivitäten und Engagements ist Vielseitigkeit angelegt: Im Hauptfach studierte er Politikwissenschaft, Nebenfächer waren Soziologie und Philosophie. Die soziologischen Lehrer Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas und Claus Offe waren prägend für seine wissenschaftlichen Orientierungen und Grundhaltungen. Noch während der Studienzeit entstanden erste internationale Kontakte als Mitglied und zeitweise Bundesvorsitzender der Deutsch-Israelischen Studiengruppen. Außerdem war er in den siebziger Jahren mit Wolfgang Kaupen im Bundesvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft tätig.

Sein Interesse für Kultur wird erkennbar am Thema seiner Promotion von 1968, einer politikwissenschaftlichen Arbeit über den kulturpolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages 1949-1965 (bei Waldemar Besson und Wolf-Dieter Narr). Zeitweise arbeitete er auch als Kulturpolitik-Redakteur bei der Frankfurter Studentenzeitung »Diskurs«.

Rudolph Bauers erste berufliche Station beim Paritätischen Bildungswerk in Frankfurt am Main, eine Feldstudie im Auftrag der Stadt Offenbach zur Erstellung des Sozialen Entwicklungsplans für ein Obdachlosen-Wohnquartier (»Obdachlos in Marioth«, Weinheim und Basel 1980) und 1971 die Vertretungsprofessur auf dem Lehrstuhl des Interessenverbände-Forschers Heinz-Josef Varain in Gießen prägten seine weitere thematische Entwicklung.

Im Jahr 1972 erhielt er einen Ruf an die Universität Bremen. Bezeichnend für das Engagement in der Hochschulpolitik waren seine intensiven Aktivitäten bei der Konzipierung des neuen universitären Studiengangs Sozialpädagogik, sein Engagement in fächerübergreifenden sozialwissenschaftlichen Lehrprojekten, seine Tätigkeiten in zentralen Gremien der Universität und die Funktion des Fachbereichsprechers (Dekan) während mehrerer Legislaturperioden in den 80er und 90er Jahren. Mit seinen Kollegen Jürgen Blandow und Manfred Max Wambach gründete er das Institut für Lokale Sozialpolitik und Non-Profit-Organisationen.

Inhaltliches Engagement als Lehrender und Forscher: Hauptthemen, die ihn sein berufliches Leben lang begleitet haben, waren die »Randgruppenarbeit« mit gesellschaftlichen Minderheiten, die Analyse von historischen und international vergleichenden Fragen der Sozial- und Wohlfahrtspolitik sowie die Analyse sozialer Bewegungen und die Befassung mit den intermediären Organisationen des »Dritten Sektors«.

Bahnbrechend und aus meiner Sicht eindeutiger Schwerpunkt des Wirkens von Rudolph Bauer waren die Arbeit über »Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik« (Weinheim und Basel 1978) und die darauf folgenden Veröffentlichungen »Die liebe Not« (Weinheim und Basel 1984), »Organisierte Nächstenliebe« (Opladen 1984) sowie drei weitere Bände über Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik im internationalen Vergleich (zuletzt: »Intermediäre Non-Profit-Organisationen in einem neuen Europa«, Rheinfelden und Berlin 1993). Mit seinen Arbeiten fand Bauer auch internationale Anerkennung: 1988 als Senior Fellow in Philanthropy am Institute for Policy Studies der Johns Hopkins University in Baltimore/MD sowie 1990 als deutsches Mitglied im Editorial Board von »Voluntas: International Journal of Voluntary and Non-Profit-Organizations«.

Engagement in den beruflichen Organisationen: Aufgrund des interdisziplinären Charakters seiner Forschungsthemen war Rudolph Bauer nicht nur in der DGS, sondern auch in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Sektion Sozialpädagogik (DGfE) aktiv. Hinzu kommt seine Betätigung im Rahmen der International Society of Third Sector Research (ISTR). In diesem Rahmen hatten wir anlässlich verschiedener Tagungen unsere intensivsten gemeinsamen wissenschaftlichen Begegnungen, insbesondere in Israel. Die Intensität der Auseinandersetzung und Kooperation in dieser Zeit hat maßgeblich zu unserer späteren Freundschaft beigetragen.

Es würde zu weit führen, alle wissenschaftlichen Verdienste Rudolph Bauers hier im Detail aufzuführen. Erwähnt seien aber doch das von ihm konzipierte und mit einer Vielzahl eigener Beiträge herausgegebene »Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens« (3 Bände, München und Wien 1992, 2. Aufl. 1996) sowie die vielfältigen interdisziplinären »Grenzgänger«-Arbeiten zu Non-Profit-Organisationen und lokaler wie auch internationaler Sozialpolitik (zuletzt: »Personenbezogene Soziale Dienstleistungen. Begriff, Qualität und Zukunft«; Wiesbaden 2001).

Für eine Würdigung Rudolph Bauers ist die Erwähnung seines kulturell-künstlerischen Schaffens unverzichtbar. Der »Professor für Sozialarbeitswissenschaft mit Schwerpunkt Wohlfahrtspolitik und Soziale Dienstleistungen« (so die Stellenbeschreibung gegen Ende seiner Dienstzeit 2002) ist auch – und seit 2002 mit zunehmender Intensität – im Bereich der bildenden Kunst und der »schönen Literatur« tätig. Beim »Verein für angewandtes Kulturhandwerk Atelierhof e.V.« führt er den Vorsitz, engagiert sich in der Galerie-Gruppe des Atelierhofs, malt und stellt aus. Im Literaturbereich organisiert er Lesungen, schreibt Gedichte und veröffentlicht diese in Zeitschriften oder in Buchform (»tanger und anderorts. Gedichte 2002-2006«, Bremen 2006).

Diese Seiten der »multiplen Persönlichkeit« Bauers habe ich schon relativ früh kennen und schätzen gelernt, und ich nehme gerne Anteil an seinen literarischen und malerischen Arbeiten. Aber immer noch und immer wieder erhalte ich von ihm auch neue wissenschaftliche Aufsätze, in denen er sich in den letzten Jahren meist mit der Bertelsmann-Stiftung und ihrem Projekt der Bürgergesellschaft auseinandersetzt.¹

Zu diesem Thema verfasste er im vergangenen Jahr das Textbuch für eine szenische Lesung mit dem Titel »Die Flammen des Profits« (Uraufführung im Mai 2008 am »Concordia« in Bremen). Wohl ein erster experimenteller Versuch des Kollegen, die Brücke zu schlagen zwischen wissenschaftlichem, politischem und kulturellem Schaffen.

Beeindruckend (und beglückend zugleich) diese ungebrochene Aktivität und Innovationsfreudigkeit!

Lieber Rudolph, zu Deinem 70sten Geburtstag wünsche ich Dir Gesundheit, Glück, Zufriedenheit und den Erhalt Deiner so vielfältigen Schaffenskraft!

Alf Trojan

¹ Allen Leserinnen und Lesern, die aus wissenschaftlichen oder persönlichen Gründen die Bekanntschaft mit Rudolph Bauer und seinem Werk vertiefen und verbreitern wollen, empfehle ich seine gut gepflegte Internetseite, die mit großer struktureller Klarheit den Zugang zu den verschiedenen Seiten seines Schaffens eröffnet: www.rudolph-bauer.de.

Schader-Preis 2009 für Professor Ralf Dahrendorf

Lord Ralf Dahrendorf, Professor der Soziologie, erhält den Schader-Preis 2009. Mit ihrem Preis zeichnet die Schader-Stiftung Gesellschaftswissenschaftler aus, die durch ihre wissenschaftliche Arbeit und ihr öffentliches Wirken wichtige Beiträge für die Lösung gesellschaftlicher Probleme geleistet haben.

Mit Ralf Dahrendorf würdigt die Stiftung einen der bedeutendsten deutschen Gesellschaftswissenschaftler, der in Werk und Wirken auf beeindruckende Weise die Grenzen zwischen Wissenschaft, Politik und Publizistik überschreitet. Mit seinen präzisen Gesellschaftsanalysen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und des Wohlfahrtsstaats, zum Liberalismus und zur europäischen Integration hat er sowohl innerhalb der Wissenschaft als auch in der politischen Diskussion immer wieder bedeutende Impulse gegeben. In seinen verschiedenen wissenschaftlichen und politischen Funktionen förderte er beispielhaft die Kommunikation und Kooperation zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis und trug und trägt wesentlich zur Praxisorientierung in den Gesellschaftswissenschaften bei.

Der 1929 in Hamburg geborene Ralf Dahrendorf ist einer der wichtigsten Vertreter einer liberalen Gesellschafts- und Staatstheorie und hat die Entwicklung der deutschen Nachkriegssoziologie maßgeblich geprägt. Seine Bücher »Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft« (1957), »Homo Sociologicus« (1959) und »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« (1965) zählen zu den modernen Klassikern seines Faches. Auch mit seinen neueren Publikationen, darunter »Der moderne soziale Konflikt« (1992), »Die Zukunft des Wohlfahrtsstaats« (1996) und »Auf der Suche nach einer neuen Ordnung« (2003), leistete er wichtige Beiträge zur Diagnose von Schlüsselproblemen moderner Gegenwartsgesellschaften.

Ralf Dahrendorf wirkte in zahlreichen wissenschaftlichen und politischen Ämtern. Er war von 1958 bis 1968 Professor für Soziologie an den Universitäten Hamburg, Tübingen und Konstanz. Anschließend war er Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag, Mitglied des Deutschen Bundestages und für kurze Zeit Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Von 1970 bis 1974 war er Mitglied der Europäischen Kommission, 1974 bis 1984 Direktor der London School of Economics, 1987 bis 1997 Rektor des St. Anthony's College und von 1991 bis 1997 zugleich Prorektor der Universität Oxford. 1993 wurde er zum Mitglied des

britischen Oberhauses ernannt. Seit 2005 nimmt Ralf Dahrendorf eine Forschungsprofessur für »Soziale und politische Theorie« am Wissenschaftszentrum Berlin wahr. Derzeit ist er darüber hinaus Vorsitzender der Zukunftskommission des Landes Nordrhein-Westfalen.

Für sein wissenschaftliches und politisches Wirken erhielt Ralf Dahrendorf bereits mehrere hochrangige Auszeichnungen, darunter den Theodor-Heuss-Preis (1997), die Goethe-Medaille (1998), die Aufnahme in den Orden Pour le Mérite (2003) und den Prinz-von-Asturien-Preis (2007), sowie Ehrendoktorate von Universitäten in zwölf Ländern.

Der Schader-Preis wird jährlich von der Schader-Stiftung in einem Festakt im Mai in Darmstadt verliehen und ist mit 15.000 Euro dotiert. Preisgericht ist das Kuratorium der Stiftung. Zu den bisherigen Preisträgern zählen unter anderem Klaus von Beyme (2008), Franz-Xaver Kaufmann (2007), Gesine Schwan (2006), Ulrich Beck (2005), Bernd Raffelhüschen (2004), Hartmut Häußermann und Walter Siebel (2003), Fritz W. Scharpf (2002), Peter Graf Kielmansegg (2001), Meinhard Miegel (2000) und Renate Mayntz (1999).

Die Darmstädter Schader-Stiftung fördert die Gesellschaftswissenschaften und deren Dialog mit der Praxis. Sie feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum.

Peter Lonitz

Habilitationen

Dr. Rainer Diaz-Bone hat sich am 26. November 2008 am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Felder und Konventionen in der Wirtschaft. Beiträge zur neuen französischen Wirtschaftssoziologie«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Soziologie zwischen Theorie und Praxis

2. Studentischer Soziologiekongress, LMU München, Institut für Soziologie, 8. bis 10. Oktober 2009

Theorie und Praxis als Widerspruch? Immer wieder wird der Soziologie vorgeworfen, sie säße im sprichwörtlichen Elfenbeinturm und hätte sich von der realen Gesellschaft entfremdet. Auf dem 2. Studentischen Soziologiekongress soll diese Feststellung kritisch diskutiert werden.

Es wird zum einen um das Verhältnis von Theorie zu Praxis gehen, zum anderen sind aber auch explizit Forschungen rein theoretischer Natur oder mit einem starken Praxisbezug gefragt. Forschung nicht nur über, sondern auch für die soziale Praxis, für konkrete Problemfelder, ist ein weiterer Aspekt, der behandelt werden kann. Mögliche Fragestellungen lauten:

Wie sieht das Verhältnis von Theorie zu Praxis tatsächlich aus? Hat sich die Soziologie wirklich so weit von ihrem Untersuchungsobjekt entfernt? Wenn ja, muss dies überhaupt als Problem gesehen werden? Was wären weitere interessante Forschungsfragen und wie sollte/könnte man sich ihnen nähern? Wie sieht aktuelle studentische Forschung aus? Und nicht zuletzt: Wie unterscheidet sich die studentische Perspektive auf diese Fragen von der Perspektive »etablierter« SoziologInnen?

Wir bitten um aussagekräftige, maximal zweiseitige Abstracts bis spätestens **30. April 2009** an abstracts@soziologiekongress.de. Die Vortragsdauer sollte 15 Minuten betragen. Die schriftlichen Fassungen der Vorträge sollen zwei Wochen vor der Tagung vorliegen. Eine Veröffentlichung der Beiträge in einem Tagungsband ist vorgesehen.

Der 2. Studentische Soziologiekongress ist eine Veranstaltung der Fachschaftsvertretung Soziologie mit Unterstützung des Instituts für Soziologie der LMU München und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Weitere Informationen zum Kongress unter www.sozialogiekongress.de

Wie viel Gesellschaft verträgt die EU? Der europäische Integrationsprozess zwischen Eliteninteressen und Gesellschaftsbildung

Arbeitstagung der Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie der DGS, Universität Leipzig, 5. und 6. Oktober 2009

Es besteht ein breiter Konsens, dass die Entwicklung einer europäischen Gesellschaft Erfolgsvoraussetzung für die weitere Integration der EU ist. Dabei bleibt allerdings ungeklärt, ob die institutionelle Integration der EU tatsächlich die Unterfütterung durch soziale Integration braucht oder ob sich die EU-Integration als ein exklusives Projekt der politischen Eliten und der EU-Bürokratie realisieren lässt.

Die Tagung konzentriert sich auf die Fragen, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Möglichkeiten ergeben:

- Wie lässt sich die Gesellschaft beschreiben, die sich in Reaktion auf die institutionelle Integration entwickelt?
- Ist als selbstverständlich davon auszugehen, dass die Entwicklung einer europäischen Gesellschaft der EU-Integration förderlich ist? Oder beruht die Annahme einer Funktionalitätsbeziehung zwischen EU-Integration und Gesellschaftskonstitution auf einer vormodernen Vorstellung von (holistischer) gesellschaftlicher Integration?
- Sind Entwicklungen der EU möglich, in denen die institutionelle Integration zur Ausbildung von Aspekten einer europäischen Gesellschaft führt, welche störend auf die Integration zurück wirken?
- Was sind die Möglichkeiten und Grenzen der weiteren EU-Integration als Elitenprojekt?

Bitte senden Sie Ihre Beitragsvorschläge für die Sektionstagung bis zum **1. Mai 2009** an:

Prof. Dr. Maurizio Bach
maurizio.bach@uni-passau.de

Dr. Monika Eigmüller
eigmuell@uni-leipzig.de oder

Prof. Dr. Georg Vobruba
vobruba@sozio.uni-leipzig.de

Labour, Markets and Inequality

International Workshop at Institute for Employment Research (IAB),
Nuremberg, September 24-25, 2009

During the past twenty years income inequality has increased in many Western countries. To a great extent, this development is related to the labour market as well as to political redistribution processes. Also, old patterns of inequality like segregation and segmentation in labour markets and societies still prevail, while new ones are emerging and intervening with the old ones: Race, gender and class as well as professionalization and deprofessionalization, access to knowledge, information and formal participation. Underlying the changes in markets and policy spheres, there is an ongoing change in labour itself, characterised and explored by catchy terms like digitalisation, decentralisation, flexibilization, fragmentation, individualisation and more. Although not yet fully understood, those factors contribute to reorganize the labour process and create new inequalities with promises and threats to individual biographies. Moreover, those inequalities have also started to challenge the meso- and macro level institutions of labour societies, like transfer income systems, education and vocational training, or political participation. As there has been a lot of scientific work on those topics in recent years, there is still a huge need to review and connect, to rediscover and to select findings to come a step closer to an international discourse on social inequality related to labour – which is the aim of the workshop. The scientific committee therefore encourages theoretical, empirical, experimental and policy-oriented contributions from economy, sociology, labour and social policy studies and related disciplines.

The workshop is co-organized by the by the Council for Social policy of the Verein für Socialpolitik in Frankfurt, the Sections for Social Inequality and Political Sociology of the German Sociological Association and the Institute for Employment Research (IAB) in Nuremberg.

The paper submission deadline is **May 1, 2009**. Please submit electronic versions of completed papers (pdf preferred) to pia.klotz@iab.de. You will be notified on acceptance of your paper until June 15, 2009. The conference papers may thereafter be submitted for publication in a special issue of the Journal for Labour Market Research (*Zeitschrift für Arbeitsmarkt-Forschung*).

Scientific Committee

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D. (Albert-Ludwigs-University Freiburg)
Prof. Dr. Joachim Möller (Institute for Employment Research, IAB)
Dr. Markus Promberger (Institute for Employment Research, IAB)
Prof. Dr. Viktor Steiner (German Institute for Economic Research, DIW)
Dr. Ulrich Walwei (Institute for Employment Research, IAB)
Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, University of Siegen
Prof. Dr. Rainer Trinczek, Technical University of Munich
Prof. Dr. Christian Lahusen, University of Siegen

Mythos Bildung? »Humankapitalismus« und soziale Integration

Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der DGS, 9. und 10. Oktober 2009,
Universität Duisburg-Essen, Campus Essen

Bildung ist die beste Sozialpolitik – so oder ähnlich könnte man jene Agenda überschreiben, die heute die Diskurse in weiten Teilen der an sozialen Fragen interessierten Fach- und Medienöffentlichkeit zu bestimmen scheint. Die Argumente sind bekannt: Im globalen Wettbewerb können Wohlstand und soziale Sicherheit zunehmend nur noch für diejenigen gewährleistet werden, die über weltmarktgängiges Humankapital verfügen und dieses auch angemessen pflegen. Soziale Ausgrenzung, so eine weitere gängige Diagnose, erklärt sich wesentlich aus Bildungsdefiziten, auch und gerade bei Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund. Und: Armut – allen voran Kinderarmut – ist ebenfalls im Kern eine Bildungsfrage: Frühkindliche Erziehung für alle, Ganztagschulen, Förderprogramme für bildungsferne Schichten – es sind Defizite in diesen Angeboten, die die soziale Spaltung wenn nicht erzeugen, so doch reproduzieren, und es sind Maßnahmen *gegen* diese Defizite, die zu einer nachhaltigen sozialen Integration auch derer führen (werden), die bislang zu den Globalisierungsverlierern gezählt werden. Kurzum: Humankapital-Bildung für Benachteiligte funktioniert als nachhaltige Prävention, und sozialpolitische Interventionen machen zuvorderst dann Sinn, wenn sie Investitionen in Humankapital fördern. Oder noch allgemeiner: Bildung ist das neue Versprechen zur Humanisierung der (zuletzt stark gebeutelten) kapitalistischen Wirtschaftsordnung – »Humankapitalismus« scheint gerade jetzt *der* Ausweg aus der sich absehbar (wieder) verschärfenden sozialen Krise zu sein.

So viel Konsens ist verdächtig – zumindest lohnt es sich, hier wissenschaftlich nachzuhaken. Wie belastbar sind die empirischen Grundlagen, auf denen die behaupteten Zusammenhänge beruhen? Welches sind die institutionellen, politischen und sozialen Bedingungen, unter denen die Förderung und Pflege von Humankapital Desintegrationstendenzen in Gegenwartsgesellschaften tatsächlich entgegenwirkt? Was geschieht eigentlich, wenn zwar mehr Ressourcen in Bildung fließen, diese aber verstärkt über (Quasi-) Märkte organisiert werden?

Muss sich der analytische Blick gerade auch der wissenschaftlichen Sozialpolitik nicht auch auf den Verwertungszusammenhang von Humankapital beziehen, zumal in Zeiten einer verschärften Konkurrenz sowohl im Bildungssystem als auch auf dem Arbeitsmarkt? Kann und soll die Leitidee der Chancengerechtigkeit das Konzept der Verteilungsgerechtigkeit ersetzen? Und dienen die unisono und emphatisch von verschiedenster Seite vorgebrachten Diskurse über die Rationalität von Humankapitalinvestitionen nicht auch als sozialpolitische Kompromissformel, hinter der sich massive Interessengegensätze oder konkurrierende Wertvorstellungen verbergen und die sich allzu leicht dazu nutzen lässt, andere – möglicherweise virulentere – soziale Probleme von der gesellschaftspolitischen Agenda zu verabschieden?

Diesen und benachbarten Fragestellungen widmet sich die Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik 2009. Willkommen sind Beiträge, die sich mit den aufgeworfenen oder ähnlichen Fragen in empirischer, theoretischer oder normativer Perspektive beschäftigen. Ziel der Tagung ist es einerseits, fruchtbare Kontroversen auszulösen zwischen jenen (»Bildungsoptimisten«), die die o.g. Humankapitalagenda für aussichtsreich halten, und jenen (»Bildungspessimisten«), die hier eher zur Skepsis neigen. Andererseits soll die Tagung aber auch aufklären über die gesellschaftlichen, politischen und sozialen Prozesse, die zur Konjunktur des Themas geführt und dadurch möglicherweise auch neue Optionen auf konsensfähige Formen sozial(politisch)er Integration eröffnet haben.

Abstracts von 1-2 Seiten Umfang werden bis zum **4. Mai 2009** erbeten an die lokale Organisation unter der Leitung von

Prof. Dr. Ute Klammer
ute.klammer@uni-due.de.

Ästhetisierung des Sozialen in Geschichte und Gegenwart am Beispiel der visuellen Kulturen

Tagung der Sektion Kulturosoziologie der DGS,
Hannover, 23. und 24. Oktober 2009

Wirft man einen Blick auf gegenwärtige Beschreibungen des Sozialen, so finden sich eine Reihe von Zeitdiagnosen, die (meist auf die hochindustrialisierten Länder beschränkt) einen epochalen Wandel beschreiben: »Wissensgesellschaft«, »Welt-Risikogesellschaft«, »Informationszeitalter« oder »Erlebnisgesellschaft«. Auch das deutliche Zutagetreten einer »Ästhetisierung des Sozialen« wird als ein Kennzeichen unserer heutigen Zeit und deren gesellschaftlicher Verfasstheit gedeutet. Mit Ästhetisierung des Sozialen sind dabei ganz unterschiedliche Praktiken und Vorstellungen gemeint, die traditionelle Formen der Vergesellschaftung zunehmend außer Kraft setzen. Sei es, dass sich die Lebensführung der gesellschaftlichen Akteure von einer zweckrationalen zu einer an unterschiedlichen alltagsästhetischen Stilen ausgerichteten Lebensweise gewandelt habe (Stichwort: Sinus-Milieus), dass sich die Akteure immer mehr entlang ihrer Geschmacksurteile und Stilvorlieben differenzieren als gemäß ihrer sozialen Lage, dass der »neue Geist des Kapitalismus« ohne ästhetische Praktiken nicht überlebensfähig ist, oder dass der Wandel zu postmateriellen Werten als ein spezifisches Zeichen einer Ästhetisierung des Sozialen wahrgenommen wird. Dabei schwingt immer auch die These mit, durch die Erosion klassenspezifischer Notlagen hätten sich die Handlungsspielräume einer Vielzahl von Individuen inzwischen in einer Weise erweitert, dass sie sich vermehrt der Kultivierung einer Ästhetik der Existenz (Kleidermode, Körperkult, Stile der Wohnungseinrichtungen etc.) widmen können. »Ästhetisierung des Sozialen« kann auch als eine metaphorische Beschreibung der Beobachtung dienen, dass bei den gesellschaftlichen Akteuren in früher unvorstellbarem Ausmaß die Produktion und Rezeption sinnlicher Erfahrungen ins Zentrum der Lebenspraxis getreten ist – gleichsam als ein Erbe der Bestrebungen der historischen Avantgardebewegungen, die Kunst in Lebenspraxis aufzuheben. Auch Existenzweise und Selbstdefinition religiöser Gruppierungen sind nicht ohne Praktiken der Ästhetisierung zu denken. Schließlich ist eine »Ästhetisierung des Sozialen« auch im Bereich der Politik zu konstatieren. Angefangen von designten Parteiwerbeproschüren und -plakaten, die gemäß den Prinzipien avancierter Werbeästhetik gestaltet sind, über Protestplakate, bis hin zu Praktiken der medialen Ästhetisierung und Stilisierung von Politikern und Parteitagern.

Heute betrifft die Ästhetisierung des Sozialen demnach viele, wenn nicht sogar alle Bereiche der Gesellschaft. Dabei handelt es sich jedoch keinesfalls um Erscheinungen, die erst durch das Aufkommen der elektronischen Medien und der modernen Reklametechniken ermöglicht wurden, also jüngeren Datums sind. All die gegenwärtigen Formen der Ästhetisierung haben eine lange Geschichte.

Die geplante Tagung will sich den Prozessen der Ästhetisierung des Sozialen widmen. Dabei wird keine Beschränkung auf eine zeitdiagnostische Sicht angestrebt, vielmehr sollen selbstverständlich auch historische Perspektiven angemessen beleuchtet werden. Denn Prozesse und Bestrebungen einer Ästhetisierung des Sozialen lassen sich nicht nur in der Gegenwart ausmachen, und die These einer Ästhetisierung des Sozialen geht nicht nur mit herkömmlichen Modernisierungstheorien Hand in Hand. Sondern Prozesse der Ästhetisierung des Sozialen wirkten auch in früheren Epochen – man denke etwa an Bedeutung von Bildern in politischen und religiösen Auseinandersetzungen oder an die Avantgardebewegungen des frühen 20. Jahrhunderts. Deshalb richtet sich die Tagung explizit an einer *historischen* Kultursociologie ästhetischer Praktiken aus. Um das breite Themenspektrum einzugrenzen, soll der Fokus des historischen und gegenwartsdiagnostischen Interesses dabei vorwiegend auf der Produktion und dem Gebrauch visueller Artefakte/visueller Kultur liegen (von Gemälden und Druckgrafik bis zum Film und elektronischen Medien).

Papers (maximal 1.600 Zeichen) sind bis zum **15. Mai 2009** zu senden an die Organisatoren:

Prof. Dr. Stephan Moebius
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Soziologie
Carl-Zeiß-Straße 2
07743 Jena
stephan.moebius@uni-erfurt.de

Prof. Dr. Lutz Hieber
Institut für Soziologie
Leibniz Universität Hannover
Schneiderberg 50
30167 Hannover
l.hieber@ish.uni-hannover.de

Zwanzig Jahre nach dem Umbruch – Religion und Religiosität in Ostdeutschland (und in Osteuropa)

Tagung an der Universität Leipzig, 20. bis 22. November 2009

Bereits zehn Jahre nach dem Umbruch war das Erstaunen groß, dass es entgegen weithin gehegter Erwartungen nicht zu einer umfassenden Revitalisierung von Religion und Religiosität in Ostdeutschland gekommen war. Zehn Jahre später stellt sich die Frage, ob diese Einschätzung aufrechtzuerhalten ist oder die Situation sich in der Zwischenzeit signifikant verändert hat. Kam es zu einem weiteren Rückgang der Bedeutung religiöser Überzeugungen, zu einem fortgesetzten Abbruch religiöser Traditionen, oder lassen sich inzwischen auch Gegenbewegungen feststellen? Welche Strategien haben die ostdeutschen Kirchen gewählt, um dem Prozess der Entkirchlichung zu begegnen? Wie erfolgreich waren sie in ihren Bemühungen? Finden sich religiöse Substitute zur offiziellen Sozialform der christlichen Kirchen oder religiöse Gruppierungen und Bewegungen jenseits der Volkskirchen? Lassen sich in Ostdeutschland möglicherweise Elemente einer Zivilreligion auffinden? Kommt es zu einem neuen Interesse an alternativen Formen des Religiösen? Oder ganz allgemein gefragt: Auf welche individuellen oder kollektiven Sinnkonstruktionen greifen die ostdeutschen Bürger zurück, um ihre individuelle Lebenssituation zu deuten und zu bewältigen – und welche sind davon als religiös zu bezeichnen?

Die religiöse Situation in Ostdeutschland wird dabei vielfach als Sonderfall der religiösen Entwicklung dargestellt. Hier stellt sich die Frage, ob sich diese Aussage durch einen Vergleich mit anderen Regionen Europas erhärten lässt oder ihre Gültigkeit eingeschränkt werden muss. Dabei rückt insbesondere die Frage nach Revitalisierungsprozessen des Religiösen in Osteuropa ins Blickfeld. Unterscheidet sich der ostdeutsche Weg maßgeblich von den Pfaden, die in den anderen postsozialistischen Staaten eingeschlagen wurden?

Das Anliegen der Tagung besteht darin, abgelaufene religiöse Wandlungsprozesse in Ostdeutschland zu analysieren. Dies schließt ein, dass sich die Papiere nicht nur um eine Beschreibung beobachtbarer Phänomene bemühen, sondern auch ihre sozialwissenschaftliche Erklärung anstreben sollten. Der Bezug auf theoretische Modelle der religionssoziologischen Erklärung ist ausdrücklich gewünscht. Dabei muss die religiöse Entwicklung Ostdeutschlands nicht isoliert betrachtet werden. Sowohl Detail- und Fallstudien zu verschiedenen Bereichen der religiösen Entwicklung als

auch vergleichende Analysen – etwa zwischen West- und Ostdeutschland oder mit ost- und westeuropäischen Vergleichsländern – sind willkommen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Fall- oder Vergleichsstudien aus dem osteuropäischen Raum.

Erbeten werden Vortragsvorschläge, die

- a) *empirische Studien* zur Entwicklung von Kirche, Religion, Religiosität und Kirchlichkeit in Ostdeutschland vorstellen. Dies umfasst qualitative wie quantitative Studien;
- b) die Tragfähigkeit *theoretischer Ansätze* der Religionssoziologie am Fall von oder zumindest unter Bezugnahme auf Ostdeutschland diskutieren;
- c) Analysen der in Ostdeutschland bestehenden *Kirchen* und ihrer Reaktionsformen auf die gesellschaftlichen Entwicklungen beinhalten;
- d) Prozessen der Entwicklung *individualisierter oder alternativer Religiosität* sowie säkularisierter Sinnstiftungsformen in Ostdeutschland bzw. in Osteuropa nachgehen;
- e) Ostdeutschland im Kontext *Länder vergleichender Analysen* hinsichtlich seiner religiösen Situation einordnen oder anhand anderer osteuropäischer Transformationsgesellschaften Kontrastfolien zur ostdeutschen Entwicklung präsentieren;
- f) das Verhältnis zwischen *Religion und Politik* oder den Bezug der Religion zur *Zivilgesellschaft* in Ostdeutschland und Osteuropa thematisieren.

Über die Annahme der Vortragspapiere entscheidet eine Auswahlkommission, bestehend aus Gert Pickel (Leipzig), Detlef Pollack (Münster), Kornelia Sammet (Leipzig) und Monika Wohlrab-Sahr (Leipzig). Eine Veröffentlichung der Beiträge in einem Tagungsband ist vorgesehen. Die schriftlichen Fassungen der Vorträge sollen zwei Wochen vor der Tagung vorliegen, damit allen Beteiligten die Möglichkeit eröffnet wird, die Beiträge zu kommentieren und ggf. Verbesserungsvorschläge für die spätere Publikation der eigenen Beiträge aufnehmen zu können.

Vorschläge/Abstracts von ca. ein bis zwei Din-A-4-Seiten zu den Vortragspapieren werden bis **1. Juni 2009** unter folgenden Adressen erbeten:

PD Dr. Gert Pickel

E-Mail: pickel@rz.uni-leipzig.de

Dr. Kornelia Sammet

E-Mail: sammet@uni-leipzig.de

Jugend zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitssuche und gesellschaftlichen Reaktionen

Herbsttagung am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld in Zusammenarbeit mit der Sektion Jugendsoziologie der DGS, 16. bis 18.09.2009

Die nahezu unzähligen »Jugendgestalten«, die in den vergangenen Dekaden in diversen Studien beschrieben wurden, legen Zeugnis davon ab, dass die Lebensphase Jugend ein extrem wandlungsfähiger Entwicklungsabschnitt zu sein scheint. Immer wieder erbringen Jugendliche in zum Teil variantenreichen Formen kreative und innovative Anpassungs- bzw. Nicht-Anpassungsleistungen, um auf ihren Lebensraum im Sinne eigener Interessenlagen gestaltend einzuwirken und ihre Entwicklungschancen zu optimieren. Dass dabei die Spielräume immer wieder durch strukturelle Barrieren, institutionelle Bedingungen, so genannte Sachgesetzlichkeiten, nicht zu durchbrechende, alt eingefahrene Wege oder bewusst herbeigeführte Behinderungen bei der Realisierung der Pläne von jungen Menschen eingeschränkt werden, scheint dabei den Einfallsreichtum eher anzuspornen und die Suche nach neuen Wegen und Möglichkeiten der gestaltenden Einflussnahme zu intensivieren. Ebenso wie a) in der Hoffnung, eine gerechtere Gesellschaft z.B. im Hinblick auf die Verteilung materieller und immaterieller Güter, politischer Mitspracherechte bzw. gleichberechtigter Zugänge aller zu wichtigen gesellschaftlichen Teilsystemen zu erschaffen, vorgetragener politischer Protest, b) demonstrativ zwecks Abgrenzung von der Erwachsenengeneration gezeigtes abweichendes, unerwünschtes oder missachtetes Verhalten oder c) das Ringen und Streben Jugendlicher nach alternativen Lebensformen, können auch d) der Rückzug in kulturelle Nischen und/oder jugendkulturelle Szenen oder e) die Konzentration auf eine individuell erfolgreiche Karriere als Versuche gewertet werden, vor dem Hintergrund der jeweils gegebenen Bedingungen das jeweils Optimale zu realisieren.

Ziel der Tagung ist eine Bilanzierung der in der Geschichte der Bundesrepublik von Jugendlichen ausgehenden Aktivitäten, mit denen versucht wurde, eine gerechtere Welt zu gestalten bzw. unter den gegebenen Bedingungen ein Leben entsprechend der jeweils vorrangigen Anspruchshaltungen führen zu können. Der Schwerpunkt sollte jedoch weniger auf einer historischen Bestandsaufnahme als auf den gegenwärtigen Absichten und Vorhaben der heranwachsenden Generation und dem Vergleich mit jenen der Jugendlichen in den vorangegangenen Dekaden liegen.

Auf der Tagung zu bearbeitende und zu diskutierende Fragen sind demzufolge beispielsweise: Wie haben sich die Anspruchshaltungen und Zielvorstellungen der jeweils heranwachsenden Generation über die Zeit verändert? Was sind aktuell die vorrangig verfolgten Pläne und welche Bezüge lassen sich zu früher verfolgten Absichten und Vorhaben Jugendlicher herstellen? Welche Handlungs- und Bewältigungsstrategien wenden Jugendliche an, um die Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung zu maximieren? Inwiefern führen die hierzu entwickelten Kompetenzen sowie die von Jugendlichen aktivierbaren sozialen Ressourcen zu Erfolgen? Wie reagiert die Erwachsenenengesellschaft auf die Absichten und Handlungsvollzüge der heranwachsenden Generation? Welche öffentlichen Diskurse werden vor dem Hintergrund der Aktivitäten der Jugendlichen geführt? Werden (staatliche) Kontrollapparate aktiviert, um die Bestrebungen der Jugendlichen einzudämmen bzw. »im Zaume zu halten«? Welche strukturellen Barrieren, institutionellen Zwänge oder bewusst herbeigeführten Behinderungen erschweren es Jugendlichen, ihre Absichten in die Tat umzusetzen? Führen solche Behinderungen zu besonders kreativen oder innovativen Leistungen?

Neben diesen drängenden Fragestellungen ist das 25jährige Bestehen der Bielefelder Jugendforschung ein Anlass für die geplante Tagung. Auf der Tagung werden u.a. Sabine Andresen, Hans-Peter Blossfeld, Manuela du Bois-Reymond, Isabell Diehm, Barbara Dippelhofer-Stiem, Wilhelm Heitmeyer, Dagmar Hoffmann, Klaus Hurrelmann, Kurt Möller, Uwe Sander und Gertrud Nunner-Winkler referieren.

Ein- bis zweiseitige Abstracts zu Tagungsbeiträgen und Referaten werden bis zum **15. Juni 2009** erbeten an:

apl. Prof. Dr. Jürgen Mansel

E-Mail: juergen.mansel@uni-bielefeld.de

Kultur – Technik – Überwachung. Alltagspraktiken und Überwachung - Überwachungspraxen im Alltag

Tagung am Institut für Volkskunde/Kulturanthropologie der Universität Hamburg, Forschungskolleg Kulturwissenschaftliche Technikforschung, 9. und 10. Oktober 2009

Beim Einkaufen, auf dem Flughafen, im Internet, auf der Straße und an ganz vielen Orten, wo es uns nicht bewusst ist, stehen wir unter Beobachtung oder werden unsere Daten zu dem einen oder anderen Zweck gesammelt. Selten handelt es sich dabei den einen »großen Bruder« – vielmehr speist sich diese Kontrolle aus unterschiedlichen Quellen und auch wir helfen täglich mit, anderen immer ein Stück mehr von uns preiszugeben.

Überwachung ist längst nicht mehr allein staatlich verantwortet und organisiert, noch sind wir ohnmächtig einem gesichtslosen Überwachungsstaat ausgeliefert. Überwachung und Kontrolle manifestiert sich in Praktiken, wie sich auch unser Alltag in Praktiken niederschlägt – beim Einkaufen, im Umgang mit Behörden, in gesellschaftlichem Engagement, im Beruf usw.. Nicht der Staat allein überwacht und kontrolliert den Bürger, sondern auch die Unternehmen den Konsumenten.

Vieles in unserem Alltag wird dabei von Technik bestimmt. Das gilt auch für solch kulturelle Praktiken wie das Einkaufen oder die zwischenmenschliche Kommunikation. Beide basieren auf immer mehr Technik und Technologien. Es sind unsere eigenen Praktiken des Alltages, bei denen wir beobachtet werden und über die wir es erlauben, dass andere Einblicke in unser Leben und Alltag bekommen. Nicht Terrorismusbekämpfung oder Vandalismus stehen im Vordergrund, sondern Marketing, unsere Daten und Profile – wir als BürgerKonsumenten. Daher liegt es nicht fern zu fragen, inwieweit viele dieser Techniken und Anwendungen, der Programme und kleinen praktischen Hilfsmittel auch dazu dienen können, unser Verhalten zu kontrollieren – und wie wir mit ihnen und ihrem Kontrollpotential umgehen. Denn ganz »praktisch« gesehen, ist Überwachung ein ganz normaler Teil des täglichen Lebens geworden.

Unternehmerische Kontrolle – die Steuerung zu Marketing- und Überprüfungs Zwecken – wie auch die »klassische« Überwachung durch den Staat sind Teil einer surveillant assemblage, die unser Alltagsleben und die kulturellen Praxen des Alltags durchdringen. Überwachung und Kontrolle sind mehr als Technik, die beobachtet, mehr als Verfahren, über die kontrolliert wird – sie sind eben auch Teil von kulturellen Praxen, in die die

Techniken, Verfahren und Diskurse eingebettet sind und über die wir selbst mit den Überwachungspraxen umgehen, sie verweigern oder stützen, ganz gleich ob bewusst oder aus Gleichgültigkeit oder Fahrlässigkeit.

Die Tagung hat das Ziel, den Zusammenhängen und Verstrickungen von alltäglicher Praxis, den Überwachungspraxen und Techniken/ Technologien auf die Spur zu kommen, die unser Leben prägen, es bestimmen, es beeinflussen oder in mancherlei Hinsicht auch leichter und angenehmer machen. Außerdem stellt sich die Frage, inwiefern es durch alltägliche Umdeutungen und Aneignungen Eigensinn, Praktiken der Verweigerung oder gar Widerständigkeit gegenüber Technik beziehungsweise Kontrolle und Überwachung in den Alltagspraxen gibt oder diese entstehen.

Wir laden dazu ein, auf der Tagung mit theoretischen und/oder empirischen Vorträgen zu dieser Diskussion beizutragen. Wir hoffen auf eine breite, über disziplinäre Grenzen reichende Diskussion und sehen die Tagung nicht beschränkt auf kulturanthropologische Ansätze, sondern freuen uns besonders über Beiträge aus der Soziologie, Kriminologie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Geographie, der Technikforschung, Medizin und anderen Bereichen.

Die folgenden Themen sind als Vorschläge gedacht und keine abschließliche Liste von Punkten für die Tagung. Als ein Themenschwerpunkt wird dem Bereich »Konsum und Kontrolle« besondere Beachtung geschenkt, alle anderen Themen sind aber ebenso willkommen.

- Konsum, Einkaufen, Shopping – Kundenkarten, Near Field Communication, RFID und ähnliches
- »Der arbeitende Kunde« – Selbstmanagement im Konsum- und Servicebereich
- Mobilität und Verkehr – Mautsysteme und andere Kontrolltechniken
- Videoüberwachung in der Praxis, z.B. im ÖPNV oder an so genannten Kriminalitätsschwerpunkten
- Elektronische Ausweise und Reisepässe
- Gesundheit – z.B. Gesundheitskarte, Überwachung in der Altenbetreuung
- RFID in der Freizeit und bei der Arbeit
- Kartographie der Kontrolle und Überwachung – Crime Mapping und andere Anwendungen von Kartierung zur Darstellung gesellschaftlicher Realität
- Datenschutz und rechtliche Aspekte der Techniknutzung und Technikinnovation

- Technologie und Sicherheit z.B. bei der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung
- Theorien der Überwachung und Kontrolle im Alltag
- Kontrollregime, Sicherheitsstrategien und Überwachungspraxen

Weitere Informationen finden sich unter www.surveillance-studies.org. Abstracts von ca. 500-750 Worten können bis zum **15. Juni 2009** eingereicht werden bei:

Dr. Nils Zurawski

E-Mail: abstracts@surveillance-studies.org

Tagungen

6. Nutzerkonferenz »Forschung mit dem Mikrozensus«: Analysen zur Sozialstruktur und zum sozialen Wandel

Mannheim, 15. und 16. Oktober 2009

Die 6. Nutzerkonferenz widmet sich der Untersuchung der Sozialstruktur und des sozialen Wandels in Deutschland. Auf der Basis von Mikrozensusdaten gewonnene Forschungsergebnisse sollen vorgestellt und diskutiert werden. Darüber hinaus ist die Konferenz ein Forum für den Erfahrungsaustausch der Datennutzer/innen untereinander sowie mit den Vertreter/innen der amtlichen Statistik. Sie wendet sich an Wissenschaftler/innen, die mit den Scientific Use Files des Mikrozensus arbeiten oder zukünftig mit diesen Daten arbeiten wollen. Gegenwärtig wird mit den Scientific Use Files der Zeitraum 1973 bis 2006 abgedeckt. Zudem stehen für Analysen im individuellen Längsschnitt Paneldaten der Mikrozensus der Jahre 1996 bis 1999 sowie 2001 bis 2004 als Scientific Use Files zur Verfügung.

Durchgeführt und organisiert wird die Konferenz vom German Microdata Lab (GML) der GESIS und vom Statistischen Bundesamt, Gruppe VIII C – Mikrozensus.

Ihre Ansprechpartnerinnen bei GESIS sind:

Andrea Lengerer, Julia Schroedter
GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
German Microdata Lab
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Tel.: +49 (0)621 1246 265; Fax: +49 (0)621 1246 100
andrea.lengerer@gesis.org; julia.schroedter@gesis.org
www.gesis.org/gml/veranstaltungen

Die Rationalitäten des Sozialen. Soziologische Rationalitätsverständnisse auf dem Prüfstand

Tagung der Sektion Soziologische Theorie der DGS, Tutzing bei München, 5. und 6.11.2009

Soziologische Theorien beinhalten oftmals Annahmen über die Rationalität ihrer ›Grundeinheiten‹ (Akteure, Handlungen, Kommunikationen), und es gehört ferner zur klassischen Tradition der Soziologie, den Rationalitätsgrad sozialer Prozesse und Strukturen zu analysieren. Auf den verschiedenen Ebenen soziologischen Arbeitens: der Mikro-, der Meso- und der Makroebene, finden sich in Form von erkenntnistheoretischen Prämissen, Methodologien und gegenstandsbezogenen Konzepten die unterschiedlichsten Rationalitätsbegriffe, -vorstellungen und -konzepte. Rationalität war (und ist?) ja einer der Hoffnungsträger der Moderne: der Mensch als »vernunftbegabtes Wesen«, das seine gesellschaftlichen Verhältnisse »vernünftig« gestalten kann und muss, nachdem die Hoffnung in Gottes Weltordnung brüchig geworden war. Die Rationalitätsvorstellungen der französischen Aufklärung, des deutschen Idealismus und des englischen Liberalismus bzw. der Schottischen Moralphilosophie sind von den Klassikern der Soziologie aufgegriffen worden und haben auf ganz verschiedene Weise die soziologische Theoriebildung und Gesellschaftslehre nachhaltig geprägt.

Seit den 1980er Jahren kam es in verschiedenen Theorietraditionen und auch in einer Reihe von sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen zu einem Revival der Rationalitätsthematik. Teilweise scheint es, dass Rationalität soziologisch inzwischen vor allem als Paradox der Moderne interessiert. Daher sollen auf der Tagung bewusst verschiedene Wege auf der Suche nach den ›Rationalitäten des Sozialen‹ aufgezeigt und verhandelt werden. Konkret geht es darum, die den verschiedenen sozialtheoretischen Programmen zugrundeliegenden Rationalitätsannahmen, -begriffe und -konzepte zu rekonstruieren, zu vergleichen und eventuell sogar zu verbinden oder zu integrieren. Das klassische Rationalprogramm soll dazu ebenso diskutiert werden wie der Pragmatismus und die alten und neuen Praxistheorien, aber auch die Systemtheorie oder der Neo-Institutionalismus als kollektivistische Gegenpositionen oder Kulturtheorien als radikale Abkehr vom Rationalitätsdenken. Darauf aufbauend werden dann exemplarische Analysen vorgestellt, die soziale Rationalitätslogiken – mit all ihrer »Unlogik« – explizit zum Thema machen, also Paradoxien, Fallen und Dilem-

mata beschreiben, analysieren und erklären. Dabei geht es ausdrücklich darum, dass die verwendeten Rationalitätsannahmen, -begriffe und -konzepte auf den verschiedenen Ebenen (Mikro-, Meso- und Makroebene) und mit Bezug auf den sozialtheoretischen Hintergrund expliziert werden und gezeigt wird, wie sich daraus die Rationalität des sozialen Phänomens und/oder Prozesses ableitet. Neben den erschlossenen Rationalitätskonzeptionen und Rationalitätslogiken sollte die abschließende Diskussion dann nicht zuletzt auch die Vergleichsmöglichkeiten bzw. deren Grenzen reflektieren und unter Umständen Beziehungen zwischen den einzelnen Programmen erkennen und benennen helfen.

Organisatoren: Andrea Maurer und Uwe Schimank für die Sektion Soziologische Theorie der DGS

Tagungsprogramm

(Beginn am 5.1.2009 um 14.00, Ende am 6.11.2009 um 13.30 Uhr)

- I. Sozialtheorien und ihre Rationalitätsannahmen, -begriffe und -konzepte
 1. Das Rationalprogramm in der Soziologie (*Andrea Maurer*)
 2. Irrationalitäten und Rationalitäten des Marktes (Reinhard Zintl)
 3. Rationalität, Rationalisierung, Rationalismus. Von Weber zu Bourdieu (*Hans-Peter Müller*)
 4. »Rationalität in der Systemtheorie (*Wolfgang-Ludwig Schneider*)

Abendvorlesung:

Ist die Soziologie eine multiparadigmatische Wissenschaft? (Michael Schmid)

- II. Analysen sozialer Rationalitätslogiken: soziale Rätsel Paradoxien, Fallen und Dilemmata
 1. Paradoxien im Wissenschaftssystem (Richard Münch)
 2. Organisationsblockaden (*Uwe Schimank*)
 3. Pluralisierung oder Assimilation? Das Modell der intergenerationalen Integration von Migranten und die korrigierende Erklärung konkurrierender Ansätze in der Migrationssoziologie (*Hartmut Esser*)
 4. Kollektive Identität (*Bernd Giesen*)
 5. Wie rational kann ein Vergleich sozialtheoretischer Rationalitätskonzepte sein? (*Rainer Greshoff*)

Die Tagung findet in den Räumen des Schlosses der Ev. Akademie Tutzing am Starnberger See statt. Die Kosten für Übernachtung und Verpflegung (1 Frühstück, 1 Abendessen, 1 Mittagessen und Kaffeepausen und Schlosstaxe) betragen pro Person 108,- € im EZ (DZ sind verfügbar und entsprechend günstiger).

Verbindliche Anmeldungen sind unter Verwendung des von der Tagungs-homepage <http://www.fernuni-hagen.de/soziologie/soz2/sektion/> zu ladenden Formulars schriftlich per gelber Post oder per Fax bis **1. Mai 2009** zu richten an:

Professur für Organisationssoziologie
Fakultät für Pädagogik
Universität der Bundeswehr München
z. Hd. Frau Susanne Knorr
Werner Heisenberg Weg 39
D-85577 Neubiberg/München
(Tel. 089 / 6004-3112, Fax 089 / 6004-35509)

Raj Kollmorgen **Ostdeutschlandforschung**

Der Beitrag analysiert Geschichte, Status quo und Zukunftschancen der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung. Die Ostdeutschlandforschung zeigt eine eigentümliche Verlaufskurve. Anders als gemeinhin angenommen, brach sie nicht bereits Mitte der 1990er ein, sondern hatte ihr Allzeithoch in der Anzahl der Publikationen und Forschungsprojekte erst Ende der 1990er Jahre, Anfang des neuen Jahrhunderts. Andererseits fällt der anschließende Abschwung (2004-2008) weniger radikal aus, als oft unterstellt wird. Seit Jahren sieht sich die Ostdeutschlandforschung mit Legitimationsproblemen konfrontiert, die sich sowohl auf den Gegenstand (Ostdeutschland als schwindendes Problem) wie auf die Sterilität und den Konservatismus der Forschung beziehen. Der Aufsatz widerlegt beide Annahmen. Behauptet wird die hohe Relevanz einer »neuen Ostdeutschlandforschung« nicht nur für die kritische Aufklärung des »doppelten Umbruchs« in den neuen Bundesländern, sondern auch zukünftiger Entwicklungspfade in ganz Deutschland. Ostdeutschland erscheint in dieser Perspektive als ein Laboratorium der widerspruchsvollen europäischen Moderne, dessen Erforschung Erkenntnisgewinne weit über den engeren Gegenstand hinaus verspricht.

The contribution investigates past, present and possible future social research on East Germany and the German unification. Contrary to widespread views, the »curve« of course regarding the number of publications and research projects shows its absolute peak not until the second half of the 1990s. Further, the downswing in the new millennium appears less pronounced than the common sense has often assumed. From the mid-1990s onwards, social research on East Germany has been confronted with problems of legitimation referring to the subject of analysis itself (»East Germany as a disappearing problem«) as well as the sterility and conservatism of research concepts. The contribution refutes both assertions. In view of older and above all: new paradigms and approaches, it claims the high relevance of research on East Germany not only concerning the »double rupture« in the new federal states, but also for (post-)modern societies in general. To some extent, the East German society can be considered as a laboratory of the European modernity and its future that demands further research.

Jan Ackermann und Birgit Blättel-Mink **ENWISS – Qualitative Evaluation ohne Folgen?**

Spätestens im Gefolge des Bologna-Prozesses werden Qualitätssicherung und damit einhergehende Lehr- und Forschungsevaluationen ein Pflichtthema für Universitäten. Doch ungenaue Vorgaben über Form, Methode, Umfang und Veröffentlichung von Evaluationsvorhaben und deren Ergebnisse sowie die häufig unmittlere Verknüpfung von Strukturevaluation mit wirtschaftlichen Gesichts-

punkten, verschaffen Evaluationen ein schweres Standing bei den Statusgruppen der Hochschulen. Das Evaluationsnetzwerk Wissenschaft (ENWISS) der Technischen Universität Darmstadt verspricht durch seine Koordinationsform des Peer-Netzwerks eine alternative Arbeitsweise. Evaluation soll nicht als Instrument von ökonomisch motiviertem Qualitätsmanagement, sondern wissenschaftlich-empirisch legitimer Qualitätsentwicklung verstanden werden. Wie wird die Evaluation nach ENWISS von den Betroffenen wahrgenommen? Lassen sich damit die Bedenken gegenüber dem Evaluationsboom ausräumen? Wie reagieren die Universitätsleitungen, die ja die Auftraggeber derartiger Evaluationsprozesse sind, auf die Ergebnisse von ENWISS?

Bologna reforms at universities are accompanied by strategies of quality management, i.e. evaluation of teaching and research. Meanwhile, among the different status groups at the university evaluation is not really highly estimated. Reasons therefore are lack of information concerning shape, method, scale and publication of evaluation and its results as well as the coupling of evaluation results and economic planning. The Evaluation Network Science (ENWISS) of the Technical University Darmstadt promises an alternative way of quality management through peer networking. Evaluation here is not understood as an instrument of economically driven quality management but as a scientifically legitimated way of quality development. How do university members involved in ENWISS perceive this evaluation method? Can ENWISS overcome criticism on evaluation as such? How do university headships, the initiators of processes of evaluation, react on ENWISS results?

Kathia Serrano-Velarde

Mythos Bologna? 10 Jahre Forschung zum Bolognaprozess

Zehn Jahre nach der Sorbonne-Konferenz in Paris, die den Anstoß zum dynamischsten Reformprozess im europäischen Hochschulbereich gegeben hat, ist es an der Zeit für eine erste Forschungsbilanz: Wie gestaltet sich die Forschung zum Bolognaprozess? Welche empirischen, analytischen und theoretischen Erkenntnisgewinne wurden erzielt? Wo liegen die Forschungsperspektiven?

Ten years after the Sorbonne conference in Paris that initiated the most dynamic reform process in the history of European higher education, it is time for a first literature review: What kind of research has been led on the Bologna process so far? What are the empirical, analytical and theoretical insights that have been generated? Where do interesting research perspectives lie?

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23. Juni 2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23. Juni 2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per E-Mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.